

Schule ohne Rassismus
Schule mit Courage

THEMENHEFT

RECHTSEXTREMISMUS & SCHULE



#wirsindnichtneutral

Herausgegeben durch die Bundeskoordination
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
in der Trägerschaft von Aktion Courage e. V.

V. i. S. d. P. :

Eberhard Seidel, Geschäftsführer

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Konzept:

Jeannette Goddar, Sanem Kleff, Eberhard Seidel

Redaktion:

Jeannette Goddar, Eberhard Seidel

Bildredaktion:

Christian Jungeblodt

Gestaltung & Titel:

Ali Arab Purian

Bildbearbeitung und Korrektur:

Claudia von Heydebrand, Julia Kühn

Jede Verwertung ohne Zustimmung von Aktion Courage e. V.
ist unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Mikroverfilmungen, Übersetzungen und die Einspeicherung
in elektronische Systeme.

Kopien für Unterrichtszwecke dürfen erstellt werden.



1. Auflage, April 2024

ISBN 978-3-933247-85-8

© 2024 Aktion Courage e. V., Berlin

Vor 75 Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet, am 29. Mai 1949 das Grundgesetz verabschiedet. Darin heißt es in Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Was selbstverständlich sein sollte, ist es nicht. Noch nie seit Gründung der Bundesrepublik waren so viele Menschen bereit, rechtsextreme Parteien zu wählen wie heute. Rechtsextremist*innen sagen ganz offen, worum es ihnen geht: Sie wollen Millionen Menschen aus Deutschland vertreiben – mit Hetze in den sozialen Medien, mit Gewalt, möglichst auch durch politische Mitsprache. Sie sprechen Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte ab, Deutsche zu sein; sie wollen ihnen gleiche Rechte und Gleichwertigkeit vorenthalten.

Wie weit sie damit kommen, wird sich in den nächsten Jahren entscheiden. Noch 2024 stehen Parlamentswahlen in der Europäischen Union, Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg und Kommunalwahlen in acht Bundesländern an; 2025 folgt die Bundestagswahl. Ob es zu einem Rechtsruck kommt, können junge Menschen – und damit auch Schüler*innen – stärker mitentscheiden als je zuvor: Beginnend mit der Abstimmung über das Europaparlament dürfen bei sieben der anstehenden Wahlen erstmals bereits 16-Jährige ihre Stimme abgeben.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage wurde gegründet, damit sich Kinder und Jugendliche und Pädagog*innen gemeinsam für Demokratie und eine vielfältige Gesellschaft einsetzen können. Das Courage-Netzwerk ist parteiunabhängig, aber keineswegs wertneutral, sondern steht ein für die Gleichwertigkeit aller Menschen. Couragierte Schulen stellen sich Rechtsextremen entgegen, die mit antisemitischen, rassistischen, frauenverachtenden und queerfeindlichen Positionen in die Parlamente drängen. Das Themenheft *Rechtsextremismus & Schule* will euch und Sie dabei unterstützen.

Sanem Kleff & Eberhard Seidel
Direktorin Geschäftsführer

Inhalt



- 06 **Das Feld Rechtsextremismus & Schule neu vermessen**
Eine Einleitung.
Von Sanem Kleff und Eberhard Seidel
- 08 **Staatsfeinde in neuem Gewand**
Das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus hat sich verändert.
Von Andrea Röpke
- 13 **„Tolerant im Hinterland“**
Auch wo eine rechte Szene zum Alltag gehört, halten Jugendliche dagegen.
Von Alexander Moritz
- 16 **Rechtsextrem und etabliert**
Zehn Jahre nach ihrer Gründung hat sich die AfD radikalisiert – und normalisiert.
Von Gareth Joswig
- 22 **Die Rechtsextremen und die bürgerliche Mitte**
Mit welchen Themen erreicht die AfD die gesellschaftliche Mitte?
Von Sabine am Orde
- 24 **Rechte in Europa**
Nur auf den ersten Blick eint rechtsextreme Parteien in der EU vieles.
Von Christian Jakob
- 26 **Jung, westdeutsch, völkisch**
Über rechte Jugendszenen in der alten Bundesrepublik.
Von Eberhard Seidel
- 28 **Die Baseballschlägerjahre**
Über Hass, Rassismus und Gewalt nach dem Mauerfall.
Von Jeannette Goddar
- 36 **Lehren aus dem NSU**
Zehn Jahre lang konnte der „Nationalsozialistische Untergrund“ unerkannt morden.
Von Mehmet Daimagüler
- 42 **Rechtsextremismus in der Migrationsgesellschaft**
Über extremistische Gruppen mit Bezug zu anderen Ländern.
Von Eberhard Seidel
- 46 **Wie Schulen der AfD trotzen**
Diskussionen mit Politiker*innen sind ein Mittel politischer Bildung. Wie geht man mit der AfD um?
Von Kathrin Hedtke

50 **„Wir müssen den Kern des Rechtsextremismus verstehen“**
Sanem Kleff appelliert, den Fokus weit zu stellen.
Ein Interview.
Von Jeannette Goddar



54 **Antifeminismus: Einfallstor für Rechtsextremismus**
Wie externe Expert*innen Demokratiebildung an
Schulen bereichern.
Von Jeannette Goddar

56 **Zeigt Haltung, werdet aktiv gegen rechts!**
Demokratiefeindlichen Aussagen zu widersprechen,
gehört zum pädagogischen Ethos.
Von Maike Finnern

58 **Meinungsfreiheit, Schulrecht, Beutelsbacher Konsens**
Beamtenrecht, Schulgesetze und Kontroversitätsgebot
in der Praxis.
Von Joachim Wieland

62 **Antisemitismus in der Schule**
Über angeblich importierte antisemitische Narrative.
Von Michael Kiefer

64 **Von Faktenchecks bis Wirre-Welt-Spielen**
Hass im Internet ist allgegenwärtig. Doch es gibt auch
gutes pädagogisches Material.
Von Simone Rafael

66 **Auch Wählen will gelernt sein**
In einer demokratischen Umgebung lässt sich
Beteiligung besser üben.
Von Roland Roth

69 **Was ist leistbar?**
Über die Rolle von Schulsozialarbeiter*innen in der
Prävention von Rechtsextremismus.
Von Dierk Borstel und Nina Lohmann

72 **Elf Stolpersteine für Pädagog*innen**
Typische Fehler im Umgang mit menschenfeindlichen
Ideologien.
Von Rico Behrens, Anja Besand und Stefan Breuer

76 **Materialtipps**

78 **Autor*innen**





DAS FELD RECHTSEXTREMISMUS & SCHULE NEU VERMESSEN

In Zeiten, in denen die extreme Rechte Familien mit Einwanderungsgeschichte gern des Landes verweisen und Demokratieerziehung an Schulen abschaffen würde, ist das Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit so wichtig wie nie zuvor. Dieses Themenheft nimmt aktuelle Entwicklungen in den Blick und bietet Schulen Unterstützung.

Zum Thema Rechtsextremismus gibt es ganze Bibliotheken; eine Reihe von Instituten, Unis, Trägern und Projekten beschäftigen sich mit nichts anderem. Ihre Materialien behandeln wichtige Dimensionen des Rechtsextremismus – historisch, philosophisch, soziologisch. Doch in Schulen sind sie kaum präsent und entwickeln dort folglich kaum Wirkung. Und sie greifen die Probleme der Schulen in Zusammenhang mit Rechtsextremismus nur unzureichend auf.

Während wir an diesem Themenheft arbeiten, demonstrieren in Deutschland Millionen Kinder, Jugendliche und Erwachsene gegen rechtsextreme Parteien. Sie bekennen sich zu einer offenen Gesellschaft. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung fehlt es an Materialien, die die Aktiven an Schulen unterstützen, bei Rechtsextremismus und -populismus nicht wegzuschauen. Das tun diese noch zu häufig, weil sie fürchten, das Thema nicht in den Griff zu bekommen. Manche sind auch verunsichert, weil die extreme Rechte versucht, politische Bildung und Demokratieerziehung zu dis-

kreditieren und aus Schulen zu verbannen, weil diese angeblich gegen das Neutralitätsgebot verstoßen.¹ Dagegen wehrt sich das Courage-Netzwerk seit Jahren. Schon 2018 gaben 150 Teilnehmer*innen des Bundeskongresses, überwiegend Vertreter*innen der Bundes- und der Landes- und Regionalkoordinatoren, eine gemeinsame Erklärung ab, in der es heißt: „Wir sind überparteilich, aber nicht wertneutral, denn unsere Haltung basiert auf Artikel 1 des Grundgesetzes: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar.‘ Sie ist gegründet auf den allgemeinen Menschenrechten und den Schulgesetzen der Bundesländer. Dem Beutelsbacher Konsens entsprechend setzen wir uns für eine humane Bildung und für eine diskriminierungsfreie Schulkultur ein, die sich aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit wendet. Wir stehen gegen ein ‚anything goes‘. Deshalb sagen wir: #wirsindnichtneutral.“²

Es hat aber noch mehr Gründe, dass Rechtsextremismus unter Jugendlichen aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit und der politischen Bildung geriet. Von den 1980ern bis

in die 2000er-Jahre übten rechte Hooligans, Skinheads und neonazistische Kameradschaften eine starke Faszination auf junge Menschen aus. In manchen Regionen dominierten sie die jugendlichen Subkulturen sogar (s. S. 28). Musiklabels und Modemarken versorgten Jugendliche mit Soundtracks, Codes und Symbolen. Die NPD und rechte Kameradschaften agitierten und verteilten CDs und Materialien auf und vor Schulhöfen. In diesen Jahren schlossen sich viele Courage-Schulen lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus an. Aktivengruppen klärten über rechtsextreme Strukturen auf, organisierten Konzerte und Demonstrationen, und gaben in der Netzwerkzeitung *q.rage* Tipps, wie man sich den Rechten erfolgreich in den Weg stellt.

In den 2010er-Jahren gerieten dann andere Themen und Jugendbewegungen in den Fokus. Spätestens mit dem Erstarken des Islamischen Staats in Syrien und dem Irak ab 2014 wurden Salafismus und Islamismus für viele Jugendliche mit einer Sehnsucht nach Führung und einer einfachen, klaren Weltanschauung attraktiv. Weil das Thema Rechtsextremismus für die Bundeskoordination in einen breiten Ansatz der Bekämpfung von Ideologien der Ungleichwertigkeit eingebettet ist, haben wir früh auf diese Entwicklung hingewiesen und folgende Themenhefte, Handbücher und Bausteine veröffentlicht: *Jugendkulturen zwischen Islam & Islamismus* (2008), *Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft* (2012), *Fatma ist emanzipiert, Michael ein Macho* (2012), *Islam & Schule* (2014), *Antisemitismus und Migration* (2016).

Zugleich hat die Bundeskoordination den Rechtspopulismus in der Mehrheitsgesellschaft, der sich ab 2013 mit der Gründung der AfD und Pegida und dem Erstarken der Identitären Bewegung formierte, stets im Blick behalten. Mit dieser Entwicklung beschäftigen sich die Publikationen *Rechtspopulismus* (2016), *Antimuslimischer Populismus* (2018), *neuer deutscher Extremismus** (2019) und *Rassismus* (2023).

Allerdings gab es bis Herbst 2023 die begründete Hoffnung, heutige Jugendliche seien resilienter gegenüber Rechtsextremismus und -populismus als vorangegangene Generationen. Über Jahre hatten Analysen von – an

Schulen stattfindenden – Juniorwahlen sowie das Wahlverhalten von Erstwähler*innen gezeigt, dass junge Menschen weniger anfällig für rechte Parteien und ihre Parolen sind als ältere. In der Geschichte Deutschlands, in der sich in den zurückliegenden 100 Jahren vor allem die junge Generation für rechtsextreme Bewegungen begeistert hatte, war das ein Novum. War die positive Entwicklung ein Ergebnis der Anstrengungen von Zivilgesellschaft, Schule und Jugendarbeit? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur: Geschichte verläuft nicht linear. Fortschritte müssen nicht von Dauer sein. Und bisweilen kommt es aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen zu Rückschlägen.

Heute gehen die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien mit einem deutlichen Rechtsruck in Deutschland wie in ganz Europa einher. Dieser hat, wie die Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2023 deutlich machten, auch die Jüngeren erfasst: In keiner Altersgruppe stieg der Anteil der AfD-Wähler*innen im Vergleich zu den vorigen Wahlen so stark wie unter den Erstwähler*innen. Zugleich geht in Zeiten, in denen die Europäische Union eine immer restriktivere Asylpolitik verfolgt, die Solidarität mit Geflüchteten aus dem Globalen Süden zurück; auch an Courage-Schulen, von denen sich viele 2015/16 noch an der Willkommenskultur beteiligt hatten. Und es kommt wieder verstärkt zu rechtsextremen Vorfällen an Schulen.

Was unterscheidet die Situation heute von der vor 20 Jahren? Kinder und Jugendliche wachsen in einem Umfeld auf, in dem Rechtspopulismus und -extremismus parlamentarisch verankert sind und rechtsextreme Diskurse tief in ihre Lebenswelten eindringen. Damit verbunden sind eine Banalisierung sowie Normalisierung des Rechtsextremismus. Es ist davon auszugehen, dass auch viele Vorbilder der Jugendlichen – Eltern, Lehrer*innen, Pfarrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Trainer*innen – rechtspopulistische Positionen vertreten.

Für die Bundeskoordination ist dies Anlass genug, das Feld des Rechtsextremismus an Schulen neu zu vermessen und aktuelle Entwicklungen in den Blick zu nehmen.

Sanem Kleff, Eberhard Seidel

1. In dem Gutachten „Zivilgesellschaft unter Druck am Beispiel von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*. Netzwerkarbeit zwischen (konstruktiver) Kritik und offenen Angriffen“ (2021) von Prof. Dr. Dierk Borstel (FH Dortmund) werden zahlreiche Angriffe der AfD in diesem Bereich dargestellt und ausgewertet: bit.ly/49ZhKDD
2. bit.ly/46uuYWP



STAATSFEINDE IN NEUEM GEWAND

*Das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus hat sich verändert. Glatzen und Springerstiefel sind out, die Szene gibt sich bewusst vielfältig. So werden in neuen Erscheinungsformen, aber mit alten Parolen weit mehr Menschen erreicht als zuvor. Zu den Gruppen, die es zu beachten gilt, gehören Reichsbürger*innen und Identitäre.*

Hoffentlich fahren Sie zur Hölle, Sie Volksverräter!“ Wütend zischt eine Frau dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) diese Worte bei einer Wahlkampfveranstaltung zu, verschwindet daraufhin unbehelligt. Seinem Sicherheitspersonal in schwarzen Anzügen, mit Knöpfen in den Ohren, ist die Frau nicht aufgefallen, dem gängigen Klischee aggressiver Rechter entspricht sie nicht. Die etwa 50-Jährige trägt Brille und weiße

modische Kleidung, das blonde Haar ist hochgesteckt. Sie gehört zu den „Corona-Leugnern“, die sich mit der Covid-19-Pandemie in Deutschland radikalisierten.

Unter dem Motto „Querdenken“ versammelten sich ab Frühjahr 2020 in zahlreichen Städten Deutschlands Tausende Demonstrant*innen. Sie leugneten die Gefährlichkeit des Corona-Virus und kritisierten den Staat dafür, menschliche Kontakte zu beschränken,



Mit Unterhose statt Maske. Querdenken-Demo in Berlin 2020. © Christian Jungeblodt

um seine weitere Ausbreitung zu verhindern. Dabei blieb es allerdings nicht. Die „Querdenken“-Bewegung wurde zu einem Sammelbecken für Menschen und Gruppen, die zur rechten Szene gehören: organisierte Rechtsextreme; „Reichsbürger“, die sich der bestehenden Rechtsordnung verweigern und Sehnsucht nach einem autoritären Staat haben; Verschwörungsgläubige; rechte Esoteriker*innen, die an geheimes Wissen und eine verborgene Weltmacht glauben.

Anführer der Gruppe, die im September 2022 zum Protest gegen die SPD-Wahlkampfveranstaltung in der niedersächsischen Kleinstadt Achim aufgerufen hat, ist ein Mann, der T-Shirts von Rechtsrock-Bands trägt und der Neonazi-Partei NPD – die sich seit 2023 Die Heimat nennt – nahesteht. Bei Aktionen wie diesen

wollen die Störer*innen nicht diskutieren, sondern Unruhe stiften. Allerorten mischen sich Rechtsextreme, die vorher schon aktiv waren, unter die neue Protestbewegung und beeinflussen sie inhaltlich.

Der Rechtsextremismus hat sich äußerlich gewandelt; mit der Pandemie entstand eine neue Dynamik. Professionalität und ein hoher Organisationsgrad im Internet machten die Proteste populär. Es gab modernste Technik auf großen Bühnen; Protestschilder wurden zur Verfügung gestellt und Merchandising-Artikel verkauft. Auf die Massendemonstrationen folgten regionale „Spaziergänge“ im gesamten Bundesgebiet. Immer wieder gab es dabei Angriffe auf Journalist*innen, Lokalpolitiker*innen, Antifaschist*innen, Polizeikräfte; sowie Sachbeschädigungen und Brandanschläge, auf Rathäuser, Corona-Teststationen und das Robert-Koch-Institut.

Inhaltlich teilten die „Querdenken“-Redner*innen die Welt in Gut und Böse auf: Gut sind in ihrer Sicht zum Beispiel der rechts-libertäre US-amerikanische Milliardär Donald Trump oder der russische Diktator Wladimir Putin. Als Feindbilder wurden die Bundesregierung, demokratische Parteien, Prominente wie Bill Gates und jüdische Unternehmer wie George Soros ausgemacht.

Vor allem über unzählige Social-Media-Kanäle verbreiteten sich rasant unseriöse Spekulationen und Gerüchte. Bald seien „fast alle Geimpften tot“ lautet nur eine von Hunderten apokalyptischen Prophezeiungen, die der Journalist Patrick Gensing für den ARD-Faktenfinder sammelte und auswertete. Auch sei immer wieder davon die Rede, dass „die Regierung gestürzt, die Wirtschaft zusammenbrechen und ein ‚3. Weltkrieg‘ ausbrechen werde“, berichtete Gensing. Und warnt, nach der Pandemie würden sich die Verschwörungsideolog*innen neue Themen suchen, um „zu desinformieren, zu verunsichern und Menschen aufzustacheln.“¹

Statistiken zu Hass und Gewalt spiegeln die Lage wider: Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten erreichte 2022 mit 23.500 einen neuen Höchststand. Hinzu kamen etwa ebenso viele Übergriffe aus einem Spektrum, dem Verfassungsschutz und Polizei eine „diffuse ideologische Motivation“ zuschreiben – jeder

1. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/corona-falsche-propheten-101.html>

zweite wurde im Zusammenhang mit Corona-Protesten begangen.² Auch Hasskriminalität von rechts steigt – und hinterlässt gesellschaftliche Ratlosigkeit. Denn auch Menschen, die sich selbst im friedensbewegten, christlich-fundamentalistischen oder esoterischen Milieu verorten, schrecken nicht mehr vor Gewalt zurück. Es gibt Angriffe auf Migrant*innen, Morddrohungen gegen engagierte Menschen oder Lokalpolitiker*innen. Auch offene Angriffe auf Gedenkstätten und Antisemitismus hätten deutlich zugenommen, warnte im Sommer 2023 der Stiftungsdirektor von Buchenwald und Mittelbau-Dora, Jens-Christian Wagner.³ Zivilgesellschaftliche Beobachtungs- und Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt beklagen zudem seit Langem eine Untererfassung durch die Polizei, da diese rechtsmotivierte Taten nicht immer als solche einordnen würde.

Auch in der Mitte der Gesellschaft lässt sich eine gefährliche Erosion demokratischer Werte beobachten. Laut der alle zwei Jahre im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Leitung des Bielefelder Sozialpsychologen Andreas Zick erstellten Mitte-Studie (s. S. 76) stieg der Anteil der Menschen in Deutschland mit manifest rechtsextremem Weltbild von 2 bis 3 Prozent in den vorigen Studien auf 8,3 Prozent. Mehr als 6 Prozent wollen die Demokratie durch eine Diktatur ersetzen. Sei rechtsextremen Positionen noch vor zehn Jahren vor allem unter vorgehaltener Hand zugestimmt worden, würden diese nun „laut und selbstbewusst“ vorgetragen, erklärte Mitautorin Beate Küpper.

Gefährlich ist zudem das Erstarken unzähliger reichs-ideologischer Gruppen. „Reichsbürger“ ist ein Sammelbegriff für Einzelpersonen und Organisationen, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als souveräner, also selbstständiger Staat verleugnen und sich zumeist die Rückkehr des „Deutschen Reiches“ wünschen. Sie rufen eigene „Staaten“ aus, verkaufen

selbst gemachte Pässe und Führerscheine – so wie das von Peter Fitzek ausgerufene „Königreich Deutschland“, das allein rund 5.000 Anhänger*innen haben soll. Andere lehnen unter Namen wie „Ewiger Bund“, „SHAEF“ oder „Indigenes Volk Germaniten“ bundesdeutsche Gesetze ab. Das Netzwerk um „Arminius Erben“ orientiert sich an Russland. Gewalt wird auch in diesem Milieu gerechtfertigt: 2016 starb ein Polizist im bayrischen Georgensgmünd durch Schüsse eines Mannes, der seinen „Staat Wolfgang“ mit Gewalt verteidigte. Einige von ihnen bilden Untergrundgruppen, wie etwa die „Patriotische Union“ oder „Vereinte Patrioten“, auch terroristische Pläne gegen den Staat werden gehegt.

Bei den „Querdenken“-Demonstrationen mischten „Reichsbürger“-Netzwerke von Beginn an mit. Im August 2020 hatte die Organisation „staatenlos.info“ von Rüdiger Hoffmann eine Bühne und Informationszelte vor dem Reichstag in Berlin aufgebaut. Bevor Hoffmann „staatenlos.info“ gründete, war er Kreisvorsitzender der NPD in Hagenow in Mecklenburg-Vorpommern. Heute verkündet er als selbst ernannter „Regimegegner“ lautstark, die Bundesrepublik Deutschland setze das „Dritte Reich“ fort. Sie betreibe eine faschistische Politik – nicht er.

Am 29. August 2020 folgen rund 38.000 Menschen einem Aufruf der „Querdenker“. Die Stimmung in Berlins Mitte ist aufgeheizt. Von mehreren Bühnen peitschen moderne Heilsbringer wie der vegane Koch Attila Hildmann die Menge auf. Bei den „Reichsbürgern“ von „staatenlos.info“ betritt eine Heilpraktikerin aus der Eifel die Bühne. Donald Trump sei in der Stadt, behauptet sie, die Menge johlt begeistert. Dann ruft sie zur Erstürmung der Parlamentstreppe auf. 400 Demonstrierende durchbrechen Polizeisperren und rennen zum Reichstagsgebäude. Sie brüllen „Widerstand“; Flaschen und Steine fliegen gegen die zu wenigen Beamten. Die rechte Szene feiert die kurzzeitige „Besetzung“ der Treppe als „Sturm auf den Reichstag“. Vize-Bundeskanzler Olaf Scholz verurteilt die gewaltsame Aktion: „Nazisymbole, Reichsbürger- und Kaiserreichflaggen haben vor dem Deutschen Bundestag rein gar nichts verloren.“⁴

Die „Querdenken“-Proteste lösten eine Bewegung aus, die den Anbruch einer nebulösen „Neuen Zeit“ herbeisehnt; Aufstandsszenarien auf dem Weg dorthin inklusive. Parlamentarisch begleitet wird die Entwicklung



Querdenken-Demo in Berlin, am Mikro: Atila Hildmann.
© C. Jungeblodt (2)



von der AfD, deren rechtsextremer Thüringer Vorsitzender Björn Höcke 2017 in Dresden eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ forderte (s. S. 18).

Zum bundesweiten Meme der Verharmlosung deutscher Geschichte wurde „Jana aus Kassel“, eine junge Frau, die im November 2020 auf einer „Querdenken“-Bühne in Hannover sagte: „Ich fühle mich wie Sophie Scholl, da ich hier seit Monaten im Widerstand bin.“ Eine nicht zufällige, falsche Selbstdarstellung: Die Studentin Sophie Scholl gehörte der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ an und hatte den Mut, Flugblätter gegen das Regime von Adolf Hitler zu verteilen, als fast alle anderen schwiegen, und wurde dafür 1943 von den Nationalsozialisten hingerichtet. „Jana aus Kassel“ dagegen genießt alle Freiheiten der Demokratie, muss als Oppositionelle nicht um ihr Leben fürchten.

Antisemitismus wurde zu einem zentralen ideologischen Kitt der Proteste: „Die Inzidenz liegt bei 1933“; „Mengele spritzte auch Kinder tot“ – so und ähnlich lauteten Parolen auf Transparenten bei Protest-„Spaziergängen“. Mit dem Ziel, eine rechtsextreme Weltansicht zu normalisieren, wurden bewusst Grenzen des Sagbaren verschoben. Judenhass sei in der Corona-Pandemie in vielen Kreisen wieder gesellschaftsfähig

geworden, erklärte der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein.⁵

Aggressive Stimmungsmache gegen Deutschland als Einwanderungsland dreht die Eskalationsspirale weiter. „Nationalistische und autoritäre Politikangebote erscheinen als plausible Alternative zu der selbst empfundenen sozialen Ausgrenzung und entsprechenden prekären Alltagserfahrungen“, warnt Fabian Virchow, Politikwissenschaftler an der Hochschule Düsseldorf.⁶ Zentrales Bindeglied zwischen den heterogenen Akteuren – organisiert oder nicht – sei eine rassistisch und nationalistisch aufgeladene Interpretation des Weltgeschehens, in der Deutschland beziehungsweise „das deutsche Volk“ als Opfer vorkomme. Horrorszenarien vom drohenden „Volkstod“, wie sie verummte Neonazis der Gruppe „Die Unsterblichen“ in Videoaufnahmen verbreiteten, sind ebenso wenig neu wie der Kampfbegriff „Umvolkung“, den man bei der „Identitären Bewegung“ wie der AfD gleichermaßen hört. Schon die 1964 gegründete NPD verbreitete ihn über Jahre.⁷

Meist verwenden die AfD und die ihr nahestehende Zeitschrift Compact unter Chefredakteur Jürgen Elsässer den Kampfbegriff „Großer Austausch“.⁸ Er soll suggerieren, es gäbe einen geheimen Plan, weiße

2. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/05/pmk2022.html>

3. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/antisemitismus-wagner-100.html>

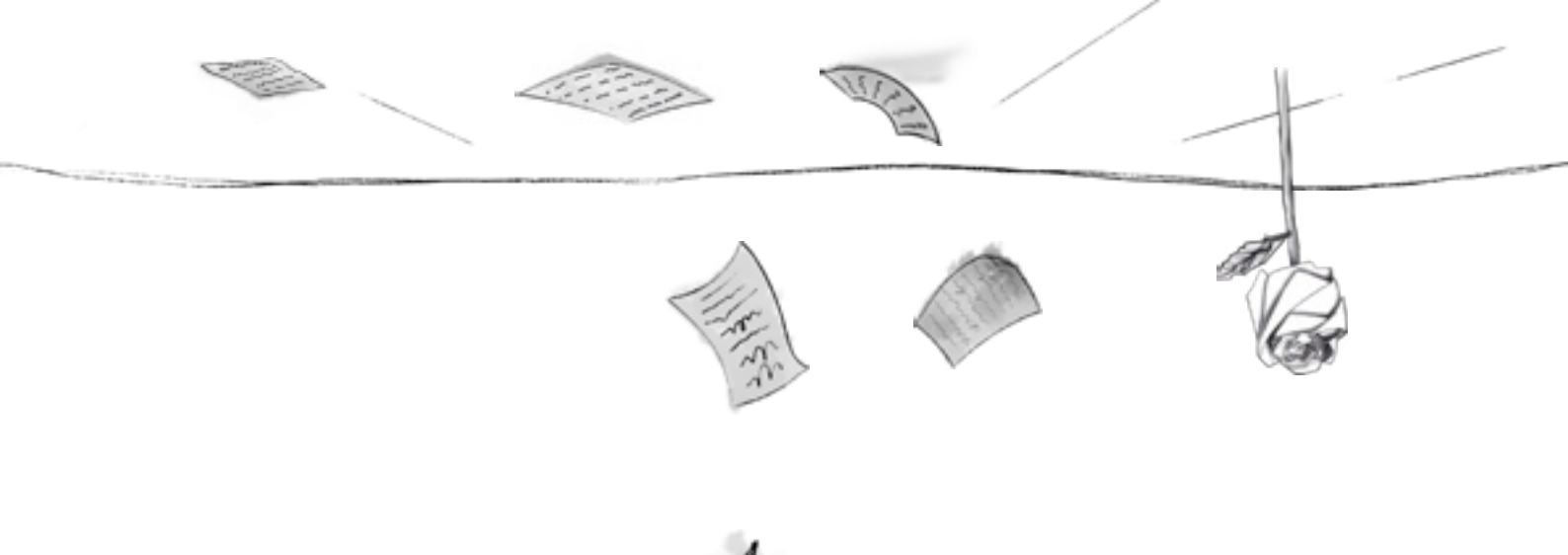
4. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/reaktionen-auf-demonstration-1781300>

5. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/antisemitismus-in-neuer-weise/>

6. <https://www.bpb.de/veranstaltungen/reihen/qualifiziert-handeln/505527/dynamisierung-ausdifferenzierung-ausweitung-zur-veraenderung-des-rechtsaussenspektrums-in-deutschland-im-zeitraum-2010-2020/>

7. <https://www.npd-mv.de/?p=17562>

8. <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-verfassungsschutz-haldenwang-verschwörungsmymen-parteitag-1.6082482>



christliche Menschen in westlichen Staaten durch Nichtweiße und Muslim*innen zu ersetzen. Der französische Autor Renaud Camus machte die Legende vom „Großen Austausch“ 2011 mit seinem gleichnamigen Werk *Le Grand Remplacement* bekannt. Nicht die Kleinstpartei NPD, doch ihre Themen, Parolen und Ideologien sind im Mainstream angekommen.

Dass das gelingt, ist nicht zuletzt der Sehnsucht nach Entschleunigung und Einfachheit zu verdanken, die Globalisierung und Digitalisierung bei vielen Menschen wecken. Das Mensch-Natur-Verhältnis dringt verstärkt ins gesellschaftliche Bewusstsein vor; Wissenschaftsfeindlichkeit ersetzt immer öfter Wissenschaftskritik. All das bietet Rechtsextremen Anschlussmöglichkeiten, die ihre Vordenker schnell erkannt haben. Eine wichtige Figur dabei ist Martin Sellner, Kopf der nationalistischen „Identitären Bewegung“, der auf einen Zusammenschluss des rechten Lagers setzt. Schon nach wenigen Jahren „Kampagnenarbeit“ konnte sich die Stimmung in der Bevölkerung zu dessen Gunsten verschieben, propagiert Sellner in seinem Buch *„Regime Change von rechts“* und macht sich für eine rechte „Revolutionstheorie“ stark. Statt auf eine militante Revolte setzt der Wiener auf eine „wehrhafte Bewegung“ aus dem Mittelstand. Das Ziel: eine Gesellschaft mit „ethnokultureller Identität“ und Homogenität. Wie eng vernetzt Sellner (nicht nur) mit der deutschen AfD ist, zeigte sich Anfang 2024: Das Recherchezentrum Correctiv deckte auf, dass er einen von ihm entwickelten „Masterplan Remigra-

tion“ im November 2023 in einem Potsdamer Hotel vorstellte. Mit dabei: Mitglieder der AfD sowie der Werteunion, in der sich vor allem konservative CDU/CSUler*innen organisieren.⁹

All das bedeutet: Die Bedrohung von rechts stellt eine alltägliche Gefahr dar. Auf dem Weg zur Macht werden Parlamente erobert; im vorpolitischen Raum wie in Schulen, Vereinen und an Arbeitsplätzen kämpfen Rechtsextreme um die Meinungshoheit. Sie gehen professionell und strategisch vor. Dagegen muss sich eine Demokratie, müssen sich Demokrat*innen wehren! Es braucht breite und beherzte Aufklärung über die neue rechtsextreme Szene und ihre Vorgehensweisen; politische Bildung und Beteiligung von klein auf; Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch Demokratieförderprogramme. Außerdem vonnöten: Verantwortungsträger*innen auf allen Ebenen, die Haltung zeigen; politische Parteien, die Antworten auf Krisen finden und trotzdem wertegeleitet handeln; einen Staat, der sich mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen Feind*innen der Demokratie wehrt. Denn überall dort, wo sich eine soziale, vielfältige und weltoffene Gemeinschaft zurückzieht, können sich Rechtsextreme ausbreiten. Vor allem darf nicht zugeschaut werden, wenn sich deren Netzwerke auch in Polizei, Justiz und Bundeswehr formieren – in Institutionen, die die Demokratie eigentlich schützen sollen.

Andrea Röpke

9. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

„TOLERANT IM HINTERLAND“

In Sachsen gehört eine rechtsextreme Szene seit Jahrzehnten zum Alltag, besonders in kleineren Städten. Sich gegen diese zu stellen, braucht Mut. Trotzdem engagieren sich in vielen Orten Jugendliche gegen Rechtsextremismus und für eine offene Gesellschaft.

Regenbogenfahnen wehen im August 2023 in der heißen Sommersonne auf dem Bahnhofsvorplatz von Döbeln. Zum zweiten Mal findet in dem 24.000-Einwohner*innen-Städtchen ziemlich genau in der Mitte von Sachsen ein Christopher Street Day (CSD) statt. Etwas mehr als 200 Menschen laufen durch die Straßen, um für sexuelle Vielfalt, Akzeptanz und das Recht auf Liebe zu demonstrieren. Die meisten sind Teenager, nur wenige älter als Mitte 20. Sie tragen Regenbogenfahnen, auf selbst gemalten Plakaten steht „Tolerant im Hinterland“ und „Angstfrei sichtbar“.

Organisiert hat die Demonstration eine Gruppe queerer Jugendlicher vom Kulturzentrum Treibhaus in Döbeln. Ins Leben gerufen hat sie Leon Meißner: „In Kleinstädten ist das wirklich wichtig, um den Menschen zu zeigen: Ja, uns gibt’s auch hier – in jedem Dorf und jeder Stadt. Wir möchten auch hier frei, offen und geschützt leben können.“

Leon, 26 Jahre – Bart, Irokesenschnitt, tätowierte Arme und Beine –, versteht sich als non-binär und pansexuell, also hingezogen zu Menschen, unabhängig von deren Geschlecht. „Ich laufe auch durchaus mit Absatzschuhen oder mit Kleid oder Rock durch Döbeln. Das fällt dann natürlich auf. Aber wenn es in solchen Regionen keine Vorreiter gibt, dann werden die nächsten Generationen mit denselben Problemen aufwachsen, wie wir sie jetzt haben. Und ich möchte, dass es irgendwann selbstverständlich ist, dass jeder Mensch so rumlaufen kann, wie er will.“

Dass das nicht selbstverständlich ist, zeigt sich leider immer wieder: Beim ersten CSD in Döbeln 2022 wurden Teilnehmende von zwei Personen beleidigt und mit Steinen beworfen. Ein stadtbekannter Rechtsextremer hatte eine Gegendemonstration organisiert und dabei gegen „Schwule oder andere abnormale Geschlechter“ gehetzt. Dieses Mal bleibt es bei einer Gruppe etwa 50-jähriger Frauen, die sich mit einem

Transparent der AfD über „Genderwahn im Stundenplan“ beklagen. Und in dem Park, in dem das CSD-Abschlussfest stattfindet, hat jemand im Vorfeld eine übel riechende Flüssigkeit verteilt.

Symptomatisch für das politische Klima in Sachsen. Neben der AfD tragen eine Reihe weiterer rechtsextremer Gruppen ihre Gesinnung offen auf die Straße: um Plauen und Zwickau vor allem die Kleinstpartei „Der III. Weg“; landesweit demonstrieren regelmäßig die selbst erklärten „Freien Sachsen“ – nach dem Ende der Coronapandemie inzwischen vor allem gegen die Unterbringung von Geflüchteten. Rechte Jugendorganisationen wie die NPD-nahen „Jungen Nationalisten“, die Dresdener Kameradschaft „Werra Elbflorenz“ oder die Gruppe „Balaclava Graphics“ aus Bautzen machen über Instagram, Tiktok und Telegram Stimmung gegen alle, die nicht in ihr Weltbild passen, und verbreiten rechtsextreme Lügen, zum Beispiel, dass Deutschland im Zweiten Weltkrieg das Opfer war. In manchen Kleinstädten braucht es wirklich Mut, um dagegen noch etwas zu sagen.

Darauf macht auch Jakob Springfeld aufmerksam, der als Schüler in Zwickau die „Fridays for Future“-Demonstrationen organisierte und dafür von Rechtsextremen beleidigt, angespuckt, sogar bis nach Hause verfolgt wurde. Unterstützung aus der Politik oder von der Polizei habe er kaum bekommen, erzählt der bis heute gegen Rechtsextremismus engagierte 21-Jährige in Interviews und seinem Buch „Unter Nazis“ (S. 77).

„Es ist nicht ungefährlich, sich zu engagieren“, bestätigt Marlene Jakob, Landeskoordinatorin von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* in Sachsen: „In der Vergangenheit wurden Mitglieder von Aktivengruppen von Courage-Schulen auch schon angefeindet“, berichtet sie, „insbesondere in jenen Kleinstädten im ländlichen Raum, in denen die Neonazi-Szene sehr gefestigt ist.“ Nicht immer könne man dann mit Unterstützung von Lehrer*innen oder Eltern rechnen.

Wie schwer demokratisches Engagement gerade in kleineren Städten ist, zeigt sich auch in Limbach-Oberfrohna, 24.000 Einwohner*innen, eine halbe Stunde Busfahrt von Chemnitz. Vor Kurzem eröffneten Engagierte hier in einem zuvor leer stehenden Haus einen selbstverwalteten Jugendtreff, mit Bar und kleiner Konzertbühne. Bis es dazu kam, hat die Gruppe 15 Jahre gekämpft – dabei gehört ihnen das Haus sogar.

Janice Weis, inzwischen 33, stieß das Projekt 2009 als Jugendliche mit an. In dem von der Stadt betriebenen Jugendclub hätten sie und ihre Freund*innen sich nicht sicher gefühlt, als Punks seien sie dort angefeindet worden. Damals gab es im Ort eine gefestigte Naziszene. Ein stadtbekannter Neonazi legte nachts in ihrem geplanten Jugendtreff ein Feuer, das Erdgeschoss brannte größtenteils aus. Der damals 19-jährige Täter wurde zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Inzwischen sei es ruhiger geworden in Limbach-Oberfrohna, rechtsextreme Jugendliche gebe es aber immer noch, Pöbeleien auch, erzählt die 23-jährige Stephanie Brunko: „Wir haben hier einfach Gruppen, die nachts durch die Straßen laufen und es immer noch lustig finden, den Hitlergruß zu zeigen.“ Der eigene Jugendtreff sei weiterhin wichtig, finden auch die Jüngeren in der Gruppe.

Dass es mit der Renovierung nach dem Feuer so lange dauerte, habe auch an fehlender Unterstützung durch die Lokalpolitik gelegen, beklagen sie. Im Stadtrat habe es Bedenken gegeben, die Jugendlichen seien linksextrem. Vor dem Eröffnungskonzert musste die Gruppe der Stadtverwaltung sogar eine Liste der Musiktitel vorlegen, die gespielt werden. Die Verwaltung bestätigt das auf Anfrage.

Auch der CSD in Döbeln bekommt keine Unterstützung von der Stadt. Eine Regenbogenfahne vor dem Rathaus sucht man am Tag der Demonstration vergeblich. Sonst müsse er auch „die Fahnen der Gegenseite“ setzen, sagt Sven Liebhauser (CDU), der Oberbürgermeister, auf Anfrage. Er glaubt, politisch neutral sein zu müssen. In vielen anderen Städten hissen Rathäuser dagegen Regenbogenfahnen als Ausdruck der Solidarität, als Zeichen für Menschenrechte und die im Grundgesetz garantierte Gleichbehandlung. In Sachsen fällt das offenbar häufig schwer.

„Ganz oft passiert es, dass eine Verwaltung oder die politische Stadtspitze sich nicht mit Bedrohungen oder Übergriffen auseinandersetzen möchte“, sagt Ina Lorenz. Die Sozialpädagogin beim Kulturbüro Sachsen berät Jugendgruppen, die selbstverwaltete Räume aufbauen wollen. Konflikte gebe es häufiger: „Oft ist der Tenor: Die machen nur laut, die wollen nur abhängen, die wollen nur saufen.“ Lorenz sieht ihre Aufgabe darin, jungen Menschen den Rücken zu stärken. Und auf der anderen Seite politischen Entscheidungsträger*innen zu erklären, wieso es selbstorganisierte Räume überhaupt braucht: „Ein Bürgermeister kann sich vielleicht nicht vorstellen, dass Jugendliche zum Beispiel nicht über ein Stadtfest laufen können, ohne dass sie von rechtsgerichteten Menschen verbal bedroht werden und Angst haben müssen, angegriffen zu werden. Aber das ist die Realität für diese Jugendgruppen.“ In Limbach-Oberfrohna hatte sie damit Erfolg.

Das Problembewusstsein für rechte Einstellungen sei insgesamt gestiegen, sagt auch Marlene Jakob. Mehr und mehr Schulen wollten eine Courage-Schule werden. In den zurückliegenden Monaten seien ein Dutzend Schulen dazugekommen, so viele wie lange nicht mehr. 122 Schulen gehören Ende 2023 in Sachsen zum Netzwerk *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*. Auch die staatlichen Fördergelder seien aufgestockt worden.

Fortschritte gibt es auch bei der Sichtbarkeit von nicht-heterosexuellen oder trans* Personen. In Sachsen gibt es inzwischen auch in einer Reihe kleinerer Städte wie Torgau, Riesa und Frankenberg im Erzgebirge CSD-Paraden. Veranstaltet werden sie meist von lokalen Gruppen – obwohl die immer mit Beschimpfungen, Beleidigungen und körperlichen Übergriffen rechnen müssen. „Die Gefahr ist stetig da“, beklagt Leon aus Döbeln.

Für die 20-jährige Melli ist die Parade eine wichtige Erfahrung: Dass sie auf Frauen steht, verheimlicht sie in ihrem Heimatdorf lieber. Auch mit ihren Brüdern, die sie als rechtsextrem bezeichnet, kann sie nicht darüber sprechen. Umso wichtiger ist die CSD-Demo für sie: „Das ist so geil, wie viele da sind und uns supporten. Ich finde es einfach richtig schön, dass es auch mal einen Tag gibt, wo sich Leute wie wir sicher zeigen dürfen und keine Angst haben müssen, angegriffen oder beleidigt zu werden.“

Alexander Moritz

NAZIS
HATTEN WIR SCHON
WAR KACKE!!!



UND "Nazis raus"
ruft es sich Leicht
DA MOES
Keine Nazis gibt
~ KROFFKLUB

RECHTSEXTREM UND ETABLIERT



Zehn Jahre nach ihrer Gründung hat sich die AfD zugleich radikalisiert und normalisiert. Sie will das demokratische System und seine Grundwerte aushebeln und strebt eine gewaltsame Politik an.

Wer wissen will, wo die AfD politisch steht, muss sich ihre führenden Köpfe anschauen: Spitzenkandidat zur Europawahl 2024 wurde Maximilian Krahe. Für den Dresdner Rechtsanwalt sind offene Homophobie und islamistischer Terror ein Witz. So sagte er in einem Podcast des rechts-extremen Verlegers Götz Kubitschek: „Das Lustigste, was ich beim Pride Month erlebt habe, war 2021 – da hatte die US-Botschaft in Kabul ganz stolz den Pride Month ausgerufen. Es dauerte keine drei Wochen, bis die Taliban in Kabul eingerückt sind. Ich glaube, dass das die einzig richtige Antwort auf den Pride Month gewesen ist.“¹ Die Taliban sind eine islamistische Terrorgruppe, die seit 2021 – wieder – in Afghanistan an der Macht ist. Sie begingen systematisch Massaker an der Zivilbevölkerung und Kriegsverbrechen, haben die Todesstrafe unter anderem für Homosexuelle wieder eingeführt und Frauen entrechtet.

Mit seinen menschenverachtenden Witzen steht Maximilian Krahe für eine neue Generation in der AfD, die sich unverkrampft „rechts“ nennt und offen radikal auftritt. Einige ihrer Spitzenpolitiker tragen die gerichtlich bestätigte Einstufung der Partei durch den Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall wie ein Abzeichen auf der Brust. In seinem in einem rechtsextremen Verlag herausgegebenen Buch „Politik von rechts“ positioniert sich Krahe gegen die liberale Demokratie und Menschenrechte, bedient sich ideologisch beim antisemitischen NS-Vordenker Carl Schmitt und verfolgt sogenannte neurechte Konzepte des Ethnopluralismus – einer modernisierten Neuauflage des klassischen Rassismus der Nazis.

Die Neue Rechte ist eine Denkschule, die dank des Aufschwungs der AfD bis weit in die Mitte der Gesellschaft ausstrahlt. Die Rassist*innen der AfD haben dabei das Wort „Rasse“ mit „Kultur“ ausgetauscht und streben nichtsdestotrotz nach ethnischer Homogenität. Mit ihrer Unterscheidung zwischen „Passdeutschen“ und „Biodeutschen“ hetzt die AfD gegen deutsche Staatsangehörige mit familiärer Migrationsgeschichte. Das Recherchezentrum Correctiv deckte im Januar 2024 ein

Geheimtreffen teils hochrangiger AfD-Mitglieder mit dem Kopf der „Identitären Bewegung“ Martin Sellner auf, das zum Thema hatte, ob man nicht – neben vielen anderen – auch deutsche Staatsbürger*innen mit Zuwanderungsgeschichte irgendwohin abschieben könnte.²

Nicht selten mischt sich die rechtsextreme Ideologie mit verschwörungsideologischen Elementen: So ist die Rede von einem durch „Globalisten“ gesteuerten „Großen Austausch“, angeblich um die weiße, christliche Bevölkerung durch nicht-weiße oder muslimische Immigrant*innen zu ersetzen. Oft sind diese neurechten Erzählungen anschlussfähig an antisemitische Stereotype, die von einer übermächtigen Elite und von einer „fremdgesteuerten“ Bundesregierung fantasieren – häufig sind dann am Ende schlicht wieder „die Juden“ schuld.³

Mit Spielarten der gleichen Erzählung rechtfertigten in den zurückliegenden Jahren Rechtsterroristen weltweit ihre Taten: Bei den Anschlägen von Utøya mit 77 Toten, Christchurch mit 51 Toten, El Paso mit 22 Toten, Buffalo mit 10 Toten ebenso wie in Deutschland. Mit einer ähnlichen Ideologie ermordete der NSU 10 Menschen, die Attentäter vom Münchner Olympia-Einkaufszentrum und Hanau je 9, der von Halle 2. In all diesen Fällen fanden sich bei den Tätern Hinweise auf Verschwörungsideologien vom „Bevölkerungsaustausch“ oder drohenden „Volkstod“.

Um zu erkennen, was es bedeuten würde, wenn die AfD an die Macht käme, sollte nicht nur in das bewusst zurückhaltend formulierte Parteiprogramm oder in die daraus für den Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung übernommenen Thesen schauen. Besonders deutlich wird die gewaltsame Politik, die die AfD anstrebt, wenn man sich mit Ideologie, Äußerungen und Ideen ihrer wichtigsten Vertreter*innen beschäftigt. Als mächtigster Mann in der Partei gilt spätestens seit dem Parteitag von Riesa 2022 der Rechtsextremist Björn Höcke. In einem fast 300 Seiten langen Interview legt der 1972 in Westfalen geborene Gymnasiallehrer und heutige Landesvorsitzende der AfD Thüringen in

1. https://open.spotify.com/episode/17P7agsN7Y4iixXiqI8gps_ab_Min_2:40

2. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

3. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/allgemein/2022-04-lagebild-antisemitismus.pdf>, S. 17/18

dem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ dar, wie er sich die Zukunft Deutschlands vorstellt: Er spricht vom „Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“ und kündigt nichts anderes als Deportationen an, wenn er ein „großangelegtes Remigrationsprojekt“ fordert, bei dem man um eine „wohltemperierte Grausamkeit“ nicht herumkommen werde.

Als Geschichtslehrer außer Dienst spricht er von der „deutschen Unbedingtheit“: „Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen“. Jemand müsse mit „starkem Besen“ und einer „festen Hand“ als „Zuchtmeister“ den „Saustall ausmisten“ – „auch wenn wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen“ –, eine klare Ankündigung gewaltsamer Politik, die vor allem auf eine Ausweitung des staatlichen Gewaltmonopols setzt.

Höcke ist der Kopf der völkisch-nationalistischen Strömung, die sich nach zahlreichen Flügelkämpfen mit dem rechtspopulistisch-marktradikalen Flügel durchgesetzt hat. Der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland hielt stets seine schützende Hand über das völkische Lager und stärkte den Kurs der Fundamentalopposition. Das Motto, das Gauland nach dem ersten Einzug in den Bundestag auf der AfD-Wahlparty 2017 ins Mikro brüllte, gilt auch heute noch: „Wir werden sie jagen!“ Gemeinsam ist Höcke und Gauland auch die Ablehnung von Erinnerungskultur und der Wunsch nach einer nationalistischen Geschichtspolitik: In einer Grundsatzzrede bezeichnete Höcke das Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ und forderte eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“.⁴ Gauland relativierte die NS-Zeit als „Vogelschiss in unserer über 1.000-jährigen Geschichte“⁵ – was das Menschheitsverbrechen Holocaust und damit den industriellen Massenmord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden einschließt.

Aus Sicht des vom Bundestag finanzierten Deutschen Instituts für Menschenrechte missachtet die AfD die im Grundgesetz verankerte Garantie der Menschenwürde sowie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip.⁶ Ein

Parteiverbot ist laut dem Institut rechtlich möglich. Zugleich stellen viele Expert*innen die Sinnhaftigkeit eines Verbotsverfahrens infrage: wegen zu erwartender Solidarisierungseffekte, weil es die klassische rechte Selbststilisierung zum Opfer nährt, die rechtlichen Hürden eines Parteiverbots hoch sind und ein Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht der AfD Legitimität verschaffen könne. Zumal ein Parteiverbot nicht gegen die gesellschaftlich vorhandenen autoritären und rassistischen Einstellungen hilft, welche der AfD Wähler*innenstimmen verschaffen.

Als wirksamer erachten viele Expert*innen Strategien des gesellschaftlichen Dagegenhaltens – zum einen durch klare Abgrenzung sowie zivilgesellschaftliche Gegenrede und Mobilisierung, zum anderen durch Aufklärung: Denn eine Umsetzung der AfD-Ziele wäre nicht nur aus menschenrechtlicher Sicht eine Katastrophe, sondern auch klima-, wirtschafts-, gesundheits- und sozialpolitisch. Wer wissen will, wie verheerend etwa die Wirkung einer von der AfD geforderten Überwindung der EU für die Wirtschaft sein kann, der schau ins Vereinigte Königreich und auf die Auswirkungen des Brexits.

Ebenso hat die AfD trotz ihrer Inszenierung als Partei für die „kleinen Leute“ einen neoliberalen Kern: Von ihren Forderungen würden untere Einkommensschichten kaum profitieren, reichere Menschen hingegen durch Steuererleichterungen sehr deutlich. Sozialhilfeempfänger*innen will die AfD zu „Bürgerarbeit“ zwangsverpflichten.⁷ Die menschengemachte globale Erderwärmung bestreitet die AfD ohnehin, sie will weiter auf fossile Rohstoffe setzen – trotz aller bereits deutlich spürbaren negativen Auswirkungen der größten Krise der Gegenwart.

Die Friedensordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg will die AfD zugunsten einer Außenpolitik über Bord werfen, die vor allem von Großmächten geprägt sein soll. „Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann“, sagte Björn Höcke auf dem Europaparteitag 2023 in Magdeburg. Gab es in den frühen Jahren noch ein klares Bekenntnis zum Westen, ist inzwischen immer häufiger die Rede von einer „mul-

4. <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemutzzustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html>

5. <https://afdbundestag.de/wortlaut-der-umstrittenen-passage-der-rede-von-alexander-gauland/>

6. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/warum-die-afd-verboden-werden-koennte>

7. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003943.pdf>



Wahlparty der AfD in Berlin (2016). © Kummipicture alliance/dpa

tipolaren Weltordnung“. Realpolitisch hieße das: Die von Russland 2022 überfallene Ukraine soll unter dem Motto „Deutschland zuerst“ für billiges Gas geopfert werden, der Einfluss der USA als „raumfremde“ und „fremdgesteuerte Macht“ zurückgedrängt werden.⁸ Die AfD hat zahlreiche Verbindungen nach Russland und wird von dort unterstützt. Nicht wenige sprechen von einer „Alternative für Russland“. Der russische Diktator Wladimir Putin fördert rechtsradikale bis rechtspopulis-

tische Parteien in vielen europäischen Ländern – auch um die von ihm verhassten westlich-liberalen Demokratien zu gefährden.

Das Besondere an der AfD im Vergleich mit anderen rechten Parteien in Europa ist, dass sie sich seit ihrer Gründung 2013 stetig radikalisiert hat. Sie geht damit den gegenteiligen Weg des Rassemblement National von Marine Le Pen, der Schwedendemokraten und der

AfD und Familienpolitik

Weil die AfD im Einwanderungsland Deutschland die Migration ablehnt, flüchtet sie sich familienpolitisch in Luftschlösser: Den schon jetzt akuten Fachkräftemangel, der sich in der älter werdenden Gesellschaft weiter verschärfen wird, will sie mit mehr in Deutschland geborenen – gemeint sein dürften weiße – Kindern ausgleichen.⁹ In ihrem Bundestagswahlprogramm 2021 verspricht die AfD Steuererleichterungen für Familien und „Herdprämien“ für Frauen. Die autoritäre Erziehung ist ebenso mitgedacht: Die Verankerung von „Kinderrechten“ im Grundgesetz lehnt sie ab, weil das „Elternrechte“ einschränken würde. Familien bezeichnet sie als „Keimzellen unserer Gesellschaft“, die „biologische Geschlechterbindung des Menschen“ „nicht als Last, sondern als Geschenk“.¹⁰

AfD und Bildungspolitik

Laut Bundestagswahlprogramm 2021 will die AfD das mehrgliedrige Schulsystem erhalten, Inklusion lehnt sie ab. Geflüchtete Schüler*innen sollen „auch für die Möglichkeit ihrer Rückkehr vorbereitet“ werden. Geschichtspolitisch will die AfD zurück zum Nationalismus. Ab der Grundschule sollen „Heimatliebe“ und „Traditionsbewusstsein“ Pflichtstoff sein. Die Förderung der Sozialforschung zu Geschlechterverhältnissen – der Gender Studies – soll eingestellt werden.¹¹ In den Ländern machte die AfD dadurch auf sich aufmerksam, dass Schüler*innen das Deutschlandlied singen und Mittel für KZ-Gedenkstätten gestrichen werden sollen.¹²

8. <https://vvn-bda.de/hoeckes-geraer-rede/>

9. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/chrupalla-afd-104.html>

10. <https://taz.de/Marsch-der-Abtreibungsgegnerinnen/!5956895/>

11. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf

12. <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/afd-will-hymne-an-schulen-singen-lassen-937157>, <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/die-bildungspolitik-der-afd-wenn-wir-kommen-wird-ausgemistet>

Fratelli d'Italia, die sich mit einer Strategie der Selbstverharmlosung teils bereits in Regierungsverantwortung wiederfinden. In der AfD hingegen hat sich bislang das Wutbürger-Motto „Das wird man ja wohl nach sagen dürfen“ durchgesetzt.

Seit ihrer Gründung durchziehen die Parteigeschichte erbitterte Grabenkämpfe um die politische Grundausrichtung, Mandate und Spitzenposten: Als Euroskeptiker-Partei unter anderem von dem Wirtschaftswissenschaftler und D-Mark-Nationalisten Bernd Lucke ins Leben gerufen, war sie zunächst vor allem Sammelbecken für viele vom Kurs Angela Merkels verprellte CDUler*innen, enttäuschte und zumeist marktradikale FDPler*innen und versprengte Rechtsextreme.

2015 wurde Bernd Lucke von Frauke Petry weggeputscht, und mit ihm spalteten sich zahlreiche Mitglieder ab. Petry hatte dafür mit Höckes rechtsextremem Parteiflügel paktiert. Unter ihrer Führung wurde die AfD eine klar rechtspopulistische Sammlungspartei. Aber nach zahlreichen rechtsextremen Entgleisungen bekam auch Petry den völkisch-nationalistischen Geist nicht mehr in die Flasche zurück: Nachdem sie einen nach außen weniger radikalen Kurs fahren wollte, wurde sie abgesägt.

Es übernahm Jörg Meuthen, der sich zuvor seinerseits mit dem völkischen Flügel von Höcke verbündet hatte. Unter Meuthen und ab 2019 unter dem noch heute im Amt befindlichen Kandidaten der völkischen Strömung, Tino Chrupalla, wurde die Partei zu einer rechtsextrem dominierten Sammlungspartei. Allerdings legte auch Meuthen sich mit dem rechtsextremen Flügel an – und zog wie bereits jeder Parteivorsitzende vor ihm den Kürzeren. Nach dem schließlich Anfang 2022 erfolgten Austritt Meuthens übernahm das völkisch-nationalistische Lager vollends und wählte einen Vorstand „ganz nach meinem Geschmack“ (Höcke): eben Chrupalla und Alice Weidel, die ideologisch ebenfalls nie allzu weit weg war vom rechtsextremen Kern der Partei.

Deutlich macht das bereits eine geleakte E-Mail Weidels aus dem Jahr 2013: Die Bundesregierung bezeichnet sie darin als „Schweine“ und „Marionetten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs“. Sinti*zze, Rom*nja und

Araber*innen nennt sie in der E-Mail „kulturfremde Völker“.¹³ Der Potsdamer Rechtsextremismusforscher Gideon Botsch ist überzeugt: Höcke versuche aus der AfD eine „rechtsextreme Bewegungs- und Weltanschauungspartei“ mit einer „deutlichen Tendenz zur neonationalsozialistischen Positionierung“ zu machen.¹⁴ Ob ihm das gelingt, bleibt abzuwarten: Denn bisher fehlt der AfD eine breite Basis. Trotz ihrer zu Beginn 2024 über 40.000 Mitglieder ist sie im Vergleich zu den anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen eine kleine Partei – selbst die FDP hat 77.000 Mitglieder.

Zudem bleibt sie auch in Zeiten hoher Umfragewerte in den ostdeutschen Bundesländern und zuletzt hoher Ergebnisse bei Landtagswahlen auch im Westen Deutschlands eine Partei, die bei weiten Teilen der Bevölkerung höchst unbeliebt ist: Deutlich mehr als die Hälfte der Bürger*innen geben 2023 an, ihre Stimme nie der AfD geben zu wollen. Das sind – auch in den ostdeutschen Bundesländern – mehr als bei allen anderen Parteien.¹⁵ Trotz einzelner Zusammenarbeiten mit der Union sowie anderen Parteien etwa auf kommunaler Ebene oder bei Anträgen und Gesetzen ist, Stand Anfang 2024, eine Regierungsbeteiligung der AfD nach wie vor ein Tabu und unwahrscheinlich – auch weil das die CDU zerreißen würde.

Allerdings haben die hohen Umfragewerte der AfD längst handfeste Auswirkungen auf reale Politik, auch ohne dass sie an Koalitionen beteiligt ist. CDU-Politiker wie Parteichef Friedrich Merz versuchen, AfD-Wähler*innen zurückzugewinnen und äußern sich klar rassistisch – obwohl Wahlen und Forschung belegen, dass davon das Original profitiert. Auch sich als liberal verstehende Parteien und Qualitätsmedien diskutieren vor allem mit einem negativen Framing über Migration; in einem Ausmaß, das für andere wichtige Themen kaum noch Platz lässt: Klimakrise, Wohnungspolitik, wachsende soziale Ungleichheit und Fachkräftemangel: All diese Themen würden weit mehr Beachtung verdienen, als sie in Zeiten des steten Schielens auf die AfD bekommen.

Gareth Joswig

13. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus168480470/Diese-Schweine-sind-nichts-anderes-als-Marionetten-der-Siegermaechte.html>

14. <https://taz.de/Politikwissenschaftler-ueber-10-Jahre-AfD!/5913279/>

15. <https://www.insa-consulere.de/archivpotentialanalyse/>





DIE RECHTSEXTREMEN UND DIE BÜRGERLICHE MITTE

Mit der AfD gelingt es einer rassistischen Partei, bei der sogenannten Mitte der Gesellschaft anzudocken. Vor allem schafft sie das mit den Themen Klima, Gendern, Migration. Wie macht sie das?

Deutschland. Aber normal.“ Mit diesem Slogan trat die AfD zur Bundestagswahl 2021 an.¹ Das war ziemlich clever. Denn es legt nahe, dass die AfD Politik für ganz normale Leute macht, Leute wie du und ich also. Dass sie für normale Themen und normale Positionen steht. Und: dass es normal ist, AfD zu wählen. Das alles ist falsch. Die AfD ist eine extrem rechte und rassistische Partei, die der vielfältigen und demokratischen Gesellschaft den Kampf angesagt hat. Trotz ihrer in vieler Hinsicht erfolgreichen Strategie der Etablierung und Selbstverharmlosung sollte es alles andere als normal sein, die AfD zu wählen.

Doch der AfD gelingt es, Teile der Mitte zum rechten Rand zu ziehen. Sie hat die gesellschaftlichen Debatten verändert und die Diskurse verschoben. Und die Erzählung von der „normalen Partei“ scheint zu verfangen. 80 Prozent ihrer Anhänger*innen erklärten in einer Umfrage im Herbst 2023, es sei ihnen „egal, dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht“.²

Klima, Gendern, Migration – das sind solche Themen. Die AfD setzt auf sie, weil sie gesellschaftlich umstritten sind, also das Zeug zur Spaltung haben. Und weil es für sie keine leichten Lösungen gibt – genau solche Lösungen aber verspricht die AfD. Und weil sie mit diesen Themen die sogenannte bürgerliche Mitte ansprechen, ihre Basis also auch jenseits des radikal rechten Milieus verbreitern kann.

Ganz besonders zielt die AfD auf Wähler*innen von CDU/CSU. Mit ihnen gibt es zahlreiche inhaltliche Überschneidungen, CDU und CSU sind der AfD als konservative Parteien bei vielen Themen am nächsten. Aber es gibt eben auch einen sehr wichtigen Unterschied: CDU und CSU sind demokratische Parteien. Die AfD ist antidemokratisch. Sie will unser System grundsätzlich verändern und verachtet wichtige Grundrechte wie den Schutz der Menschenwürde, der für alle Menschen gilt.

Wie aber funktioniert der Versuch der AfD, bei der gesellschaftlichen Mitte anzudocken? Schauen wir uns das zunächst beim Thema Klimapolitik an. Es gibt in der Bevölkerung, das zeigen viele Umfragen, zwar grundsätzlich eine breite Zustimmung für Klimaschutz. Aber es gibt – verstärkt durch Krisen wie Corona, die Kriege in der Ukraine und in Nahost, die hohen Energiepreise und die Inflation – in Teilen der Bevölkerung auch das Gefühl, dass man es damit nicht übertreiben soll. Dass andere Themen wichtiger sind. Und dass Unternehmen wie Privatleute von Klimaschutzmaßnahmen nicht überfordert werden dürfen. Besonders empfindlich reagieren viele, wenn es um ihr Privatleben und ihren Alltag geht.

Im Jahr 2023 zeigte sich das klar bei der Diskussion um das sogenannte Heizungsgesetz, das festlegt, wer wann nicht mehr mit klimaschädlichem Gas und Öl heizen darf. Viele Menschen hatten Angst, dass sie ihre Heizung sofort austauschen müssen und dass ihr

1. <https://www.afd.de/aufruf-deutschland-aber-normal>

2. <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-extra-afd-100.html>



Erspartes dafür nicht reicht. Das ist so im Gesetz zwar gar nicht vorgesehen, auch wird es für Menschen mit geringen Einkommen zum Teil hohe Zuschüsse geben. Dennoch gibt es diese Ängste.

An ihnen setzt die AfD an – und schürt sie weiter. Ähnlich haben das im konkreten Fall auch CDU und CSU gemacht. Diese aber lehnen zwar das konkrete Gesetz ab und wollen beim Klimaschutz anders und meist langsamer vorgehen als die Bundesregierung und erst recht als Klimaschutz-Aktivist*innen. Grundsätzlich jedoch zweifeln sie den menschengemachten Klimawandel nicht an.

Ganz anders die AfD: Sie leugnet wissenschaftliche Erkenntnisse zum menschengemachten Klimawandel. Und sie deutet – so formuliert es der Kommunikationsberater Johannes Hillje – Klimaschutz zum Kulturkampf um, indem sie Klimapolitik zur Bedrohung für einen „vermeintlich typisch deutschen Lebensstil“ erklärt und sich selbst zur Verteidigerin von „Diesel, Schnitzel und Billigfliegern“.³ So lädt sie das Thema zusätzlich emotional auf – und kann damit auch Teile der gesellschaftlichen Mitte mobilisieren.

Ähnlich ist es beim Thema Gendern. Geschlechtergerechte Sprache war ursprünglich ein linkes Projekt, im Bundestag etwa machten sich vor allem die Grünen und die Linkspartei dafür stark. Inzwischen spricht keine Partei dort so viel über das Gendern wie die AfD, sie kritisiert „Gender-Gaga“⁴ oder „Gender-Wahn“⁵, sei es in den anderen Parteien, in Schulen, Universitäten oder in den Medien. Die AfD ist auch die einzige Partei, die zu dem Thema im Bundestag Anträge stellt und so eine geschlechtergerechte Sprache verbieten will.⁶

Die AfD stellt sich dabei gegen einen angeblichen Zwang, den es gar nicht gibt. Doch auch hier kann sie an ein Gefühl in Teilen der Bevölkerung anknüpfen, die das Gendern entweder ablehnen oder denen zumindest das Verständnis dafür fehlt. Und die beispielsweise irritiert oder wütend zur Kenntnis nehmen, wenn im Fernsehen oder im Radio gegendert wird. In CDU und CSU hat man das Thema lange eher ignoriert, dann aber

stiegen sowohl CSU-Chef Markus Söder⁷ als auch der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz in die Polemik gegen eine geschlechtergerechte Sprache ein. Friedrich Merz behauptete sogar, das Gendern im öffentlich-rechtlichen Rundfunk treibe die Menschen in Richtung AfD⁸. Belege dafür gibt es indes nicht. Es zeigt aber, dass es der AfD gelungen ist, das Thema jenseits ihrer Stammwähler*innenschaft zu verankern.

Das wohl wichtigste Thema, mit dem es die AfD geschafft hat, die gesellschaftliche Mitte zu sich nach rechts zu ziehen, ist das Thema Migration. Von Beginn an spielt es eine zentrale Rolle für die Partei. 2015, zwei Jahre nach ihrer Gründung, lag die AfD nach internen Streitereien am Boden, in Umfragen stand sie bei zwei bis drei Prozent, ein Einzug in den Bundestag schien mehr als unwahrscheinlich. Dann kamen viele Geflüchtete vor allem aus Syrien nach Deutschland, die Anzahl der Asylsuchenden stieg massiv an.

Der damalige AfD-Vorsitzende Alexander Gauland bezeichnete die durch die Geflüchteten ausgelöste „Krise“ als „Geschenk“ für seine Partei.⁹ Die Mobilisierung gegen sie und gegen die zunächst offene Haltung der damaligen Bundesregierung unter CDU-Kanzlerin Angela Merkel und weite Teile der Gesellschaft ermöglichte der AfD den Wiederaufstieg. Sie positionierte sich als einzige Partei klar gegen die Aufnahme der Geflüchteten. Auch hier konnte sie an in der Bevölkerung vorhandene Ängste anknüpfen – und an rassistische Einstellungen. 2017 zog sie erstmals in den Bundestag ein, mit 12,6 Prozent der Stimmen.

Wie sehr die AfD seitdem den Diskurs nach rechts verschoben hat, sieht man an der Debatte über Geflüchtete besonders deutlich. In deren Zentrum steht meist, wie ihre Anzahl in Deutschland reduziert werden kann. Darüber, wie es besser gelingen kann, Menschen unterzubringen und zu integrieren, wird kaum gesprochen. Der AfD dürfte das gefallen. Sie und ihre Positionen scheinen damit wieder etwas „normaler“ geworden zu sein.

Sabine am Orde

3. <https://www.deutschlandfunk.de/strategie-zur-bundestagswahl-die-afd-macht-klimaschutz-zum-100.html>

4. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/Großplakat_Motiv_14.pdf

5. <https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-startet-kampagne-genderwahn-raus-aus-dem-stundenplan/>

6. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw50-de-geschlechtergerechte-sprache-924578>

7. <https://www.instagram.com/p/CxI2EVBoExI/>

8. <https://twitter.com/FriedrichMerz/status/1665017166612013056?>



RECHTE IN EUROPA

Gegen Migration, Islam und Wokeness: Auf den ersten Blick eint rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in der EU vieles. Doch im Detail liegen ihre Positionen weit auseinander.

Europa ist für Rechtspopulist*innen negativer und positiver Bezugspunkt zugleich: Einerseits verteufeln sie die Europäische Union (EU) als Angriff auf die nationale Selbstbestimmung und leben meist gut davon, die „Brüsseler Eliten“ zu attackieren. Andererseits versuchen sie, sich europaweit zusammenzuschließen, um die EU nach ihren Vorstellungen zu formen. Sie eint der Kampf gegen Migration, Islam und den gern als „Wokeness“ bezeichneten liberalen Zeitgeist. „Wir sagen ‚Auf Wiedersehen‘ nicht nur zur liberalen Demokratie, sondern zur Elite der 1968er“, sagte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán vor den Europawahlen 2019.¹

Bei genauer Betrachtung sind die Gräben jedoch so tief, dass dem rechten Lager, anders als Konservativen, Liberalen, Grünen, Sozialdemokraten und Linken, ein Zusammenschluss im Europäischen Parlament – Stand Anfang 2024 – nie gelang. Anderenfalls könnten rechtsextreme und -populistische Parteien mit 138 von 705 Abgeordneten die drittstärkste Fraktion stellen. Stattdessen teilt sich die extreme Rechte auf zwei Bündnisse und zwölf fraktionslose Abgeordnete auf.

Seit 2009 existiert das Parteienbündnis der „Europäischen Konservativen und Reformer“ (EKR) mit 67 Abgeordneten. Zu ihm gehören die Fratelli d'Italia (Brüder Italiens), die seit 2022 auch die Ministerpräsidentin in Rom stellen; Vox aus Spanien, die nationalkonservative „Recht und Gerechtigkeit“ PiS aus Polen und 15 weitere Parteien. Zugleich sitzt das nach den Europawahlen 2019 von der AfD mitgegründete rechtsextreme Bündnis Identität und Demokratie (ID) im Europaparlament. In der Sechs-Parteien-Fraktion mit 60 Sitzen sind auch die österreichische FPÖ, der französische Rassemblement National (RN) und die italienische Lega dabei. Zwölf Abgeordnete der ungarischen Regierungspartei Fidesz gehören keiner Fraktion an.

Liest man die Selbstbeschreibungen der Bündnisse, scheint die Nähe groß: Bei der EKR ist von „nationaler Souveränität“ die Rede, von „niedrigen Steuern“ und „freiem Handel“.² Die ID verweist auf „demokratische Prinzipien“, „Souveränität“ und „individuelle Freiheit“.³ Tatsächlich sind die Unterschiede zwischen den rechten Parteien in vielen Feldern enorm. Das hat auch mit Geld zu tun – dem wohl wichtigsten Streitpunkt.

In beiden Fraktionen stehen einige Parteien für eine Sozialpolitik, die per Sozialstaat recht viel Geld an eigene Bürger*innen umverteilt, etwa die PiS, die Fidesz oder der RN. Andere sind eher neoliberal-rechtslibertär orientiert und wollen möglichst wenig Umverteilung. Differenzen gibt es auch bei der Frage einer gemeinsamen Währung: Obwohl die AfD schon lange nicht mehr nur eine Anti-Euro-Partei ist, will sie nach wie vor die „Transferunion“ aufkündigen und die „nationale Währung wieder einführen“.⁴ Im Europawahlprogramm des Rassemblement National steht zwar, dass der „Euro, wie er heute funktioniert, eindeutig den Interessen Deutschlands auf Kosten der meisten anderen Länder der Eurozone dient“. Den Ausstieg aus dem Euro fordert die Partei aber nicht mehr. Auch bei der FPÖ ist keine Rede mehr von dem einst geforderten Referendum über eine Rückkehr zum Schilling, der ehemaligen österreichischen Währung.

Ähnlich weit auseinander fällt der Blick auf die Transferleistungen aus Brüssel. 18 der 27 EU-Staaten sind sogenannte Nettoempfänger, sie bekommen mehr Geld von der EU, als sie einzahlen. Die besonders EU-kritisch regierten Länder Ungarn und Polen zum Beispiel erhielten 2022 zusammen fast 17 Milliarden Euro mehr aus Brüssel, als sie eingezahlt haben.

Geht es etwa nach der österreichischen FPÖ, ist damit Schluss: Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte der



einzelnen Volkswirtschaften versuche die EU durch indirekte Ausgleichszahlungen wettzumachen, heißt es in ihrem „Handbuch freiheitlicher Politik“. Diese seien „abzulehnen“.

Auch die AfD beklagt in ihrem Europawahlprogramm 2024 „vertragswidrige Gemeinschaftshaftung, Transferzahlungen, Verschuldung auf Ebene der EU, verbotene Staatsfinanzierung und mandatswidrige (Plan-)Wirtschaftspolitik durch EZB und EU – alles weitgehend zu Lasten Deutschlands“⁵. Projekte wie den Green Deal der EU will sie stoppen. Die rechten Parteien in Empfängerländern wie Bulgarien, Estland, Griechenland, Ungarn, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik gehen da nicht mit.

Streit gibt es auch über die Idee einer europäischen Armee, wie sie die deutsche und französische Regierung verfolgen. Bei der polnischen PiS findet diese durchaus Anklang. Sie versetze die EU in die Lage, sich gegen Russland zu behaupten, so sieht es die PiS und kann sich auch eine gemeinsame EU-Außenpolitik vorstellen.⁵ Mit der AfD und anderen Rechtsparteien ist das hingegen nicht zu machen. Sie lehnen die Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik und den „Europäischen Auswärtigen Dienst“ – eine Art EU-Außenministerium – ebenso ab wie die Schaffung einer EU-Armee.

Weit näher sollten sich Europas Rechte in Sachen Migration stehen, könnte man meinen. In ihren Wahlkämpfen warnen sie alle vor einer angeblich drohenden „Invasion“ von Muslim*innen und Flüchtlingen. Im Detail gibt es auch hier Unterschiede: Lega, FPÖ, RN, AfD und fast alle anderen wollen, wenn überhaupt, nur wenige ausgewählte Fachkräfte nach Europa lassen. In Polen sieht man das anders. Es fehlen Hunderttausende Arbeitskräfte, im Jahr 2030 könnten es Studien zufolge rund vier Millionen sein. Die rechtspopulistische

PiS-Regierung ließ 2023 so viele Drittstaatler*innen ins Land wie nie.⁷

Einen ähnlichen Dissens gibt es in der Asylpolitik. Die AfD will alle Grenzen „sofort schließen“ und pocht auf nationale Souveränität in Migrationsfragen.⁸ Das sehen fast alle anderen Rechtsparteien genauso; Brüssel soll keine Umsiedlung von Asylbewerber*innen innerhalb der EU anordnen dürfen. Italien aber – wo überproportional viele Flüchtlinge ankommen – will, dass umverteilt wird.

Viel Streit gibt es auch über den Umgang mit Russland und das Verhältnis zu Putin – seit dessen Überfall auf die Ukraine umso mehr. Die ID-Parteien stehen überwiegend für einen prorussischen Kurs – auch, weil ihnen Putins autoritäre Regierungsführung gefällt. Die österreichische FPÖ etwa schloss 2016 einen „Freundschaftsvertrag“ mit Putins Partei Einiges Russland ab.⁹ Marine Le Pens Partei lieh sich bei einer kremlnahen russischen Bank Geld¹⁰; ihr und auch der italienischen Lega werden gute Kontakte nach Moskau nachgesagt. Die pflegt auch die AfD und fordert in ihrem Europawahlprogramm die „sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland“.¹¹ Auch die ungarische Fidesz steht im Ukraine-Konflikt treu an Putins Seite und blockiert EU-Sanktionen.

Für andere rechte Parteien, vor allem aus der EKR-Fraktion, hingegen steht fest: Putins Russland ist eine existenzielle Bedrohung. Das gilt vor allem für jene aus den baltischen Staaten, Finnland, Schweden sowie Polen. Doch auch Italiens Giorgia Meloni hat sich klar an die Seite der Ukraine gestellt. Solange die Interessen in so fundamentalen Fragen auseinanderfallen, bleibt der Weg zu einer Internationale der Nationalist*innen steinig.

Christian Jakob

1. <https://www.wiwo.de/politik/ausland/ungarn-orban-will-bei-europawahl-illiberale-kraefte-staerken/22858398.html>

2. https://ecrgroup.eu/vision_for_europe

3. <https://id-party.eu/program>

4. <https://www.afd.de/europawahlprogramm2024/>

5. a. a. O.

6. <https://www.welt.de/politik/ausland/article4800851/Polen-plaediert-fuer-weitere-Ost-Oeffnung-der-EU.html>

7. <https://www.spiegel.de/ausland/polen-regierung-hetzt-gegen-migranten-und-laesst-heimlich-arbeitskraefte-ins-land-a-ee4474c5-da1f-4262-82df-f8bec92b8a2d>

8. <https://afdkompakt.de/2022/11/29/statt-schnellerer-einbuengerung-grenzen-schliessen-und-ausreisepflichtige-sofort-abschieben/>

9. <https://www.derstandard.de/story/2000143406427/fpoe-legt-russland-vertrag-von-sich-aus-nicht-offen>

10. <https://www.sueddeutsche.de/politik/russland-und-der-front-national-analyse-le-pens-draht-nach-moskau-1.3387671>

11. <https://www.afd.de/europawahlprogramm2024>

JUNG, WESTDEUTSCH, VÖLKISCH



Nach dem Brandanschlag in Schwandorf 1988. © Götzpicture alliance/dpa

Rechtsextreme Jugendkulturen sind kein Phänomen des 21. Jahrhunderts. In der alten Bundesrepublik bildeten sich parallel zur Entstehung einer Migrationsgesellschaft rechte Jugendszenen heraus.

Kurz vor der Landtagswahl in Bayern im Oktober 2023 sorgte ein antisemitisches Flugblatt für Schlagzeilen. Es wurde 1988 in der Schultasche des damals 17-jährigen Schülers Hubert Aiwanger gefunden. Der stellvertretende Ministerpräsident von der Partei Freie Wähler stritt die Urheberschaft ab.¹

Interessant ist, in welchem gesellschaftspolitischen Kontext das Flugblatt an bayerischen Schulen 1988 kursierte: Zu dieser Zeit tickt ein Teil der um 1970 in Westdeutschland Geborenen rechts. Rechtsradikale

Hooligans, neonazistische Kameradschaften wie die Wehrsportgruppe Werwolf um Michael Kühnen, rechte Skinheads, rechte Rockbands, werben unter der westdeutschen Jugend erfolgreich Nachwuchs an. Eine solche, rechte Subkultur gab es zuvor nicht.

Ihr Entstehen ist eng mit der Herausbildung einer Migrationsgesellschaft verbunden. Die jungen Rechtsradikalen sehen die Gleichaltrigen aus migrantischen Familien als unliebsame Konkurrenz. Unter ihnen kursieren Witze, die den türkischen Einwander*innen

ein ähnliches Schicksal wie den Jüdinnen und Juden in Aussicht stellt. In einer Berliner Mailbox taucht 1986 ein „Anti-Türken-Test, Made in Buchenwald – Copyright by Hitler und Hess“ auf. Darin heißt es: „Mit diesem Programm können unsere deutschen Freunde feststellen, ob sie Türken mögen oder lieber ohne Kopf sehen würden.“ Antworten auf die „Testfragen“ belohnt der Bildschirm mit „Bravo Hitlerjunge!“ oder „Falsch – ab nach Auschwitz!“.

Das Flugblatt und der „Anti-Türken-Test“ werden im Kontext der „geistig-moralischen Wende“, die Helmut Kohl 1982 ankündigte, verständlicher. Sie sind jugendlich-extreme Zuspitzungen von Debatten, wie sie die politische Mitte in jenen Jahren in die Gesellschaft trägt. Ein Beispiel: Im Mai 1983 ruft Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) die „Türkenfrage“ aus: „Ein friedliches Zusammenleben wird nur möglich sein, wenn die Zahl der Ausländer bei uns begrenzt und langfristig vermindert wird, was vor allem die großen Volksgruppen (Türken) betrifft.“² In der Folge wird auch in den bürgerlichen Medien ein enthemmter, antitürkischer Diskurs geführt. Gleichzeitig gewinnen geschichtsrevisionsistische und den Holocaust relativierende Diskurse im Zuge des sogenannten Historikerstreits 1985 und 1986 an Einfluss. In diesem debattieren führende deutsche Historiker*innen die Frage, ob der Holocaust und damit auch die Schuld der Deutschen wirklich so einzigartig ist.

Das antisemitische, antitürkische und völkische Grundrauschen der 1980er-Jahre und die Stimmungsmache unter Jugendlichen auf Schulhöfen bleiben nicht folgenlos. 1988 verübt ein 19-jähriger Berufsschüler in Schwandorf in der Oberpfalz (Bayern) einen Brandanschlag auf ein überwiegend von Türk*innen bewohntes Haus, bei dem vier Menschen sterben. Es ist eine weitere Station in der langen Reihe tödlicher rassistischer Übergriffe vor allem auf Menschen aus der Türkei – wie dem Brandanschlag in Duisburg, bei dem sieben Menschen sterben (1984), auf Ramazan Avcı (1985), Mehmet Kaymakçı (1985) und Ufuk Şahin (1989).

Im Januar 1989 wählen in Westberlin 20 Prozent der männlichen Erstwähler*innen die rechtsextreme Partei

Die Republikaner. Am 20. April 1989, dem hundertsten Geburtstag Adolf Hitlers, kündigt die rechte Szene an, bundesweit Einwander*innen aus der Türkei anzugreifen. In West-Berlin und anderen Städten mit einem hohen Anteil Eingewanderter bleiben mehr als die Hälfte der Kinder aus Angst vor Übergriffen dem Unterricht fern.

Das alles geschah in der Bundesrepublik, bevor sich die Entwicklung in Ost und West nach dem Mauerfall dynamisierte und in die sogenannten Baseballschlägerjahre mündete.

Eberhard Seidel



Michael Kühnen bei einem Neonazi-Umzug in Dresden 1990. © Wolfgang Maria Weber/Interfoto

1. <https://www.sueddeutsche.de/thema/Flugblatt-Affäre>

2. In: Das Parlament (Deutscher Bundestag) Nr. 20/21 vom 21./28. Mai 1983

DIE BASEBALLSCHLÄGERJAHRE

In den Jahren nach dem Mauerfall dominierten in Ostdeutschland rechtsextreme Jugendkulturen. Die Auswirkungen reichen bis in die heutige Zeit. Eine Rückschau.



„Ich darf Ihnen versichern, daß die kurzgeschorenen Protestanten – deren Aufführung ich scharf mißbillige – nur eine winzige Minorität sind, überdies Kinder einer besonderen Not, arbeitslos, von den kleinen Freuden des Alltags abgeschnitten, die uns so selbstverständlich sind, vielleicht auch ein bisschen gelangweilt: Sie wollten ihren Herzen Luft machen, sonst nichts ...“

Klaus Harpprecht, Ex-Redenschreiber von Willy Brandt, nach den Ausschreitungen in Hoyerswerda in einem Offenen Brief an eine vietnamesische Freundin, Die Zeit, 18. September 1992

Als diese Zeilen, eine krasse Fehleinschätzung eines westdeutschen Journalisten, entstanden, hatte Jone Munjunga schon die Flucht aus den damals noch sehr neuen Bundesländern ergriffen. Als abenteuerlustiger Mann war er 1987 in Angola aufgebrochen und im Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde gelandet.

Rund 800 sogenannte Vertragsarbeiter*innen lebten in der brandenburgischen Kleinstadt im Norden Berlins. Weitgehend abgeschottet und unter sich, aber in Sicherheit. „In der DDR hielten die Deutschen Distanz und wir auch“, erzählt Munjunga. Mit dem Fall der Mauer wurden sie gleichsam über Nacht zu „Freiwild“. „Zum Einkaufen gingen wir nur zu viert oder fünft. Abends in den Club am besten gar nicht. Mal kam die Polizei und sagte, wir sollten nicht rausgehen.“ Nach einer der vielen Abschiedsfeiern dieser Zeit – nach dem Zusammenbruch der DDR sollten die Vertragsarbeiter*innen möglichst schnell wieder nach Hause – ließ ein Freund von Jone Munjunga sein Leben. Ein Mob von Neonazis zog durch die Straßen; als sie auf Amadeu Antonio

trafen, trampelten sie so lange auf ihm herum, bis er ins Koma fiel und elf Tage später den schweren Verletzungen erlag. Die Polizei war in der Nähe, griff aber nicht ein. Ob aus heimlicher Zustimmung, Angst oder Unterbesetzung, ist bis heute unklar.

Jone Munjunga, der heute ein Afrikanisches Kulturzentrum in Eberswalde leitet, ließ sich fortan in seinem Wohnheim von Mitgliedern der Antirassistischen Initiative aus Berlin bewachen. Ein Jahr später wurde die Lage so unerträglich, dass er aufgab: Unter Polizeischutz ließ er sich von Berliner Unterstützer*innen abholen und verließ die Stadt. Fragt man ihn, warum die Eberswalder*innen ihn nicht beschützten, sagt er: „Das hat sich keiner getraut.“

War das so? Marietta Böttger, die 1991 vom Lehramt in das der Ausländerbeauftragten von Eberswalde wechselte, kann dem nicht widersprechen. Fragt man sie „Wie konnte das passieren?“, sagt sie: „Ich frage mich das immer wieder. Und ich habe keine Erklärung.“ Dann erzählt sie von einem Erlebnis, das sich ihr bis heute eingebraunt hat: „Stellen Sie sich vor: Sie sitzen in Ihrer Neubauwohnung und vor Ihrem Balkon marschieren hundert Glatzköpfe in Springerstiefeln vorbei. Mit Fackeln.“ Der Bürgerrechtler Jens Reich verglich die Stimmung dieser Jahre mit jener in der Wirtschaftskrise 1929, als die NSDAP und die SA massenhaft Anhänger rekrutierten.¹

Der in Frankfurt (Oder) aufgewachsene Journalist Christian Bangel prägte für die Zeit nach der Wende 2019 einen treffenden Begriff: „Ihr Zeugen der Baseballschlägerjahre“, twitterte er, „redet und schreibt von den Neunzigern und Nullern. It's about time.“

1. <https://www.spiegel.de/politik/die-schlagen-schneller-zu-a-b75b8872-0002-0001-0000-000013489879>



Demonstration der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) in Berlin 1993 (l).
Während der pogromähnlichen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992 (r). © C. Jungeblodt

23 Menschen verloren zwischen 1990 und 2008 allein in Brandenburg ihr Leben an Rechtsextreme, bundesweit waren es 208. Gezählt haben sie der Potsdamer Verein Opferperspektive, der seit 1998 den Fokus auf die Betroffenen richtet, und die Amadeu Antonio Stiftung. Judith Porath, Geschäftsführerin der Opferperspektive, betont, dass ungezählte weitere Menschen verletzt oder mundtot gemacht wurden. „Von den allermeisten Opfern hat man nie etwas gehört“, sagt sie, und: „Das Wichtigste war über Jahre, denen, die von Gewalt betroffen sind, Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Sie hatten nicht nur keine Stimme. Was sie erzählten, wurde schlicht angezweifelt.“

Jugendliche, die anders dachten, erlebten eine traumatische Zeit. „Die Rechten waren nicht überall gleich viele und nicht überall gleich stark“, erinnert sich Susanne Lang, „aber sie waren überall präsent. An jedem Wochenende, in jeder Kleinstadt, passierte irgendetwas.“ Sie selbst war in einer Nacht in einer Disco bei Schwedt, als 50 Neonazis den Raum stürmten: „Und dann kamen zwei Polizisten!“ Mit einer Aktion Noteingang versuchten Susanne Lang und andere ab 1997, Gegenwehr zu mobilisieren: Wer bereit war, sich auf die Seite der demokratischen Gegenöffentlichkeit zu stellen, sollte das mit einem „Noteingang“-Sticker sichtbar machen; der Text: „Wir bieten Schutz und Information bei rassistischen und faschistischen Übergriffen!“ Die Resonanz war, bestenfalls, gemischt: „An manchen Orten lief es ganz gut, an anderen ganz schlecht“, sagt Susanne Lang, „es kam vor, dass wir wie Nestbeschmutzer behandelt wurden. Subkulturelle Ansätze durchzusetzen war wahnsinnig schwer.“

Dass Polizei und Justiz nach dem Ende der DDR neu aufgebaut werden mussten, hatte im akuten Fall katastrophale Auswirkungen. Gesellschaftlich schwerer wog

das Fehlen positiver Vorbilder: mit Eltern, die häufig einen Beruf hatten, der nichts mehr wert war und in dem sie immer das Falsche getan hatten; Lehrer*innen, die ein Menschenbild vermittelt hatten, für das sie verachtet wurden und kaum gleich ein neues übernehmen konnten und wollten; Sozialarbeiter*innen, die es in der DDR nicht gegeben hatte. „Unbedarft, unvorbereitet, hilflos“ – so nennt Böttger die Menschen, die mit der Aufgabe betraut worden waren, Jugendliche auf einen demokratischen Weg zu bringen. Ein beeindruckender Beleg dafür findet sich in der preisgekrönten TV-Dokumentation „Die Stadt gehört uns – Rechte Gewalt in Schwedt“ von Enrico Demurray. Darin flötet eine Sozialarbeiterin einem stadtbekanntem Neonazi, den sie zum Interview überreden will, entgegen: „Nun kann ich denen hier ganz viel erzählen: dass du eigentlich ein ganz netter Junge bist und kein Schläger und kein rechtes Vieh und brauner Kampfhund; und dass du mehr kannst als bellen.“

Wie bestimmend das Fehlen von Arbeit und (verwertbarer) Ausbildung für das Abdriften in Neonazismus ist und war, darüber wird bis heute trefflich gestritten. Fest steht – aus heutiger Sicht erst recht –, dass der verbreitete Glaube, die mit dem Einigungsvertrag mitgekauft Demokratie überzeuge aus sich selbst heraus, ein Irrtum war. Fest steht auch, dass viele den Zusammenbruch der DDR als Bruch in der individuellen Biografie bis hin zum persönlichen Scheitern erlebten und sich in dem neuen Land als Bürger*innen zweiter Klasse fühlten. Die Folge: ein „Wir wollen auch wer sein“-Gefühl, an das Rechtsextreme leicht andocken konnten – an völkischen Versatzstücken mangelte es in der nur auf dem Papier antifaschistischen DDR nicht.

Einige der organisierten Rechtsextremen hatte die letzte Regierung der DDR im Rahmen einer Amnestie für



Deutsche

*Nachdem die Asylbewerber*innen 1992 aus Rostock-Lichtenhagen vertrieben wurden, haben sie im nahen Goldberg Angst, die Busse zu verlassen. © C. Jungeblodt*



chland

politische Häftlinge aus Gefängnissen entlassen. Andere reisten aus dem Westen an, von wo Führungsfiguren wie Michael Kühnen, Gottfried Küssel oder Christian Worch schneller als so manche demokratische Partei ihre Chancen erkannten. Auch in Eberswalde, erinnert sich Munjunga, seien sie mit ihren Autos vorgefahren und hätten vordergründig Partys, hintergründig Ideologie angeboten: „Sie kamen mit Cola, Bier und Bananen. Und sie trichterten den Jugendlichen ein: Das neue Deutschland gehört den Deutschen.“

Von den politischen Eliten der alten Bundesrepublik gesteuert wurde auch der Diskurs über ein verschärftes Asylrecht, das 1993 als sogenannter Asylkompromiss in Kraft trat. Die Vereinigung war nicht nur für Menschen in Ostdeutschland absehbar schwierig und schmerzhaft. Sie war auch teuer; ein nationaler Konsens war vonnöten. Vieles spricht dafür, dass dieser ganz gezielt auf Kosten von Geflüchteten – also mithilfe rassistischer Ausgrenzung – hergestellt werden sollte. Wie sonst darf

man, als ein Beispiel von vielen, interpretieren, was der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) im Bundesrat als gewünschte „Reihenfolge“ zu Protokoll gab: „Zuerst Hilfe für Deutsche, zu Hause in der Bundesrepublik, dann Hilfe in der DDR, danach eine Lösung für Deutschstämmige und zwar diejenigen, die (...) wirklich deutschstämmig sind – und schließlich kommen diejenigen, die politisches Asyl beantragen.“² Als im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber brannte, konstatierte der Politikwissenschaftler Hajo Funke: Ein „Pogrom“ sei etwas, das „mit behördlicher Duldung oder sogar Unterstützung“ stattfinde.

Die Rechtsextremen in den neuen Ländern bekamen nicht nur Argumente. „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ hieß ein Programm, das die Bundesregierung ins Leben rief, nachdem Neonazis in Hoyerswerda 1991 durch tagelange Krawalle die Evakuierung von Ausländer*innen erzwungen hatten. Genau jene



„jugendlichen Cliques“, die „untereinander, gegenüber Ausländern oder gegenüber anderen Minderheiten in den neuen Bundesländern“ gewalttätig zu werden drohen, sollten mit Erlebnispädagogik, betreutem Wohnen und Gemeinwesenarbeit gleichsam abgeholt werden, wo sie stehen – und von dort auf einen neuen, nicht rechtsextremen Weg gebracht werden.³ Im Ergebnis überantworteten Jugendämter und Kommunen gleich an mehreren Orten aktenkundigen Rechtsextremen Räume, die dort dann schalteten und walteten, wie sie wollten.

Zu den wenigen, die früh vor rechten Wertorientierungen „in allen sozialen Strukturen“ warnten, gehörte die Ausländerbeauftragte Almuth Berger. Sie war es auch, die die ersten Initiativen losschickte, um den Kampf gegen rechts in den Kommunen aufzunehmen. Wer das Mobile Beratungsteam Brandenburg (MBT) dabei begleitete,

erlebte live mit, wie weit entfernt man von ehrlicher Ursachenforschung war. In einer 8.000-Seelen-Gemeinde im Südwesten Berlins hatte 1997 der Bürgermeister um Hilfe gebeten: Die Rechten machten sich breit, der erste Military-Laden war eröffnet. Vom Schuldirektor bis zum Ausländerbeauftragten versuchte ein Runder Tisch eine Zustandsbeschreibung: Bis zur 7. Klasse seien die Schüler*innen ganz normal, sagte eine Lehrerin, dann plötzlich rechts. Der Bürgermeister: Da spiele doch die Arbeitslosigkeit eine Rolle ... Eine Weile ging das so, dann wagte sich der Ausländerbeauftragte vor: „Hat es vielleicht auch etwas mit uns zu tun?“ Richtig, erwiderte da der angereiste MBT-Mitarbeiter Ray Kokoschko: „Jugendliche wachsen nicht auf Bäumen. Sie wachsen in diesem Ort auf, durchlaufen Elternhäuser und Schulen.“

Jeannette Goddar

2. <https://dserver.bundestag.de/brp/610.pdf>

3. <https://dserver.bundestag.de/btd/12/049/1204906.pdf>



Fatih Saraçoğlu • Ferhat Unvar Gökhan Gültekin • Hamza Kurtović • Kaloyan Velkov • Mercedes Kierpacz • Sedat Gürbüz

Wisser • Rick Langenstein • Hans-Joachim Sbrzesny • Karl-Heinz Teichmann • Bernd Köhler • Peter Siebert • M. S. • Michèle Kiesewetter • Andreas Pietrzak • Halit

Yozgat • Mehmet Kubaşık • Tim Maier • Theodoros Boulgarides • İsmail Yaşar • Thomas Schulz • Mehmet Turgut

• Norbert Plath • Jürgen Seifert • Klaus-Dieter Gerecke • Thomas Goretzky • Yvonne Hachtkemper • Matthias Larisch von Woitowitz • Alberto Adriano •

Falko Lüttke • Dieter Eich • Helmut Sackers • Bernd Schmidt • Jörg Danek • Daniela Peyerl • Karl-Heinz Lietz

• Martin Kemming • Sven Beuter • Patricia Wright • Klaus-Peter Beer • Dagmar Kohlmann • Peter T. • Horst Pulter • Jan Wnenczak • Beate

Wendland • Torsten Lamprecht • Nguyen Van Tu • Erich Bosse • Ingo Finnern • Gustav Schneeclauss • Dragomir Christinel •

Unbekanntes Opfer aus Sri Lanka • Unbekanntes Opfer aus Sri Lanka • Unbekanntes Opfer aus

• Günter Schwannecke • Frank Bönsch • Ireneusz Szyderski • Dieter Klaus Klein • Sadri Berisha • Emil

Bötcher • Phan Van Toan • Ahmed Bachir • Andreas Götz • Werner Weickum • Boris Morawek • Bernd Grigol

Taşköprü • Abdurrahim Özüdoğru • Mohammed Belhady • Willi Worg • Eckhard Rütz • Malte Lerch • Enver Şimsək

Konstantin Moljanov • Andrea B. • Karl-Heinz L. • Klaus-Peter Kühn • André K. • Kamal Kilade • Marwa el-Sherbini • Marcel

• Nesar Hashemi • Vili Viorel Păun • Jana Lange • Kevin Schwarze • Walter Lübcke • Christopher W. • Philip W. • Christian
 Sonnemann • Alexandra Rousi • Friedrich Maßling • Rolf Baginski • Ruth K. • Daniel Ernst • Eugeniu Botnari • Dijamant Zaberjga • Armela Segashi • Sabina Sulaj •
 Mechthild Buckssteeg • Alia Nickel • Thomas K. • Gerhard Fischhöder • Enrico Schreiber • Andreas Oertel • Hartmut Balzke • Ahmet Sarlak • Marinus
 Fernando • Peter Deutschmann • Egon Effertz • Farid Gouendoul • Nuno Lourenço • Jana G. • Josef Anton Gera • Mathias Scheydt • Erich
 • Belaid Baylal • Matthias Lüders • Hans-Peter Zarse • Mustafa Demiral • Mike Zerna • Karl Sidon • Sahin Calisir • Bahide
 Comboio • Helmut Leja • Matthias Knabe • Jorge Gomondai • Lothar Fischer • Alexander Selchow • Nihat
 Yusufoğlu • Amadeu Antonio Kiowa • Eberhard Arnold • Andrzej Fraczkak
 Arslan • Ayse Yilmaz • Yeliz Arslan • Silvio Meier • Karl-Hans Rohn • Rolf Schulze • Waltraud Scheffler
 Fisk • Augustin Blotzki • Horst Gens • Chris Dannel • Olaf Schmidke • Stefan Grage • Antonio Melis • Frank
 Schöberl • Kajrat Batesov • Ingo Binsch • Habil Kılıç • Doris Borts • Dieter Manzke • Klaus-Dieter Harms • Süleyman
 Seveda Dağ • Can Leyla • Selçuk Kılıç • Guilliano Josef Kollmann • Janos Roberto Rafael • Hüseyin Dayıcik • Charles Werabe •



LEHREN AUS DEM NSU

Bis er sich 2011 selbst enttarnte, konnte der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) zehn Jahre lang unerkannt in Deutschland morden. Der Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung und Pate einer Courage-Schule Mehmet Daimagüler vertrat im NSU-Prozess Angehörige der Opfer. Vor dem Hintergrund des Versagens der Sicherheitsbehörden und jahrzehntelanger Bagatellisierung rechter Gewalt fragt er, was wir aus dem NSU gelernt haben.



Demonstration „5 Jahre NSU-Prozess – Kein Schlussstrich“ in München (2018). © Golejewski/AdoraPress

Was haben wir aus dem NSU gelernt? Schwierig ist nicht nur die Antwort, sondern schon die Frage selbst. Die Frage ist an sich sehr optimistisch, wenn nicht suggestiv. Denn die Frage nach dem *Was* setzt ja voraus, *dass* etwas gelernt wurde. Ist das so? Haben *wir* gelernt? Und wer ist das *wir*: Die Menschen in Deutschland? Die Migrant:innen? Die Justiz? Die Medien? Die Polizei? Die Politik? Die Anti-Rassist:innen? Die Geheimdienste? Die Nazis? Je nachdem, wer gemeint ist, kann man – vorsichtig ausgedrückt – zu durchaus unterschiedlichen Antworten kommen. Und: Die gibt es nicht (mit Ausnahme von „die Nazis“ vielleicht).

Außerdem stellt sich die Frage, ob man wirklich „aus dem NSU lernen“ kann? Möglicherweise lernt man mehr aus dem polizeilich-politisch-juristischen Umgang mit

ihm. Und schließlich: Was bedeutet *gelernt*? Dass man verstanden hat? Und bedeutet das: Aus dem Verständnis folgt dann eine Einsicht, die in einer Verhaltensänderung mündet?

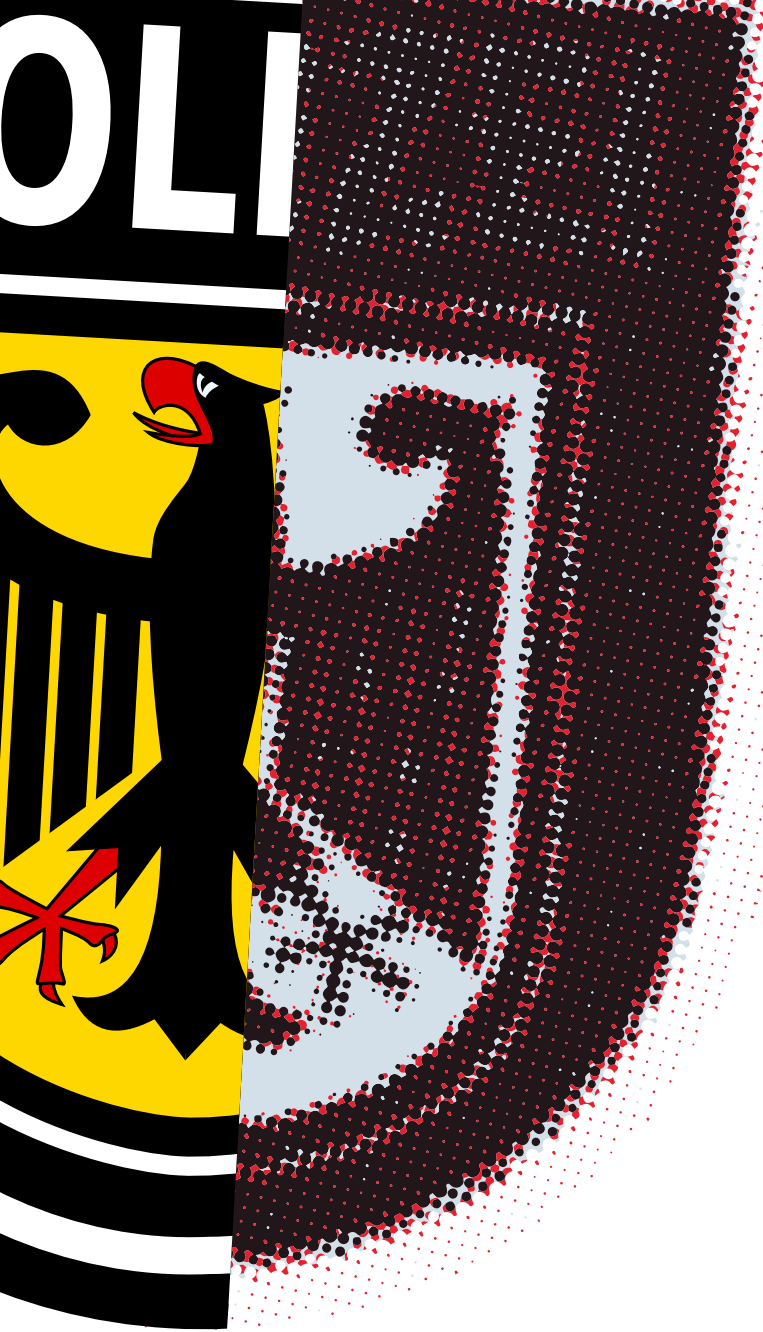
Fragen über Fragen. Aber der Reihe nach.

Am 4. November 2011 hat sich der Nationalsozialistische Untergrund selbst enttarnt. Anderthalb Jahre später begann 2013 vor dem Oberlandesgericht München das Verfahren gegen Beate Zschäpe und vier Mitangeklagte, das im Juli 2018, also nach fünf Jahren, mit der Verurteilung der Angeklagten endete.

In dem Zeitraum wurden Kommissionen eingesetzt, Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern nahmen ihre Arbeit auf und präsentierten mal mehr, oft aber weniger gehaltvolle Abschlussberichte mit mehr oder weniger guten Vorschlägen, was in Zukunft anders laufen sollte. Hier und da gab es Gesetzesänderungen, wie etwa der Eingang des Wortes „Rassismus“ in Paragraph 46 des Strafgesetzbuches bei der Frage nach den Strafzumessungsgründen.

Gleichzeitig lief die große Rechtfertigungsmaschine von Institutionen an, die mit heruntergelassener Hose erwischt worden waren: Polizeivertreter und deren parteipolitische Lautsprecher verwahrten sich gegen Begriffe wie „institutioneller Rassismus“. Die Polizei sei ja ein Spiegel der Gesellschaft und natürlich könne sich auch mal ein Nazi oder ein Rassist dort einschleichen, doch diese Fälle würden gnadenlos verfolgt. Ähnlich äußerte sich die Bundesregierung in einem Bericht an die UN-Menschenrechtskommission.

Nein, die Polizei ist nicht „Spiegel der Gesellschaft“. Polizist:innen haben Hoheitsbefugnisse, tragen Waffen und Verantwortung. Mit Verfassungsfeinden in der Gesellschaft werden wir leben müssen. Mit Verfassungsfeinden in Uniform müssen wir nicht leben, können und dürfen wir nicht leben. Im NSU-Kontext war klar zu erkennen, dass Polizeibeamt:innen in ganz Deutschland, überall dort, wo gemordet wurde, von Sekunde eins an rassistisch gedacht und rassistisch ermittelt haben. Am Ende wurden aus den Ermordeten keine Opfer, sondern Täter und aus ihren Angehörigen Kompliz:innen. Da waren keine „Ermittlungspannen“ zu erkennen, sondern ein System: ein System der Niedertracht.



© Ali Arab Purian [M]

In einer operativen Fallanalyse vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg von Januar 2007 heißt es verschwurbelt-pseudowissenschaftlich: „Vor dem Hintergrund, dass die Tötung eines Menschen in unserem Kulturraum mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter hinsichtlich seines Verhaltenssystems weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystems verortet ist.“

Dieses Papier ging durch Hunderte Hände: bei der Polizei Baden-Württemberg, im Innenministerium des Landes, bei der Polizei in Bayern, in deren Auftrag es geschrieben wurde, bei den Polizeibehörden und Innenministerien der Länder, in denen Menschen mit der Ceska 83, der Signaturwaffe, ermordet wurden. Niemand, nicht ein einziger Mensch, sagte: Moment mal, diese Feststellung spottet jeder kriminalistischen

Erkenntnis und mehr noch, sie ist rassistisch, denn wenn das kein Rassismus ist, dann gibt es keinen Rassismus. Auch nach der Selbstenttarnung des NSU hat sich kein Polizeivertreter, kein Polizeigewerkschafter, kein Innenminister hingestellt und gesagt: Wir müssen uns fragen, wieso die Ermittlungen so fatal in die falsche Richtung laufen konnten. Wir müssen über die Bilder in unseren Köpfen sprechen, wenn ein Opfer nicht „Schmidt“, sondern „Turgut“ heißt. Wir müssen über Racial Profiling sprechen, denn das, was geschehen ist, war ein „postmortales Racial Profiling“: Ein toter Türke, Kurde oder Grieche konnte nicht und durfte nicht ein Opfer sein, sondern lediglich ein potenzieller Krimineller.

Die Wahrheit ist: Wir leben mit einer rechtsextremen Bedrohung, die es zu allen Zeiten in Deutschland nach dem Krieg gab. Immer gab es Menschen, die die staatliche Ignoranz mit ihrem Leben bezahlen mussten. Migrant:innen, Jüd:innen, Menschen ohne Obdach, LGBTIQ*-Menschen. Solange es Menschen traf, die die Mehrheitsgesellschaft an den Rand der Gesellschaft drücken oder deren Recht auf Zugehörigkeit zur Gesellschaft bestreiten konnte, lebte es sich gut in Deutschland. Dann und wann kam es zu unschönen Ereignissen, über die heftig und vor allem kurz debattiert wurde. Hoyerswerda? Solingen? Mölln? Lange vergessen. Passierte etwas, wo Rechtsterror nicht übersehen werden konnte, sprang die staatliche Beschwichtigungsmaschinerie an: ein Bombenanschlag auf das Oktoberfest in München? Die Tat eines psychisch kranken Einzeltäters. Seine Zugehörigkeit zur Wehrsportgruppe Hoffmann? Tut nichts zur Sache, denn auch diese war ein harmloser Schmarren, erwachsene Männer, die im Wald Räuber und Gendarm spielen.

Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass wir ein Problem haben. Nicht „nur“ Migrant:innen, Jüdinnen und Juden oder linke Aktivist:innen – wir alle. Dazu mussten aber erst Angehörige der Mehrheitsgesellschaft sterben. Die Reichsbürgerbewegung wurde von Sicherheitsorganen als ein skurriler Trachtenverein charakterisiert, obgleich Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen früh vor extremistischen, antisemitischen und rassistischen Protagonist:innen warnten. Die Verharmlosung fand erst ein Ende, als Polizist:innen mit Leib und Leben für die Ignoranz bezahlen mussten.

Wir leben mit einer rechtsextremen Bedrohung auch deswegen, weil wir einen Sicherheitsapparat haben, der sich leicht tut, die Endung -extremistisch anzuhängen, wenn es sich um linke Aktivist:innen oder Migrant:innen handelt. Junge Menschen, die im Hambacher Forst demonstrieren? Linksextremistisch. Menschen, die gegen einen Autobahnausbau demonstrieren? Auch linksextremistisch. In der DNA vieler Sicherheitsbehörden steckt noch viel eines stramm antikommunistischen Geistes aus der Zeit des Kalten Krieges. Migrant:innen, die sich für oder gegen etwas engagieren, als extremistisch abzustempeln, fällt noch leichter.

Erst langsam ändert sich etwas. Verfassungsschutzämter beobachten verstärkt rechtsradikale Organisationen. Innenministerien verbieten Nazi-Vereine. Die Bundesanwaltschaft zieht Ermittlungen an sich und klagt Organisationen wie die Old School Society oder die Gruppe Freital an. Manche Bundesländer haben angekündigt, eigene Studien zu Racial Profiling in Auftrag zu geben.

Das kann nur der Anfang sein. Gesetze, die Rassismus und Racial Profiling Tür und Tor öffnen, müssen geändert oder gestrichen werden. Bewerber:innen für den Staatsdienst, insbesondere für den uniformierten, müssen genauer unter die Lupe genommen werden. Eine Person, die keine Vorstrafen aufweist, aber montags bei Pegida mitläuft, darf nicht Beamter oder Beamtin werden. Beamt:innen, die im Dienst verfassungsfeindlich auffallen, müssen leichter aus dem Dienst entlassen werden können. Unterricht in Grund- und Menschenrechten, in den Grundlagen unserer Verfassungsordnung und Unterricht über die Grundzüge der Kriminologie müssen die Beamt:innen obligatorisch über die gesamte Laufbahn hinweg begleiten.

Was haben wir aus dem NSU gelernt? Ganz ehrlich, ich weiß es nicht. Ich kann sagen, was ich gelernt habe in den mehr als zehn Jahren, in denen ich mich mit dem Thema NSU beschäftige.

Ich habe gelernt, dass ich, ich persönlich, ein Teil des gesellschaftlichen Versagens war. Ich hatte mit türkischen Freundinnen und Freunden und mit meinen Geschwistern über die Morde gesprochen, wenn wieder einmal etwas dazu in der Zeitung stand. Für uns,

für mich, stand fest, dass die Mörder Rassist:innen und/oder Nazis sind. Etwas unternommen habe ich nicht, obwohl ich damals im Bundesvorstand einer Partei saß, die mit zahlreichen Abgeordneten in den Parlamenten vertreten war. Im Bundesvorstand saß auch ein Innenminister aus Nordrhein-Westfalen. Ich habe ihn nicht angesprochen, ich habe niemanden angesprochen und gebeten, auch in Richtung Rassismus zu ermitteln. Ich tat es nicht, ein wenig aus Furcht – nachher stellt sich heraus, dass doch eine türkische Mafia existiert und hinter den Morden steckt. Vor allem schwieg ich aber aus Opportunismus.

Ich wollte noch etwas in der Politik werden und über Rassismus zu sprechen, auch noch als Migrant, hätte mich bei den nächsten Vorstandswahlen Stimmen gekostet. Die Mischung aus ein bisschen Furcht und ganz viel Opportunismus resultierte in meinem ganz persönlichen Versagen. Nicht einmal zu Demonstrationen in Kassel und Dortmund ging ich, während Tausende Menschen dort Solidarität zeigten.

Ich habe gelernt, dass Untätigkeit und unsolidarisches Verhalten in einer Mittäterschaft durch Unterlassung münden. Ich habe gelernt, dass auch ich als migrantischer Mann mit Rassismuserfahrungen zu den Privilegierten gehöre: Ich beherrsche die Sprache, ich kenne das Gesetz, ich habe Verdienst und Sozialprestige. Ich bin ein Mann. Aus dieser Erkenntnis muss zwingend resultieren, so viel ist mir klar geworden, dass ich immer wieder aufs Neue mein eigenes Verhalten hinterfrage: Bist du Teil des Problems oder Teil der Lösung, im Kleinen wie im Großen?

Jede Änderung im Leben beginnt mit dem Blick in den Spiegel, auch dann – vielleicht besonders dann –, wenn das Bild, das man sieht, nicht schön ist oder wenn es mit dem gut gepflegten Eigenbild im Kopf radikal kollidiert. Ich habe gelernt, dass ich in den Spiegel blicken muss. Ich will nicht als Arsch sterben, auch wenn ich mich im Leben oft wie einer benommen habe.

Mehmet Daimagüler

Der Text ist eine gekürzte Fassung eines auf dem Migrationspolitischen Portal „Heimatkunde“ der Heinrich-Böll-Stiftung erschienenen Artikels (2021).

Zum Weiterlesen: Mehmet Daimagüler, Ernst von Münchhausen: „Das rechte Recht“, Verlag Blessing, München 2021, 592 Seiten



Demonstration in Frankfurt a. M. zum 5. Jahrestag des rassistischen Anschlags von Hanau, bei dem neun Menschen starben, Februar 2024. © Protestfotografie Frankfurt





RECHTSEXTREMISMUS IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

In einer vielfältigen Gesellschaft machen auch extremistische Gruppen mit Bezug zu anderen Ländern Ideologieangebote. Ein emanzipatorischer Bildungsansatz erfordert, auch diese aufmerksam und mit Ressourcen ausgestattet in den Blick zu nehmen.

Zugehörigkeit, Homogenität, privilegierte Zugänge und Geborgenheit – die Versprechen rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Bewegungen bieten scheinbar einfache Antworten auf die komplexen Herausforderungen in heterogenen Gesellschaften.

Die extreme deutsche Rechte richtet sich jedoch nicht an alle deutschen Staatsbürger*innen, sondern nur an diejenigen, denen sie eine abstammungsgemäße, auf

Blut basierende Volkszugehörigkeit zuspricht. Menschen mit Migrationsgeschichte – ob mit Wurzeln in Osteuropa, der Türkei, dem Nahen, Mittleren oder Fernen Osten, den Maghreb- oder Balkanstaaten – schließen ihre Ideologieangebote aus. Auch Muslim*innen, Jüdinnen und Juden, Schwarze Menschen, Rom*nja und Sinti*zze sind in der Regel nicht einbezogen.

Im Jahr 2024 haben nahezu 24 der rund 85 Millionen Einwohner*innen Deutschlands einen Migrations-



Demonstration der „Grauen Wölfe“, Stuttgart 2021. © Rettig/AdoraPress

hintergrund. Das heißt, mehr als jede*r Vierte hat mindestens einen Elternteil, der nicht als Deutsche oder Deutscher geboren wurde. Unter Schüler*innen liegt diese Zahl bei 40 Prozent. Die meisten von ihnen sind Deutsche und wurden als deutsche Staatsbürger*innen geboren oder sind längst eingebürgert. Doch trotz des im Jahr 2000 reformierten Staatsangehörigkeitsrechts erkennen nicht nur Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme, sondern auch viele Vertreter*innen der gesellschaftlichen und politischen Mitte diese Menschen bis heute nicht als gleichberechtigte Deutsche an, weil ihnen angeblich etwas Entscheidendes fehlt: die Zugehörigkeit zur deutschen Bluts- und Abstammungsgemeinschaft.

Es wäre jedoch naiv zu glauben, dass Menschen mit Migrationshintergrund immun gegen rechtsextre-

mistische, antisemitische und ultranationalistische Ideologien seien. Ultranationalismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit unter Menschen mit Migrationsgeschichte sind ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland.

Diese Extremismen wurden von den Verfassungsschutzbehörden bis 2020 als „sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern“ abgehandelt. Seit 2021 sprechen die Behörden von „auslandsbezogenem Extremismus“. Das hat möglicherweise bei der Beobachtung verfassungsfeindlicher Organisationen mit Basis im Ausland eine gewisse Berechtigung und Logik. Für die Präventionsarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit an Schulen und in der Jugendarbeit sind die Kategorien „Ausländer“ und „Ausland“ allerdings irreführend. Denn sie suggerieren, Akteure von außerhalb würden in Deutschland Konflikte austragen, die eigentlich in ihren jeweiligen Heimatländern angesiedelt seien.

Dies ist zumindest eine verkürzte Sicht. Jugendliche, die in Deutschland aufwachsen und in die Schule gehen, werden in erster Linie durch die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse hier geprägt und nicht durch die in der Türkei, dem Nahen Osten, Russland, Polen oder Griechenland. Wenn sie sich nun einer Organisation anschließen, die in diesen Ländern ihren Ursprung hat, reagieren sie dennoch in erster Linie auf hiesige gesellschaftliche Verhältnisse. Präventive Ansätze haben dies zu berücksichtigen. Aus den genannten Gründen sprechen wir von „transnationalem Extremismus“ oder „Neuem Deutschen Extremismus“. Manche, wie der Sozialwissenschaftler Kemal Bozay, sprechen auch von „ethnischem Nationalismus“.

Pädagog*innen tragen die Verantwortung für alle Kinder und Jugendlichen, die ihnen anvertraut sind – egal ob deren Vorfahren nun in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz), Köln, Adana, Moskau, Belgrad, Warschau, Beirut oder sonstwo geboren sein mögen. Denn natürlich stammen Schüler*innen aus Familien mit unterschiedlichen Geschichten, aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Milieus. Auf all diese unterschiedlichen Geschichten muss die Schule in Deutschland eingehen – denn es sind die Geschichten der Kinder und Jugendlichen in Deutschland.

Rechtsextremismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und Rassismus können im Kontext von Schule nur dann glaubhaft thematisiert werden, wenn wir bereit sind, alle Erscheinungsformen gleichermaßen in den Blick zu nehmen. Ein emanzipatorischer Bildungsansatz erfordert, dass für die Auseinandersetzung mit problematischen Einstellungen bei Minderheiten ebenso viel Sorgfalt, Aufmerksamkeit und Ressourcen aufgebracht werden, wie das bei der Auseinandersetzung mit problematischen Entwicklungen in der Mehrheitsgesellschaft seit vielen Jahrzehnten selbstverständlich der Fall ist. Entscheidend ist dabei, keine feindselige, kulturalisierende oder ethnizierende, sondern eine kritisch-solidarische Haltung gegenüber den Minderheiten einzunehmen.

Trotz ihrer offensichtlichen Relevanz werden transnationale Extremismen in der politischen Bildungsarbeit in Deutschland zu wenig beachtet. Voraussetzung für einen gelungenen Umgang mit diesen Extremismen, ist, dass die Mehrheitsgesellschaft auch sie als ihr eigenes Problem annimmt – und nicht als Problem der „anderen“ von sich weist. Dazu gehört unter anderem auch, dass mehr praxistaugliche Materialien zu dem Thema erstellt werden.

Aus diesem Grund hat die Bundeskoordination *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* in den zurückliegenden Jahren zwei Publikationen entwickelt, die wir zur vertiefenden Lektüre empfehlen. Zum einen das Themenheft *neuer deutscher extremismus* (2019), das über Erscheinungsformen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Rechtsextremismus und Ultrationalismus mit Anleihen in der Türkei, Polen, Russland, den Balkanstaaten und dem Nahen Osten informiert. Zum anderen den *Baustein Transnationaler Extremismus* (2018), in dem Floris Biskamp, Saba-Nur Cheema, Sanem Kleff, Meron Mendel und Eberhard Seidel zeigen, wie ein rassistuskritischer Umgang mit dem Thema aussehen kann. Beide Hefte können über den Courage-Shop bestellt oder heruntergeladen werden.

Eberhard Seidel



GLANZ
GEGEN
GLORIA

FETZEN
STATT
HEIZEN!

Vielfalt
IST DIE
Zukunft

SUPERDRY
PROTECTED TRADE

„Glänzende Demo“ gegenüber einer AfD-Kundgebung (Berlin 2018). © Fritz Engell/ajf

WIE SCHULEN DER AFD TROTZEN

Demonstration vor der AfD-Wahlparty nach der Bundestagswahl 2017, Berlin. © Murat Tueremis/laif [M]



Vor allem in Wahljahren sind Diskussionen mit Parteivertreter:innen an Schulen ein beliebtes Mittel politischer Bildung. In Zeiten rechter Wahlerfolge stellt sich dabei die Frage: Sollen, müssen wir vielleicht sogar die AfD einladen? In jedem Fall sollten Schulen wissen, worauf sie sich einlassen. Gute Vorbereitung ist das A und O.

In Berlin sorgten Schüler:innen eines Gymnasiums dafür, dass eine Podiumsdiskussion mit der AfD an ihrer Schule abgesagt wurde. In Bremen zeigten sie auf einer Veranstaltung mit der rechtsextremen Partei an ihrer Schule ganz klar Flagge gegen rechts. Andere Schulen verzichteten bewusst darauf, die AfD überhaupt einzuladen. „Wofür sich die Schulen auch entscheiden“, sagt der Sozialarbeiter Justin Janorschke, der lange für *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* unter anderem als Regionalkoordinator in Koblenz tätig war: „Sie sollten auf jeden Fall gut vorbereitet sein.“

An vielen Schulen ist üblich, vor Wahlen die lokalen Vertreter:innen von Parteien aufs Podium zu bitten. In Zeiten rechter Wahlerfolge stellt sich indes die Frage: Was tun mit der AfD? Einladen oder nicht? Und wenn ja, worauf ist zu achten? Egal, welchen Weg die Schulen wählen: „Die Gefahr ist groß, dass sich Risse auftun, die vorher vielleicht noch nicht gesehen wurden“, sagt Janorschke, und betont: Es komme darauf an, dass alle im Kollegium an einem Strang ziehen; andernfalls könne eine enorme Stresssituation entstehen.

In dem Berliner Fall – an einem Schöneberger Gymnasium – entzündete sich der Protest der Jugendlichen daran, dass der Schulleiter vor den Abgeordnetenhauswahlen eigenmächtig alle Parteien, inklusive der AfD, eingeladen hatte. Unter dem Motto „Keine Bühne der AfD“ organisierten sie eine Kundgebung vor der Schule, auch „Omas gegen Rechts“ streckten ihre Plakate in die Luft: „Kein Raum für Nazis an unseren Schulen!“ Der Druck wurde so groß, dass der Schulleiter sich um die Sicherheit sorgte und die ganze Veranstaltung absagte.¹

Auch an einem Schulzentrum (SZ) in Bremen war der Aufschrei groß, als die Schulleitung bei einer Diskussionsrunde vor der Bürgerschaftswahl die AfD nicht außen vor lassen wollte. „Unser erster Impuls war ganz klar: Die AfD hat in unserer Schule nichts zu suchen“,

betont die Politiklehrerin Frederike Kiesel. Der Stadtteil sei vielfältig; rund 80 Prozent der Schüler:innen hätten einen Migrationshintergrund. Hinzu kommt, dass das SZ eine *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* ist.

Auf der anderen Seite sei die AfD demokratisch gewählt, gibt Kiesel zu bedenken: „Das macht es schwer, sie einfach auszuschließen.“ Die Politiklehrkräfte verständigten sich mit der Schulleitung darauf, die Einladung als Beispiel für demokratisches Handeln zu nutzen und den Konflikt offen auszutragen: „So geht Demokratie, das müssen wir aushalten.“ Die Politiklehrerin solidarisierte sich mit dem Protest der Schüler:innen. Daraufhin habe sie massive Anfeindungen aus der rechten Szene erlebt, berichtet Frederike Kiesel. Ihr Name tauchte auf rechten Webseiten auf. „Das hat mir große Angst gemacht.“

Im Politikunterricht bereiteten sich die Schüler:innen wochenlang auf die Veranstaltung vor: Sie sammelten Argumente, checkten Fakten, überlegten sich Fragen – und pinselten Transparente, die sie in der Schule aufhängten. „Wichtig ist, dass die Schülerinnen und Schüler wirklich gut vorbereitet sind“, meint die Lehrerin, und: „Das ist unser Job!“ Die Debatte selbst sei ein voller Erfolg gewesen. Die Schüler:innen hätten die Aussagen des AfD-Politikers auseinandergenommen; der Mann habe überhaupt keine gute Figur auf der Bühne abgegeben und sich lächerlich gemacht, sagt Frederike Kiesel. Doch selbst wenn er ein guter Redner gewesen wäre, ist sie überzeugt: „Es geht darum, zu lernen, wie man solche Aussagen entlarvt.“ Auftrag der Schulen sei, die Schüler:innen zu mündigen Bürger:innen zu erziehen.

In Bremen ging der Plan auf. Doch eine Diskussion mit einem AfD-Abgeordneten kann auch mächtig nach hinten losgehen. Davor hatte eine Sozialarbeiterin an

1. <https://taz.de/Protest-gegen-AfD-an-Berliner-Schule/!5797639/>

einer Realschule plus in Neuwied große Sorgen und bat deshalb den Regionalkoordinator des Courage-Netzwerks um Unterstützung. In diesem Fall konnte die Schule nicht frei entscheiden, ob und wen sie einlädt: Jedes Jahr am 9. November ist in Rheinland-Pfalz Schulbesuchstag des Landtags. Schüler:innen sollen mit Abgeordneten aus ihrem Kreis über Politik diskutieren und Einblicke in die parlamentarische Arbeit erhalten. Seit die AfD im Landtag sitzt, führt an ihr kein Weg vorbei. Viele Schulen fürchteten, dass die Partei die Veranstaltung für ihre Propaganda instrumentalisiert, erinnert sich Justin Janorschke: „Zunächst geht es darum, das Gefühl der Überforderung aufzulösen.“ Sinnvoll sei, früh mit der Vorbereitung zu beginnen. „Ich empfehle Schulen, sich unbedingt Unterstützung zu holen. Da müssen sie nicht alleine durch.“

Im ersten Schritt gelte es, sich mit externen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu vernetzen, etwa den Beratungsnetzwerken oder Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus. Deren Mitarbeiter:innen verfügten meist über viele Infos über die regionale rechtsextreme Szene, sagt Janorschke. So könnten sie auch dank ihrer Kenntnis von Biografien klären: „Wer kommt da überhaupt?“ Denn für die Vorbereitung sei sinnvoll, den Fokus zunächst weg von der Partei auf die konkrete Person zu richten. Hätte ein AfD-Abgeordneter starke Verbindungen in die extrem rechte Szene, könnte ein Besuch schon von vornherein verhindert werden. „Demokratisch gewählt hin oder her, so einer Person darf man keine Bühne bieten.“

Im nächsten Schritt empfiehlt der Sozialarbeiter, sich gemeinsam mit den Jugendlichen auf Schlüsselthemen vorzubereiten, welche die AfD gern besetzt: Flucht, Asyl, Presse, Identität und Gender. „Die Schüler:innen müssen für die Diskussion ein Rüstzeug an die Hand bekommen.“ So würden sie davor bewahrt, dem Populismus der AfD anheimzufallen. Die Amadeu Antonio Stiftung, die in einer Broschüre gute Tipps gibt, wie eine solche Veranstaltung gestaltet werden kann, empfiehlt unter anderem, die Bühne klein zu halten.

Auch der Realschule plus in Neuwied legte Justin Janorschke nahe, die Debatte nicht in der Aula durchzuführen, sondern in den Sozialkunde-Leistungskurs zu verlegen. Dort hätten die Schüler:innen schließlich

gute Argumente vorgetragen und der AfD nur wenig Raum gegeben. Sein Fazit: „Die Veranstaltung ist sehr cool gelaufen!“

Allerdings können Schulen sich nicht darauf verlassen, dass die AfD eine schlechte Figur abgibt. Mit der Desiderius-Erasmus-Stiftung stärke die Partei professionell ihre Akteur:innen, sagt Justin Janorschke. Durch Rhetorikkurse seien viele inzwischen top geschult. Eine gute Nachbereitung sei deswegen so wichtig wie eine gute Vorbereitung – so könne der Schaden selbst dann begrenzt werden, wenn eine Diskussion aus dem Ruder laufe. Wichtig sei, dass Schulen sich bewusst machten, dass sie am längeren Hebel sitzen; sie könnten die Debatte einrahmen und darüber sprechen, was passiert ist. Und sie hätten Einfluss auf das Schulklima. Sie könnten vor der Podiumsdiskussion einen Projekttag gegen Rechtsextremismus durchführen, eine Ausstellung im Foyer aufbauen oder eine Zeitzugin einladen. „So kann die Schule zeigen, dass sie für ganz andere Werte steht“, sagt Justin Janorschke. „Das prägt auch den Ton in der Debatte.“

Der Journalist Hasnain Kazim erklärte 2021 in einem Offenen Brief in der Wochenzeitung Zeit, warum er die Einladung zur Moderation einer Podiumsdiskussion an einer Courage-Schule, an der er Pate ist, abgelehnt hat. „Ich möchte nicht dazu beitragen, diese Partei zu normalisieren, sie gesellschaftlich noch akzeptierter zu machen, als sie es leider ohnehin schon ist.“ Der Autor führt mehrere Aussagen an, etwa von einem AfD-Mann aus Nürnberg, der im Zusammenhang mit Geflüchteten auf Twitter (heute X) schrieb: „Am besten das Pack zurück nach Afrika prügeln.“ Der frühere AfD-Pressesprecher sei dabei gefilmt worden, wie er über Flüchtlinge sagte: „Wir können die nachher immer noch alle erschießen. Oder vergasen.“ Hasnain Kazim betont, dass es sich dabei nicht um Ausrutscher von einigen wenigen AfDlern handele. Das sei der normale Ton in dieser rechtspopulistischen, in weiten Teilen rechtsextremen Partei. „Und solange ihre Menschenverachtung nicht aufhört, ist irrelevant, was sie zu Rente, Digitalisierung oder Klimapolitik zu sagen hat.“

Was soll Schule also tun? „Ihr könntet, Vorschriften hin oder her, die AfD ausladen“, schreibt Kazim. „Das allerdings könnte juristische Folgen haben, möglicherweise würde eure Veranstaltung untersagt werden, andererseits: Zivilcourage hat ihren Preis.“ Sollte die

Schule nicht darum herumkommen, einen Vertreter oder eine Vertreterin der AfD auf dem Podium zu haben, appelliert er: „Lasst euch nicht von ihm oder ihr blenden.“ Die AfD wisse jede Bühne für sich zu nutzen.

Letztlich obliegt die Entscheidung der Schule. Immer wieder nehmen Schulleitungen in Kauf, ins Fadenkreuz der extremen Rechten zu geraten und die AfD nicht einzuladen. Die Partei setzt sich gern als Opfer in Szene – und pocht darauf, dass Schulen der Neutralität verpflichtet sind. Voller Empörung versucht sie durchzusetzen, dass Schulleitungen suspendiert und Dienstaufsichtsbeschwerden eingeleitet werden. Bislang ohne Erfolg. „Die AfD legt Neutralität gezielt falsch aus“, erklärt Janorschke. Aufgabe von Schule sei, junge Menschen in die Lage zu versetzen, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Eine andere Frage ist, ob es pädagogisch sinnvoll ist, die AfD außen vor zu lassen. Der Kasseler Politiklehrer Nico Weinmann sieht zwar durchaus die Gefahr der Normalisierung der AfD, wenn man ihr wie allen anderen Parteien Podien zur Diskussion bietet. Jedoch dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass die Partei unter Jugendlichen attraktiv sei. „In Kontakt mit rechten Positionen kommen sie ohnehin“, meint Weinmann. Grundsätzlich ist er allerdings überzeugt, dass Schulen bessere Wege wählen sollten, um Schüler:innen für Politik zu begeistern. Viele Politiker:innen redeten an Schüler:innen vorbei. Die Gefahr sei groß, dass so eine Veranstaltung die Entfremdung fördere.

Statt auf großer Bühne das Parteiprogramm abzuspielen, sollte der direkte Dialog in kleinen Gruppen zu einzelnen Fragen gefördert werden, findet der Politiklehrer. Dazu könnten auch andere Personen eingeladen werden. Wichtig sei, verschiedene Perspektiven zu einem Konflikt kennenzulernen. Über Zuwanderung zum Beispiel könnten die Schüler:innen mit Geflüchteten sprechen, ebenso mit ehrenamtlichen Helfer:innen, mit Verantwortlichen aus den Kommunen und eben auch mit der AfD. Nico Weinmann ist überzeugt: „So fördern Schulen eher Mündigkeit und Urteilskompetenz.“

Kathrin Hedtke

Zum Weiterlesen: „Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2019, 77 Seiten. Download: bit.ly/49THi5n



Wie ist die Rechtslage?

Prinzipiell betonen alle Schulgesetze: Keine Partei darf bevorzugt oder benachteiligt werden. Im Detail gibt es allerdings Unterschiede. Nordrhein-Westfalen stellte als Antwort auf eine Anfrage der AfD klar, es bestehe „kein Anspruch jeder politischen Gruppierung auf Einladung“. Da der Neutralität von Schulen so ein hohes Gewicht zugeschrieben werde, sollten sich Schulen generell mit politischen Veranstaltungen zurückhalten, heißt es weiter. Anders in Rheinland-Pfalz: Dort ist ein jährlicher Schulbesuchstag vorgeschrieben, an dem Landtagsabgeordnete aller Parteien mit Schüler:innen diskutieren.

Generell bleibt Schulen überlassen, wie sie parteipolitische Neutralität herstellen. Im Zweifel wird im Einzelfall geprüft, ob der Schule etwas vorzuwerfen ist. Bislang ist nicht bekannt, dass die AfD mit einer Beschwerde schon mal Erfolg hatte. Prinzipiell sind Schulen in allererster Linie dem Auftrag des Grundgesetzes verpflichtet, die Menschenwürde zu schützen. Daraus abgeleitet schreiben alle Schulgesetze fest, dass Jugendliche vor diskriminierenden Positionen zu bewahren sind.



„WIR MÜSSEN DEN KERN DES RECHTSEXTREMISMUS VERSTEHEN“

*Neonazis, Reichsbürger*innen, Islamist*innen: Sie alle stellen Ideologien der Ungleichwertigkeit in den Vordergrund, sagt die Direktorin von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Sanem Kleff appelliert, den Fokus auf Rechtsextremismus weit zu stellen. Und: Eine Schule, die sich öffnet, hat es auch im Umgang mit rechten Kolleg*innen leichter. Ein Gespräch.*

Wer Rechtsextremismus bekämpfen will, muss alle Ideologien der Ungleichwertigkeit betrachten, schreiben Sie in der Einleitung zu diesem Themenheft. Was bedeutet das?

Sanem Kleff: Alle Rechtsextremen dieser Welt, von deutschen Neonazis über iranische Islamisten bis zu den Evangelikalen in Südamerika, gehen von der Ungleichwertigkeit der Menschen aus. Nicht alle machen diese an denselben Eigenschaften fest. Für die einen steht die biologische Abstammung

im Vordergrund, für andere die sexuelle Orientierung oder die Religion. Doch sie alle betrachten bestimmte Gruppen als weniger wertvoll, wollen ihnen Teilhabe verwehren und sie ausschließen – bis hin zu ihrer Eliminierung. Rechtsextremismus ist ein Dachbegriff, unter dem wir Ideologien der Ungleichwertigkeit in diversen Kombinationen vorfinden. Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit fehlen dabei nie. Für eine Schule wird Rechtsextremismus oft konkret aktuell: wegen hoher AfD-Umfragewerte in der Region, weil der neonazistische III. Weg vor Ort aktiv ist oder Ähnliches ...

Auch dann ist wichtig, den Blick nicht nur auf diese eine, in der unmittelbaren Umgebung gerade sichtbare Variante zu richten. Nicht nur, weil, wer gegen die AfD oder den III. Weg aktiv werden will, auch die Reichsbürger und QAnon in den Blick nehmen sollte. Wer den Fokus nicht weit stellt, läuft Gefahr, demokratiegefährdende Ideologien nicht als rechtsextrem zu bezeichnen, sondern als harmlos konservativ oder fundamentalistisch religiös. Zu erkennen, wie breit das rechtsextremistische Spektrum ist, ist unabdingbar.

Ist dieses Wissen auch dann wichtig, wenn es an einer Schule nur eine rechtsextreme Ideologie gibt?

An den meisten Schulen gibt es mehrere Varianten. Nur wird oft nicht erkannt, dass beispielsweise auch manche Siedlerbewegungen sowie Islamist*innen rechtsextreme Ideologien vertreten. Nicht ohne Grund befassen wir uns in der Bundeskoordination seit Jahren auch mit transnationalem Extremismus. Wer Rechtsextremismus in seinen Varianten nicht erkennt, wird auch Gegenmaßnahmen nur auf ein Feld verengen. Gelingende Prävention ist so nicht möglich.

Ist es nicht eine immense Herausforderung für Pädagog*innen, sich von der verschwörungsideologischen QAnon-Bewegung über die Identitären bis zum Ku Klux Klan mit den Rechtsextremisten dieser Welt auszukennen?

Ja und Nein: Ja, wenn der unrealistische Eigenanspruch ist, sich mit allen Varianten optimal



Courage-Landestreffen Berlin 2017. © Wolfgang Borris

auszukennen. Den Ausruf „Wie soll ich all das behandeln, ich bin ja nicht mal Geschichtslehrerin!“ kenne ich auch. Nein, wenn man die eigenen Grenzen beachtet und offene Kommunikation sowie die Zusammenarbeit mit außerschulischen Expert*innen selbstverständlich zum Schulalltag gehört.

Inwieweit hat Schule die Aufgabe, der Entwicklung von rechtsextremen Haltungen vorzubeugen?

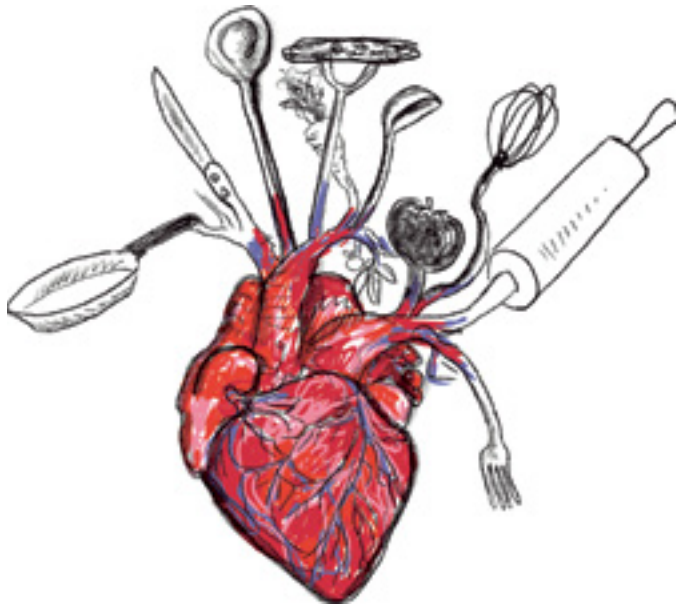
Schule muss Kinder und Jugendliche befähigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und auf Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde zu gestalten. So steht es in den Schulgesetzen. Weil rechtsextreme Kader an Schulen schon wegen der Altersstruktur eher die Ausnahme sind – gibt es sie doch, ist eine zeitnahe und effektive Intervention notwendig –, geht es in aller Regel um Prävention von Ideologien, die dem widersprechen. Das bedeutet: Zunächst hat Schule die Aufgabe, die Kommunikationsfähigkeit zu fördern, damit Themen erst einmal besprechbar werden. Erst dann gelingt die Stärkung des Selbstwertgefühls von Schüler*innen, etwa durch positive Selbstwirksamkeitserfahrungen.

Diese Stärkung findet unter schwierigen Bedingungen statt: In Zeiten massiven Lehrer*innenmangels; in einem Schulsystem, das auf Benotung und Segregation ausgelegt ist ...

Natürlich geht das mit 20 Schüler*innen besser als mit 40. Es braucht Zeit für Austausch und dafür, Kommunikationsfähigkeit überhaupt erst einmal herzustellen – etwa mithilfe kunstpädagogischer Methoden, in Video-, Graffiti-, Musik- oder Poetry-Workshops. Für all das mangelt es allerorten an Zeit und Raum. Dennoch dürfen Menschenrechtserziehung und Demokratieförderung selbst bei schlechten Rahmenbedingungen nicht einfach gestrichen werden. Und es gibt viele Beispiele, wie es Schulen gelingt, auch unter unzureichenden Bedingungen gute Wege zu gehen. Wo es einen Klassenrat oder Wochengespräche gibt und Bewertungen als Mittel zur Förderung der Fähigkeiten der Schüler*innen betrachtet werden, wird mehr Partizipation und Demokratie gelebt als an Schulen, die soziales Lernen für eine nachrangige Aufgabe halten. Wie es läuft, hängt auch von der Leitkultur ab.

Was verstehen Sie unter Leitkultur?

So etwas wie die Grundphilosophie einer Schule: Wie wird dort gelernt, gearbeitet und gelebt? Liegt den Schulregeln, der Organisation, dem Miteinander die Annahme zugrunde, dass alle Menschen gleichwertig sind? Oder eine, die Schüler*innen – bewusst oder unbewusst – ungleich behandelt und bestimmte Gruppen von Anerkennung, Teilhabe und Ressourcen ausschließt? Die Schulgesetze übrigens gehen durchaus von Gleichwertigkeit aus; Diskriminierung jeglicher Art ist verboten ...



... wohinter die Praxis laut zahllosen Studien deutlich zurückfällt ...

Ja, vor allem in der Integration von Hinzugekommenen – geflüchtet oder nicht – und der Vermittlung der deutschen Sprache sind wir längst nicht gut genug. Das war auch ein zentrales Motiv, das Netzwerk *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* zu gründen. Denn Schulen, die dem Netzwerk beitreten, bekommen in vielen Fragen Unterstützung seitens unserer Koordinationsstellen und von Expert*innen. Denn natürlich können sich die Kolleg*innen nicht mit allen drängenden Themen von Klimaschutz über Zuwanderung bis Nahost auskennen. Sie können sich nicht einmal zu allen fortbilden. Der Rat kommt ja schnell: Macht doch eine Fortbildung! Auch dafür fehlt die Zeit. Nichtstun ist jedoch keine Option: Ist ein Studientag für das gesamte Kollegium nicht machbar, klappt vielleicht ein Workshop für 20 Kolleg*innen. Und an Projekttagen können externe Expert*innen wichtiges Wissen an Schüler*innen vermitteln, auch zu Themen rund um Rechtsextremismus.

Bedeutet das: Mit der Stärkung von Selbstwirksamkeit ist es nicht getan? Wer Rechtsextremismus begegnen will, braucht auch Wissen?

So ist es: Leitbild, Menschenbild, Haltung, Soft Skills – das ist alles wichtig. Doch für Handlungsfähigkeit brauche ich auch Know-how; als Pädagogin oder Pädagoge ebenso wie als jugendlicher Mensch, der in dieser Gesellschaft etwas bewirken will. Und

die Schule ist gehalten, Schüler*innen zu befähigen, als mündige Bürger*innen handeln zu können. Dafür muss sie ihnen das benötigte Wissen mitgeben – und Kinder und Jugendliche über für sie wichtige Themen informieren.

Inwieweit verändert es die Lage, dass Menschen an Schulen womöglich ebenso oft rechten Parteien anhängen wie die übrige Bevölkerung?

Mit ihrer hohen formalen Bildung gehören Pädagog*innen in Deutschland zumindest aktuell noch zu einer Gruppe, die statistisch unterdurchschnittlich häufig rechts wählt. Richtig ist aber: Alle Varianten von Menschenhass gibt es auch unter Lehrkräften; Schule findet ja nicht außerhalb der Gesellschaft statt. Allerdings wird, wenn Kolleg*innen auffallen, weil sie sich bei den Reichsbürgern, in einer Kameradschaft oder der AfD engagieren, im Grunde nur sichtbar, was zuvor bereits ein Problem war: Denn sehr wahrscheinlich waren diese ja schon Rassist*innen oder Sexist*innen, bevor sie in eine Organisation eintraten.

Allerdings hört man vor allem aus dem Osten der Republik von Schulen, in denen AfD-nahe Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen das Kollegium bereits dominieren ...





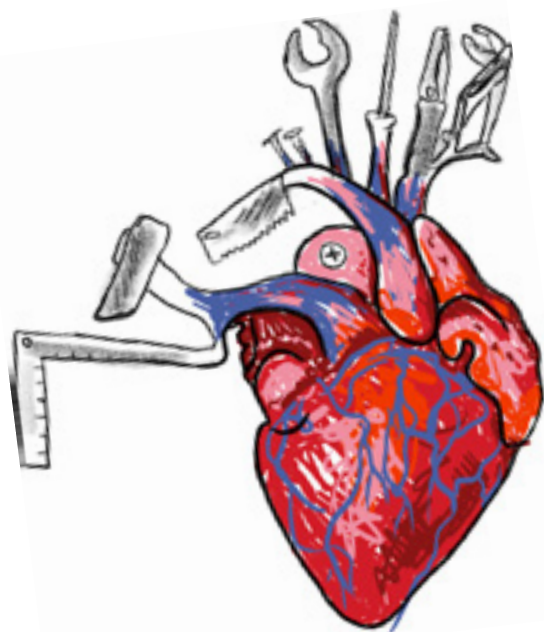
Tatsächlich gibt es solche Schulen – vor allem dort, wo das gesellschaftliche Umfeld ähnlich tickt, also auch die Mehrheit der Eltern menschenfeindliche Positionen an ihre Kinder weitergeben. Dass Demokrat*innen vielerorts ein eiskalter Wind entgegenweht, ist ein Problem, das uns alle dringend herausfordert. Einfache Lösungen gibt es leider nicht, auch nicht an Schulen. Solange Lehrkräfte sich im Unterricht rechtskonform verhalten, sind die rechtlichen Hürden, gegen Rechtsextreme vorzugehen, hoch. Beispiele sind aus verschiedenen Bundesländern bekannt. Ein Berliner Lehrer zum Beispiel, der in seiner Freizeit als Reichsbürger Videos mit demokratiefeindlichen Inhalten erstellte, konnte trotz aller Bemühungen jahrelang nicht aus dem Beamtenverhältnis entlassen werden.

Doch auch im Falle einer Mehrheit für rechtsextreme Positionen im Kollegium gilt: Je offener das Schulklima ist, desto offener lassen sich auch solche Konflikte besprechen. Gibt es ein Leitbild der Gleichwertigkeit, stärkt das jene, die demokratische Werte verteidigen. Was dem Leitbild widerspricht, lässt sich etwa gut in der Gesamtkonferenz auf die Tagesordnung setzen. Courage-Schulen sind hier in einer besonderen Verantwortung. Sie teilen das Versprechen, nicht wegzuschauen, wenn bei ihnen Diskriminierung vorkommt. Dazu gehört, dass auch Schüler*innen ermuntert werden, Rassismus oder Sexismus von Lehrkräften zu thematisieren. Ihnen muss ermöglicht werden, sich zu wehren. Da ist noch viel zu tun.

Sie vertreten einen multidimensionalen Präventionsansatz, um Ideologien der Ungleichwertigkeit entgegenzuwirken. Was ist das?

Im Grunde das, was wir hier besprechen: Es genügt nicht, nur an einer einzelnen Schraube zu drehen. Es braucht einen systemischen Ansatz, der alle Bereiche, alle Akteur*innen, die Strukturen und das Selbstbild in den Blick nimmt – und dann aus einem breiten Spektrum passende Maßnahmen auswählt. Mit dem Modellprojekt „Couragiert gegen Mobbing“ haben wir den multidimensionalen Präventionsansatz bis 2023 in fünf Bundesländern konkret erprobt. Welche Jugendlichen kommen? Welche Expert*innen gibt es? Was macht den Standort aus? Darauf basierend boten lokal angepasste Werkstätten gegen Mobbing Jugendlichen Gelegenheit, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen: in Sport-, Video-, Musik-, Zirkus-, Theater- oder Poetry-Workshops zum Beispiel. Das verbindende Ziel der Werkstätten: die Fähigkeit zur Kommunikation zu stärken, über Möglichkeiten der Intervention zu informieren – und Haltung, Wissen und Können zu fördern. Dabei hat sich gezeigt, wie fruchtbar multidimensionales Arbeiten ist – wer es einmal erlebt hat, wird es immer wieder anwenden wollen. Mit dem gleichen Ansatz ließen sich an die jeweilige Lage angepasste „Werkstätten gegen Rechtsextremismus“ durchführen.

Jeannette Goddar



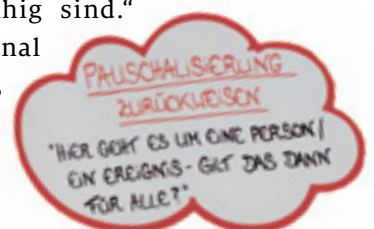
ANTIFEMINISMUS: EINFALLSTOR FÜR RECHTSEXTREMISMUS

Wie externe Expert*innen die Demokratiebildung an Schulen bereichern, zeigt dieser Erfahrungsbericht.

Wenn Wiebke Eltze von Schulen eingeladen wird, kommt sie mit ganz verschiedenen Themen: Die freie Trainerin nimmt zum Beispiel Verschwörungsmymen, Online-Radikalisierung, oder rassistische Sprüche auseinander. Und sie bietet einen Workshop an, der für viele Schüler*innen erst einmal überraschend ist: zu Antifeminismus und Anti-Gender-Mobilisierung.

„Antifeminismus ist ein Einfallstor für Rechtsextremismus“ sagt Wiebke Eltze, „das liegt daran, dass viele seiner Parolen bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind.“

„Frauen sind zu emotional für Führungspositionen“, „Sexuelle Vielfalt soll aus Lehrplänen gestrichen



werden“ – beides sind Beispiele für Positionen, die weit über die extreme Rechte hinaus Anklang finden. Als Wiebke Eltze 2023 beim *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*-Bundeskongress einen Workshop mit 15 Pädagog*innen veranstaltete, fiel auch ihnen sofort ein, wo ihnen Antifeminismus begegnet. Eine erzählte, auf ihren Satz „Ich bin Feministin“ habe ein Schüler entgeistert entgegnet: „Ich dachte, Sie sind verheiratet!“

Die breite Palette antifeministischer Themen überraschte indes auch hier: Antifeminist*innen – ja, es sind auch Frauen darunter – sind gegen jede Maßnahme zur Bekämpfung von Sexismus, gegen die Selbstbestimmungsrechte aller Geschlechter und plurale Lebensformen, gegen Vielfaltspädagogik und Gender Studies und vieles mehr. Schon damit ist klar, dass ihre Positionen sich auch in der CDU finden – etwa bei der ehemaligen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die sich beim CDU-Parteitag 2022 gegen den Begriff „Gleichstellung“ in der Grundwertecharta positionierte.¹ Von „Gleichstellungstotalitarismus“ – so die Abgeordnete Nicole Höchst 2018 im Bundestag – spricht allerdings nur die AfD.² Wiebke Eltze sagt: „Immer droht gleich der Weltuntergang, das eint Rechtspopulismus und Antifeminismus.“

Ein wichtiger Ort zur Verbreitung antifeministischer Ideologien ist das Internet. Dort treffen sich beispielsweise Incels („Involuntary Celibate“): heterosexuelle Männer, die nach eigener Aussage „unfreiwillig“ keinen Geschlechtsverkehr haben, wofür sie Frauen bestrafen wollen. Häufig üben sie massiv digitale Gewalt gegen Frauen und LGBTIQ+ aus und rufen dazu auf, sich tätlich gegen sie zu „wehren“.

Wie weit antifeministische Ideologien in die Radikalisierung rechtsextremer Gewalttäter hineinwirken, machen eine Reihe Anschläge auf tragische Weise deutlich: Der Attentäter, der 2019 versuchte, in die Synagoge in Halle einzudringen und dann im Umfeld zwei Menschen erschoss, hörte noch am Tattag einen Song, der das Attentat von Toronto verherrlicht, bei dem ein Frauenhasser 2018 elf Menschen tötete.³ Im US-amerikanischen Orlando starben 2016 49 Menschen, als ein islamistischer Attentäter in einen lateinamerikanisch geprägten Club der LGBTIQ+-Community ein-

drang. In Dresden verübte 2020 ein Islamist eine Messerattacke auf ein homosexuelles Paar, bei dem einer der Partner sein Leben verlor. Alle diese Anschläge machen zugleich die Verschränkung – oder Intersektionalität – menschenverachtender Ideologien deutlich. Und sie zeigen, wie wichtig es ist, Sexismus und Antifeminismus als demokratiegefährdend ernst zu nehmen und sich dagegen zu verhalten.

In ihren Schulworkshops geht es Wiebke Eltze um Argumentationsstrategien, um das Finden angemessener Antworten. Mithilfe von Bildern und Sprüchen auf dem Boden; in Rollenspielen; in einer Aufstellung: Die Workshops sind wie ein Trainingscamp, in dem Situationen und die eigene Handlungsfähigkeit eingeschätzt und besprochen werden. Ein Beispiel: Eine Schülerin erzählt von einem Mitschüler, der immer wieder behauptet, Putzen sei Frauenarbeit. Wie könnte man reagieren, fragt Wiebke Eltze. Ein Weg wäre, zu kontern. „Man könnte ihn fragen, ob er jetzt sein Gewehr holt und jagen geht“, und ihn mit der Dummheit sexistischer Stereotype konfrontieren, so ein Vorschlag. Andere in der Runde regen eine Diskussion über Rollenvorstellungen an. Klar wird: Es gibt einen Fächer an Optionen – Humor, Sachlichkeit, Gegenargumente. Auch der Hinweis auf das Gesetz und ethische Werte zählen dazu. Ein genereller Tipp von Wiebke Eltze: „Nachfragen, Rückfragen oder Hinterfragen. Also zum Beispiel so nachzuhaken: Habe ich dich da richtig verstanden? Wen meinst du mit Die und Wir? Kannst du das belegen?“

Die Trainerin rät zu Reaktionen, die zur Persönlichkeit passen. Und dazu, Ziele wie Setting zu bedenken: Geschlossene Weltbilder wie bedrohliche Situationen sind gute Gründe, sich nicht auf eine Debatte einzulassen. In einem sicheren Rahmen können Ziele des Widerspruchs sein, andere Perspektiven aufzuzeigen – oder auch jene zu unterstützen, die von Diskriminierung betroffen sind.

Jeannette Goddar



1. www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/feminismus-wie-gerecht-gleichstellung-wirklich-sein-kann-18095316.html

2. www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kwo9-de-internationaler-weltfrauentag-544472

3. <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2019/Halle-reiht-sich-in-die-Serie-frauenfeindlicher-Attentate-ein-frauenhass120.html>



„ZEIGT HALTUNG, WERDET AKTIV GEGEN RECHTS!“

Die Schule muss ein Ort sein, an dem demokratische und menschenrechtliche Werte und Normen gelebt, vorgelebt und gelernt werden. Zum pädagogischen Ethos gehört, rassistischen oder demokratiefeindlichen Aussagen zu widersprechen und für Demokratie, Inklusion und Vielfalt einzutreten.

Rechtsextreme Einstellungen, verschiedene Formen des Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit machen vor Bildungseinrichtungen nicht Halt. Lehrkräfte sind in der alltäglichen Praxis vielfach herausgefordert: etwa auf antisemitische und rassistische Äußerungen und Gewaltvorfälle zu reagieren; über Fake News, verbotene Symbole oder Geschichtsrevisionismus aufzuklären; menschenverachtenden und antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken. Die meisten handeln verantwortungsbewusst. Sie setzen sich mit Schüler*innen über verletzendes Aussagen und Verhaltensweisen, Verschwörungserzählungen und rechtsextreme Ideologien auseinander, zeigen Grenzen sowie Konsequenzen auf und melden strafrechtlich relevante Vorfälle an die Schulleitung und, wenn nötig, auch der Polizei. Solche pädagogischen Interventionen erfordern nicht nur fachliches und didaktisches Know-how, sondern auch ein professionelles Selbstverständnis mit einer klaren demokratisch-menschenrechtsorientierten Haltung.

Zuweilen gibt es aber auch Lehrkräfte, die sich unangemessen verhalten. Das liegt oft an Unsicherheiten, fehlender Zeit sowie mangelnder Unterstützung. In manchen Fällen spiegelt ihr Verhalten aber auch menschen- und demokratieverachtende Einstellungen

wider, manchmal werden Lehrkräfte gar mit verfassungsfeindlichen Äußerungen und/oder Verbindungen in die rechtsextreme Szene auffällig. Damit verstoßen sie nicht nur gegen ein pädagogisches Berufsethos, sondern auch gegen nationales und internationales Recht.

Denn Lehrkräfte handeln im staatlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag, der in den Schulgesetzen der Bundesländer beschrieben und in den jeweiligen Landesverfassungen sowie dem Grundgesetz verankert ist. Als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes leisten sie einen Eid auf die Verfassung. Dem folgend gehört zu ihren zentralen pädagogischen Aufgaben, Kinder und Jugendliche nach Grundsätzen der Menschenwürde, Demokratie, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität zu bilden. Auch internationale Menschenrechtsverträge legen verbindliche Bildungs- und Erziehungsziele fest; ebenso die Kultusministerkonferenz (KMK). Bildungspläne der Länder und KMK-Beschlüsse heben die Bedeutung der Schule als Ort hervor, an dem demokratische und menschenrechtliche Werte und Normen gelebt, vorgelebt und gelernt werden sollten.

Es ist also Aufgabe der Lehrkräfte, Grundrechte zu vermitteln und demokratische Werte vorzuleben, sich gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit, Gewalt und Diskriminierungen zu positionieren, für Chancengleichheit und einen respektvollen Umgang miteinander einzutreten. Dafür müssen sich Pädagog*innen nicht nur der normativen Grundlagen und Ziele bewusst sein, sondern auch über Wissen und Kompetenzen verfügen, um etwa verschiedene Formen des Antisemitismus und Rassismus zu erkennen und professionell mit diesen umzugehen. Dafür ist auch wichtig, dass sie sich mit eigenen Vorurteilen und Wertorientierungen auseinandersetzen. Nur auf Basis einer professionellen Ethik können Lehrkräfte eine klare Haltung für Demokratie, Inklusion und Vielfalt entwickeln.

Das pädagogische Ethos zeigt sich in der Praxis etwa dann, wenn sich eine Lehrkraft gegen rassistische oder demokratiefeindliche Aussagen positioniert und pädagogisch verantwortlich handelt. Es umfasst Werte wie Empathie, Respekt, Toleranz, Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Dass sich Lehrkräfte mit rechtsextremen Einstellungen diesem Ethos verpflichtet fühlen, ist zu bezweifeln. Überprüfbar ist das, wenn es konkrete Verdachtsmomente und tatsächliche Anhaltspunkte für Fehlverhalten gibt.

Die Rahmenbedingungen spielen eine Rolle, damit Lehrkräfte ihren pädagogischen Aufgaben gerecht werden können. Förderlich ist zum Beispiel eine diskriminierungssensible Schulkultur, wie sie das Netzwerk *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* unterstützt. Auch Schulleitungen müssen sensibilisiert sein. Stehen Vorwürfe gegen Pädagog*innen im Raum, müssen sie das Gespräch mit der betroffenen Lehrkraft suchen und gegebenenfalls über die Schulaufsichtsbehörden disziplinarische Maßnahmen einleiten. Diese können von einer Abmahnung bis zur Entlassung reichen. Verstöße gegen das Grundgesetz wie rassistische oder antisemitische Äußerungen sowie Aufrufe zu Gewalt müssen in jedem Fall konsequent geächtet sowie disziplinar- und strafrechtlich verfolgt werden. Aufgabe der Politik und der Schulverwaltungen ist, einen Handlungsrahmen zu schaffen sowie Strukturen und Instrumente bereitzustellen, damit Schulen und Lehrkräfte Klarheit über rote Linien haben. Es braucht systematische Beschwerde- und Meldeverfahren, Präventions- und Interventionskonzepte mit definierten Handlungsketten, unabhängige Beratungs- und Beschwerdestellen sowie einen stärkeren Diskriminierungsschutz.

Die GEW setzt sich für Chancengleichheit ein. Sie bekennt sich zu den Werten und Prinzipien des Grundgesetzes sowie der UN-Menschenrechtsabkommen. Eine wichtige Leitlinie ist das Berufsethos der Bildungsinternationale – der internationalen Vereinigung freier Bildungsgewerkschaften. Dieses fordert die Beschäftigten im Bildungswesen auf, alle Formen von Rassismus, Vorurteilen und Diskriminierung zu bekämpfen. Auf dieser Grundlage ermutigt die GEW alle Mitglieder, Haltung zu zeigen und sich gegen rechts zu engagieren. Die AfD steht – wie diverse andere Gruppierungen der extremen Rechten – den Positionen und Zielen der GEW diametral entgegen.

Maïke Finnern,
Vorsitzende der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Zum Weiterlesen: Hendrik Cremer: „Rassistische und rechtsextreme Positionierungen im Dienste des Staates? Warum ein Eintreten für die AfD mit der verfassungsrechtlichen Treuepflicht nicht vereinbar ist“, Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.), Berlin 2022, 53 Seiten. Download: bit.ly/47v2yLM

Auf der Webseite der Kultusministerkonferenz (www.kmk.org) stehen folgende Empfehlungen zum Download: „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“; „Menschenrechtsbildung in der Schule“ (beide 2018).



Meinungsfreiheit, Schulrecht, Beutelsbacher Konsens

*Laut Beamtenrecht sollen Lehrkräfte unparteiisch sein und sich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzen. Die Schulgesetze verlangen, dass sie ihre Schüler_innen im Geist der Verfassung bilden und erziehen. Der Beutelsbacher Konsens verbietet eine ideologische „Überwältigung“ und erlegt Unterrichtenden das Kontroversitätsgebot auf. Zugleich gilt Meinungsfreiheit auch für Pädagog*innen; jedoch kann sie durch Amts- wie Schulrecht eingeschränkt werden. Was all das bedeutet, erklärt der Verwaltungsrechtler Joachim Wieland an Beispielen.*



Courage-Werkstatt „Gemeinsam gegen Mobbing“, Halle 2021. © Jens Schlüter

1. Situation im Unterricht, Thema EU und ihre Außengrenzen

a. Ein_e Schüler_in sagt „im Spaß“: „Deutschland ist eigentlich viel größer als auf der Karte, die Grenzen von vor 1945 gehören doch auch dazu.“

Lehrer_in muss Schüler_in darauf hinweisen, dass nach der Präambel des Grundgesetzes mit der Wiedervereinigung die Einheit Deutschlands vollendet ist. Gebiete außerhalb des Staatsgebiets der Bundesrepublik Deutschland gehören folglich nicht zu Deutschland im Sinne der Verfassung. Mit einem solchen Hinweis erfüllt ein_e Lehrer_in die Pflicht, sich für die gesamte geltende Verfassungsordnung einzusetzen.

2. Situation im Unterricht, Thema Asyl/Migration

a. Schüler_in fordert: „Deutsche zuerst! Unser Sozialversicherungssystem sollte grundsätzlich Deutsche bevorzugen.“

Die Forderung, dass unser Sozialversicherungssystem grundsätzlich Deutsche bevorzugen sollte, hält sich im Rahmen der Meinungsfreiheit. Die Sozialversicherung beruht auf dem Solidaritätsprinzip und macht Versicherungsleistungen von der Beitragszahlung abhängig. Ausländer_innen und Geflüchtete haben deshalb nicht automatisch Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen. Lehrer_innen sollten allerdings darauf hinweisen, dass die Menschenwürdegarantie der Verfassung jedem das Existenzminimum gewährleistet. Das gebietet die Achtung vor der Würde des Menschen.

b. Schüler_in behauptet: „Ausländer sind zu faul zum Arbeiten und wollen uns nur unser Geld aus der Tasche ziehen.“

Die Schüler_innen sollen lernen, Menschen unterschiedlicher Herkunft vorurteilsfrei zu begegnen. Lehrer_innen sind deshalb auf eine solche ausländerfeindliche Äußerung hin, die nicht mehr von der Meinungsfreiheit in der Schule gedeckt ist, zum Handeln verpflichtet. Sie müssen den Schüler_innen vermitteln, dass auch Ausländer_innen einen Anspruch auf Achtung wie Deutsche haben und dass die freiheitliche Ordnung der Verfassung keine ehrverletzenden Äußerungen deckt.

c. Schüler_in schließt von einer ihm/ihr bekannten Person auf alle: „Flüchtlinge sind eigentlich reich, das sieht man ja schon an dem Smartphone, das XY besitzt.“

Die Äußerung, dass Flüchtlinge eigentlich alle reich seien, wie man am Beispiel einer Person sehe, dürfte noch von der Meinungsfreiheit gedeckt sein, gibt aber für Lehrer_innen Anlass zu einer pädagogischen Reaktion im Sinne des Auftrags der Schule, Menschen unterschiedlicher Herkunft vorurteilsfrei zu begegnen. Es sollte deutlich werden, dass solche Verallgemeinerungen gerade mit Bezug auf Geflüchtete Vorurteile darstellen, die mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun haben.

3. Meinungsäußerungen im Unterricht

a. Lehrer_in vertritt die Meinung: „Menschen in Not muss man helfen, auch wenn man dabei Gesetze bricht, und deshalb muss man z. B. die Flüchtlinge auf den Schiffen im Mittelmeer vor Malta aufnehmen.“

Die Äußerung der Meinung, dass man Menschen in Not helfen muss, auch wenn man dabei Gesetze bricht, ist zwar grundsätzlich von der Meinungsfreiheit gedeckt. Die Meinungsfreiheit der Lehrer_innen findet aber dort ihre Grenze, wo ziviler Ungehorsam durch ein gesetzwidriges Verhalten befürwortet wird. Eine solche Befürwortung verletzt das Gebot zur Mäßigung und Zurückhaltung, zumal das Grundgesetz alle Amtsträger verpflichtet, Gesetz und Recht zu beachten. Anderes würde nur gelten, wenn ziviler Ungehorsam als ethisches und rechtliches Problem in Auseinandersetzung mit den Argumenten der Befürworter_innen und Gegner_innen abgehandelt und nicht auf eine plakative Aussage reduziert würde.

b. Schüler_in trägt Button der Partei XY und sagt: „Ich finde die Partei XY toll.“

Das Bekenntnis von Schüler_innen zu einer politischen Partei ist von ihrer Meinungsfreiheit gedeckt und entspricht dem Auftrag der Schule, Schüler_innen zu befähigen, am politischen Leben teilzunehmen. Nur wenn der politische Schulfriede im Einzelfall ernstlich gefährdet wäre, müssten Lehrer_innen pädagogisch reagieren und die Bedeutung der Meinungsfreiheit und der Achtung der Meinung anderer herausarbeiten.

c. Lehrer_in sagt: „Ich finde die Partei XY toll.“

Lehrer_innen müssen ihre Aufgaben unparteiisch erfüllen und dürfen in der Schule keine politischen Bekundungen abgeben, welche die Neutralität des Landes gefährden. Insoweit ist ihre Meinungsfreiheit eingeschränkt. Deshalb wäre die Äußerung, eine politische Partei sei toll, eine Verletzung ihrer Dienstpflichten.

d. Schüler_in: „Ich finde, die Partei XY sollte verboten werden, weil sie gegen Ausländer wettet und Unsicherheit schürt.“

Die Äußerung ist von der Meinungsfreiheit der Schüler_innen gedeckt. Lehrer_innen dürfen sie allerdings nicht unkommentiert lassen, sondern müssen derart für die Erhaltung der Verfassung eintreten, dass ein Parteiverbot nicht bereits bei einem Werten gegen Ausländer_innen zulässig ist, sondern nur wenn die Abschaffung der zentralen Grundprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wie die Garantie der Menschenwürde und das Prinzip des demokratischen Rechtsstaats angestrebt werden.

e. Lehrer_in: „Die Partei XY sollte verboten werden, weil sie gegen den Islam wettet.“

Die Äußerung verstößt gegen das beamtenrechtliche Gebot zur politischen Mäßigung und Zurückhaltung. Zudem reicht das Werten gegen den Islam nicht aus, damit eine politische Partei verboten werden darf.

f. Schüler_in: „Mehrere Parteien braucht man nicht, eine gut aufgestellte Partei reicht und überhaupt hat die Opposition zu viele Rechte.“

Auf diese Äußerung hin müssen Lehrer_innen den Schüler_innen erläutern, dass eine parlamentarische Demokratie auf dem Mehrparteiensystem und auf der Aufgabenteilung zwischen Regierung und Opposition basiert. Ihre Dienstpflicht gebietet, für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzustehen.

g. Kurz nach Unterrichtsende zeigt ein_e Schüler_in im Klassenzimmer den Hitler-Gruß.

Das Zeigen des Hitlergrußes ist nach § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) strafbar, auch wenn damit nicht ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus zum Ausdruck gebracht werden soll. Die Meinungsfreiheit der Schüler_innen ist insoweit nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in zulässiger Weise eingeschränkt. Da sich das Zeigen des Hitlergrußes nicht mehr im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hält, sondern als Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates strafbar ist, dürfen Lehrer_innen das Verhalten nicht mehr als bloße unterschiedliche Auffassung respektieren, sondern müssen sich aktiv für die Verfassung und deren Werte einsetzen, wenn das Verhalten in den Räumen der Schule erfolgt, auch wenn der Unterricht bereits beendet ist.

4. Meinungsäußerungen auf dem Schulhof

a. Schüler_in bringt lautstark seine/ihre Vorliebe für eine bestimmte Musikrichtung zum Ausdruck, die sich klar gegen Ausländer_innen oder Geflüchtete bzw. Asylbewerber_innen wendet.

Solche Äußerungen von Schüler_innen erfordern eine Reaktion der Lehrer_innen, die Schüler_innen befähigen sollen, Menschen unterschiedlicher Herkunft vorurteilsfrei zu begegnen und die Würde aller Menschen zu achten.

b. Eine Lehrkraft hört Beschimpfungen der Schüler_innen untereinander, in denen Begriffe wie „Jude“, „schwul“ oder „behindert“ vorkommen.

Auch insoweit ist eine pädagogische Reaktion der Lehrer_innen gegenüber den Schüler_innen aus den unter a. genannten Gründen erforderlich.

c. Eine Gruppe von Schüler_innen trägt Jacken, die einer extremen politischen Richtung zuzuordnen sind.

Das Tragen der Jacken ist als Ausdruck der Meinungsfreiheit der Schüler_innen hinzunehmen, solange sie nicht für Meinungen stehen, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar sind und/oder den Schulfrieden gefährden. Eine pädagogische Reaktion gegenüber den Schüler_innen zur Bekräftigung der Toleranz und als Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist angezeigt. Entscheidend für die Reaktion der Lehrer_innen ist, ob die Jacken für politische Auffassungen stehen, die zwar extrem, aber noch nicht verfassungsfeindlich sind. Bringt das Tragen der Jacken verfassungsfeindliche Überzeugungen zum Ausdruck, müssen Lehrer_innen gegenüber den Schüler_innen für die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eintreten.

Die Tipps sind dem Hintergrundpapier „Was man sagen darf: Mythos Neutralität in Schule und Unterricht“ (Berlin 2019) im Themenportal Bildungspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung entnommen. Das vollständige Papier steht hier: bit.ly/3N2ZxeQ

Antisemitismus in der Schule

Seit dem Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 wird verstärkt über angeblich importierte antisemitische Narrative diskutiert. Doch Antisemitismus ist ein flexibler Code, der sich mit ganz verschiedenen Weltanschauungen verbinden lässt.

So wie Schulen ein Abbild der Gesellschaft sind, kommt auch Antisemitismus auf Schulhöfen und in Klassenzimmern von allen Seiten. Es gibt linken, rechten und religiös konnotierten Antisemitismus. Und es gibt Antisemitismus aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Seit den grauenhaften Mordtaten der Terrorgruppe Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 stehen vor allem die Gefahren im Fokus, die von Menschen mit arabischer, türkischer und muslimischer Herkunft für Jüdinnen und Juden ausgehen. Die Stimmung unter jungen Menschen in Deutschland ist aufgeheizt. Befeuert wird sie mit Bildern und Videos in den von Jugendlichen viel genutzten sozialen Medien Tiktok, Instagram und Telegram. Häufig werden dort verwundete oder getötete Kinder gezeigt, was bei jungen Menschen eine enorme emotionale Mobilisierung auslösen und antisemitische Ressentiments verstärken und verstetigen kann.

Erstmals führte die mediale Präsentation des Palästina-Konflikts und die Instrumentalisierung von Opferbildern zu Beginn der Al-Aqsa-Intifada – auch „Zweite

Intifada“ genannt – im Jahr 2000 in Deutschland zu Demonstrationen und gewalttätigen Protesten. Auch Einrichtungen der jüdischen Gemeinden wurden getroffen. Erneute antisemitische Proteste gab es während des Gaza-Kriegs 2014; wieder trugen die Bilder von Kriegsbedrohten erheblich zur Mobilisierung bei. Für eine extreme Betonung und einseitige Betrachtung des Konflikts um die palästinensischen Gebiete bei gleichzeitiger Delegitimierung und Dämonisierung Israels kursiert seither der Begriff „Palästina-Effekt“. Im Winter 2023/24 erleben wir verstärkt, dass dieser die Schulen erreicht. Ein neues Phänomen ist Antisemitismus dort indes nicht.

Wie sich „Antisemitismus im Kontext Schule“ äußert, haben die Berliner Psychologin Marina Chernivsky und die Erziehungswissenschaftlerin Friederike Lorenz-Sinai in einer Studie untersucht. In Interviews mit Pädagog*innen stießen sie auf vielgestaltige Formen des Antisemitismus. Neben als Beleidigungen gemeinten Beschimpfungen wie „Du Jude“ wurde den Forscherinnen von schwer fassbaren diffusen Formen berichtet; von verdeckten Anspielungen auf die



NS-Zeit sowie mit anderen Bezügen. Antisemitismus erscheine als ein Phänomen im „luftleeren Raum“, dessen Ursprünge und Bezugspunkte unklar sind. Auch beobachten Lehrkräfte einen stetigen, in das schulische Alltagsgeschehen eingebetteten „Zwischendurch-Antisemitismus“.

All das zeigt: Die gängige These von einem importierten muslimischen Antisemitismus muss infrage gestellt werden. Denn zum einen lassen antisemitische Äußerungen oft weder einen spezifischen religiösen noch kulturellen Kontext erkennen. Zum anderen führen auch die Quellen zur Ausbreitung von Verschwörungserzählungen in der arabisch-islamischen Welt weg von der Religion: So erbrachte unter anderem der britisch-amerikanische Islamwissenschaftler Bernard Lewis den Nachweis, dass die in Russland fabrizierten antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ schon in den 1920er-Jahren in Ägypten und Palästina kursierten – in nationalistischen, nicht islamisch geprägten Kreisen. Der massenhafte Vertrieb der Hetzschrift setzte in den 1950er-Jahren die von dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser angeführte panarabische Bewegung in Gang. Wichtige Unterstützer der Bewegung, die sich für einen gemeinsamen arabischen Nationalstaat einsetzte: deutsche Nationalsozialisten, die in Ägypten und Syrien eine neue Heimat gefunden hatten.

Den Startpunkt für die Islamisierung der aus Europa stammenden Verschwörungserzählungen setzte – ebenfalls in den 1950er-Jahren – der Vordenker der Muslimbruderschaft Sayyid Qutb. In seiner Schrift „Unser Kampf mit den Juden“ verbindet er das Narrativ einer jüdischen Weltverschwörung mit islamischen Quellen; Juden werden zu Widersachern erklärt, die zu allen Zeiten die islamische Gemeinschaft bedroht hätten. Auch die islamisierten Verschwörungserzählungen fanden starke Verbreitung: So greift unter anderem die Charta der Hamas von 1987 auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ zurück. Der Begriff „Importierter Antisemitismus“ in Bezug auf in Deutschland lebende Jugendliche ist also auch deswegen falsch, weil zunächst der moderne europäische Antisemitismus in die arabische Welt gebracht wurde.

Vor allem aber ist der moderne Antisemitismus ein flexibler Code, der sich problemlos mit diversen Weltanschauungen oder religiösen Hintergründen verbinden lässt. Auch Jugendliche mit arabischen Wurzeln, die

antisemitische Narrative äußern, kennen die historischen und ideologischen Hintergründe nicht; von Gamal Abdel Nasser oder Sayyid Qutb haben sie sehr wahrscheinlich nie gehört. Aus vielen Gründen ist also nicht zielführend, über die Herkunft der Narrative zu streiten.

Was aber können Schulen tun? Seit dem 7. Oktober 2023 dominieren Forderungen nach klaren Grenzen und Verboten die Debatte. In Berlin können Schulen „Palästinensertücher“ verbieten. Doch was bringen solche Verbote und ihre Durchsetzung in Klassenräumen und auf Schulhöfen? Zu befürchten ist, dass sie zu Widerstand führen und die angespannte Lage weiter eskalieren können.

Gefragt sind pädagogische Maßnahmen, die das Problem von der Wurzel her angehen. Dafür gilt es zu erkennen, dass die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte nicht mit einem eilig geschnürten Maßnahmenbündel aufgelöst werden können. Änderungen wären zum Beispiel in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte erforderlich. Der Antisemitismus in all seinen Formen ist bislang ebenso wenig Gegenstand der Ausbildung wie die Geschichte des Nahostkonflikts. Auch werden angehenden Pädagog*innen kaum geeignete Methoden vermittelt. So hat sich bei schwierigen und emotional besetzten Themen unter anderem die sogenannte narrative Gruppenarbeit bewährt, die an den Erfahrungen der Einzelnen ansetzt. Doch auch diese muss gelernt werden.

Und: Um sie umzusetzen, bräuchte es kleine Gruppen – und somit Ressourcen, die es in den an chronischem Personalmangel leidenden Schulen nicht gibt. Eine kritische Betrachtung benötigen ferner Unterrichtswerke und Lehrmaterialien: Vieles, was im Geschichts-, Politik- oder Religionsunterricht Verwendung findet, ist nicht auf der Höhe der Zeit und hat, was den Nahostkonflikt und die verschiedenen Perspektiven auf ihn betrifft, erhebliche Lücken. Das sind viele Baustellen.

Michael Kiefer

Zum Weiterlesen: Michael Kiefer: „Antisemitismus und Migration“ (Baustein 5, 2017), & Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai: „Institutioneller Antisemitismus in der Schule“ (Baustein 14, 2024), Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage



Von Faktenchecks bis Wirre-Welt-Spielen



Wenn Jugendliche online, treffen sie auch auf Hass, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Misogynie, Queerfeindlichkeit, Diskriminierung und Abwertung. All das gibt es ganz offen; häufiger ist ein unterschwelliger Zugang. Oft kommt dieser vermeintlich humorvoll daher: Es gibt Memes, die rassistische Klischees verfestigen oder Hetze gegen demokratische Werte als Rebellion verkaufen; Youtube-Videos, die über angeblich Typisches an Jungen und Mädchen Rollenbilder zementieren und queere Kinder abwerten; Tiktok-Kurzvideos, die über die Illuminaten oder eine jüdische Weltverschwörung raunen. So ein „Humor“ ist schwer zu kontern: Wer will schon als spaßbefreiter Miesepeter dastehen? Auch in Gruppen, Foren und Klassenchats, auf Imageboards oder in Gaming Communities finden sich menschenfeindliche Ideologien.



All diese Formen sind nicht so leicht zu entschlüsseln wie der rassistische Post einer rechtsextremen Partei. Sie gehören zur Online-Lebenswelt der Jugendlichen, wecken bei ihnen bisweilen auch ein ungutes Gefühl. Doch das heißt nicht, dass sie wissen, wie sie damit umgehen sollen. Zumal Papa vielleicht auch über sexistische Witze lacht oder Mama schimpft, dass es zu viele X oder Y in Deutschland gebe.



Die Onlineerfahrungen junger Menschen zu begleiten und ihre Medien- und Informationskompetenz zu verbessern sind pädagogische Aufgaben. Das bedeutet nicht, vertiefte Kenntnisse über Rechtsterrorismus auf Tiktok oder Verschwörungsideologien in der Esoterikszene auf Youtube haben zu müssen. Wichtig ist aber, dass Pädagog*innen offen sind für das, was Jugendliche online erleben. Denn oft wollen diese über Inhalte auf Social Media oder im Klassenchat sprechen – wissen aber nicht, an wen sie sich wenden können. Es ist wichtig, ihnen zu vermitteln, dass sie nicht allein damit umgehen



müssen, wenn Hitler-Bilder im Stufen-Chat gepostet werden – auch wenn dieser selbstorganisiert ist und die Lehrkraft nicht dabei war. Offline können Gegenmaßnahmen besprochen werden: Wie gehen wir im Chat miteinander um? Wer ist Admin und etabliert die gemeinsam entwickelten Regeln?



Auch wenn Jugendliche von sich aus Videos zeigen, die ihnen ein unbehagliches Gefühl geben, ohne dass sie sich das erklären können, ist das ein guter Ansatz, Medienkompetenz zu vermitteln: Wie prüfe ich den Absender eines Videos, und ob dieser einen ideologischen Grund hat, es zu posten? Wie erkenne ich demokratiefeindliche Symbole oder Andeutungen? Zeigen die Bilder, was sie vorgeben, insbesondere in Krisen- und Kriegssituationen? Welche sind gute Quellen, um Fakten zum Thema des Videos zu checken?



Für spezielle pädagogische Herausforderungen bietet sich eine Recherche nach Quellen für vertiefte Informationen und Gegenstrategien an. Folgende sind gute allgemeine Anlaufstellen. Auch die Webseiten der Landesmedienanstalten und -bildungsserver lohnen einen Blick.



Der Digitalbereich der Amadeu Antonio Stiftung (amadeu-antonio-stiftung.de/digitale-zivilgesellschaft) veröffentlicht Aktuelles (Belltower.News) und Reports (unter „Publikationen“). Angebote für Pädagog*innen – von Broschüren und Arbeitsblättern bis zu Workshops für Schulen sind unter den Stichworten Firewall und re:set auffindbar. Einen Newsletter und Workshops zu Hass auf Tiktok bietet „Visualising Democracy“. Auf Tiktok gibt es Gegenstrategien unter „pre:bunk“.



Materialien für Pädagog*innen und Eltern zu allen Netzfragen, aktivierenden wie problematischen: klicksafe.de

Menschenfeindliche Ideologien und Hass sind im Internet allgegenwärtig. Doch wer ihnen begegnen will, findet dort auch jede Menge gutes Material, zum Einsatz im Unterricht wie zu Hause.

👉 Workshops, Onlinekurse und Bildungsmaterialien gegen Desinformationen: weitclick.de

👉 Unterrichtseinheiten zu Nachrichtenkompetenz, Faktenchecks und zur Gestaltung von digitalen Medien bietet „so geht MEDIEN“ vom Bayerischen Rundfunk: br.de/sogehmedien/index.html

👉 Weitere gute Unterrichtseinheiten, Workshopbaukästen und Module finden sich bei medien-in-die-schule.de und politischbilden.de



Einige empfehlenswerte, kostenlose Online-Spiele:

Rechtsextremismus:

👉 Wie funktioniert Online-Radikalisierung? „Hidden Codes“ zeigt es eindrücklich und spannend – und bietet eine Unterrichtseinbettung an: hidden-codes.de

👉 Wie erkenne ich bei einem Jugendlichen eine rechtsextreme Gesinnung? Darum geht es in „Leons Identität“: leon.nrw.de

Hass und Desinformation:

👉 Ein amüsantes und lehrreiches Spiel zum Thema Hater ist Bad News: getbadnews.de

👉 Wie ist es, zu entscheiden, was online gesagt werden darf, und was nicht? Werde „Trust and Safety Tycoon“: trustandsafety.fun

👉 Falschnachrichten im Chat erkennen? Kann man üben beim Fake Finder des SWR – auch als Klassenversion: swrfakefinder.de

Verschwürungsideologien:

👉 Wahrheit oder Nonsense? Frag den Verschwörungs-Checker: verschwoerungschecker.org

👉 Wie werden Menschen verschwörungsgläubig? Das erfährst du spielerisch in „Wiebkes wirre Welt“: wiebkes-wirre-welt.de



Simone Rafael

Die Amadeu Antonio Stiftung ist ein*e von fünf Projektpartner*innen im Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention (KompRex). Die weiteren sind die BAG Kirche und Rechtsextremismus, cultures interactive e.V., Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V., LidiceHaus Jugendbildungsstätte.

Das KompRex (kompetenznetzwerk-rechtsextremismuspraevention.de/das-netzwerk) wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Ziel ist, auf aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus reagieren, Präventionsangebote weiterentwickeln, Wissen und Erfahrung bündeln und vernetzen zu können.

Die Bundeskoordination *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* ist Projektpartnerin im Kompetenznetzwerk Demokratiebildung im Jugendalter. Insgesamt werden von 2020 bis 2024 14 Netzwerke gefördert. Überblick: demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben/kompetenzzentren-und-netzwerke



AUCH WÄHLEN WILL GELERNT SEIN

Bei immer mehr Wahlen dürfen 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. Das stellt auch die Schule vor Herausforderungen. In einer demokratischen Umgebung lässt sich Beteiligung besser einüben.

Für die Europawahlen 2024 beschloss der Bundestag eine Premiere: Alle 16- und 17-Jährigen in Deutschland mit Unionsbürgerschaft dürfen sich an den Wahlen zum EU-Parlament beteiligen. Über den Landtag mitentscheiden können sie in sieben Bundesländern: Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein. Nordrhein-Westfalen will folgen; in Bayern könnte darüber per Volksentscheid entschieden werden. Für die kommunalen Vertretungen gilt Wahlalter 16 in elf Ländern. Mehr als 50 Jahre nach



Demonstration gegen Rechtsextremismus in Berlin, Januar 2024. © C. Jungeblodt

der Absenkung von 21 auf 18 Jahre folgt Deutschland damit – außer bei Bundestagswahlen – einem Trend, mit dem andere Länder durchweg positive Erfahrungen machen. 16- und 17-Jährige können und wollen wählen, das bestätigen auch Erkenntnisse aus Pädagogik, Entwicklungspsychologie und Jugendforschung.

Gespeist wird dieser Trend aus einem wachsenden politischen Interesse, dessen sichtbarster Ausdruck die weltweiten „Fridays for Future“-Proteste sind. Auch in Schulen sind Klima, Nachhaltigkeit und Generationen-

gerechtigkeit so präsent wie die Unterstützung von Geflüchteten, der Widerstand gegen rechte Parolen und die Diskriminierung von Minderheiten. Lange vor der gesetzlichen Volljährigkeit sind viele junge Menschen politisch wach und aktiv; die Idee eines politikfreien Schonraums Kindheit und Jugend hat ausgedient. Nicht bei Wahlen mitmachen zu können, die im Zentrum repräsentativer Demokratien stehen, erleben sie als Diskriminierung. In Neuseeland bestätigte 2022 das Verfassungsgericht diese Sicht: Das Wahlalter von 18 Jahren verstöße gegen die Menschenrechte junger Menschen – und sei diskriminierend.

Dass Wählen ab 16 die individuelle demokratische Handlungsfähigkeit sowie die demokratische Qualität des Gemeinwesens stärkt, ist jedoch keineswegs selbstverständlich. Denn wählen will gelernt sein, gerade junge Menschen unter 30 Jahren verzichten häufig darauf. In den USA liegt ihre Wahlbeteiligung in der Regel 40 Prozent niedriger als bei den über 60-Jährigen; in Deutschland etwa 20 Prozent. In einigen skandinavischen Ländern allerdings besteht kaum eine Alterskluft.

Die Gründe für die Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen, sind vielfältig. Im Zentrum stehen drei Fragen: Kann ich wählen? Will ich wählen? Werde ich zur Wahl aufgefordert?

Je jünger die Wahlberechtigten, desto einflussreicher sind bei der Entscheidung drei Lebensbereiche: Familie, Peers und Schule. Eltern und andere Familienangehörige sorgen für einen „Nest-Effekt“: Das Wahlverhalten und die politischen Überzeugungen von Eltern und Familien färben auf den Nachwuchs ab. Dieser Effekt ist vor allem dann problematisch, wenn sich ökonomisch schwächere Bevölkerungsgruppen weniger an Wahlen beteiligen und in der Folge ihre Interessen weniger berücksichtigt werden. Durch den „Nest-Effekt“ droht dann politische Ungleichheit vererbt zu werden. Eine ähnliche Verstärkerwirkung haben Gleichaltrige, sogenannte Peers: Auch sie können politisches Interesse und Beteiligung, je nach sozialem Milieu, unterstützen oder blockieren.

Schulen kommt eine wichtige Korrekturfunktion zu, wenn es darum geht, die Senkung des Wahlalters zu einem demokratischen Erfolg zu machen. Sie prägen die Lebenswelt junger Menschen bei der Vorbereitung auf die Teilnahme an Wahlen. Auch dürfte das Gros

der 16- und 17-jährigen Erstwähler*innen noch eine Schule besuchen.

Drei Aufgaben sind von besonderer Bedeutung:

1. Informiertes Wählen. Zu den Erwartungen an mündige Bürger*innen gehört die Fähigkeit zur „kongruenten Wahl“. Wahlberechtigte sollten in der Lage sein, aus den Programmen der Parteien diejenigen auszuwählen, die ihren eigenen Wünschen und Interessen am meisten entsprechen. Dies setzt eine Verständigung über eigene Interessen ebenso voraus wie die Kenntnis der unterschiedlichen Wahlprogramme und politischen Richtungen. Schulen sind gehalten, solche Informations- und Verständigungsgelegenheiten anzubieten. Das gilt insbesondere, weil es zunehmend darum geht, kompetent mit rationalen Argumenten auf betrügerische Versprechungen, Fake News, Hetze oder leere Parolen zu antworten. Formate wie der Wahl-O-Mat oder schulische Probewahlen können dazu beitragen. Allerdings sprechen sie oft nur politisch interessierte und gut informierte Schüler*innen an. Wichtig sind niedrigschwellige Bildungsangebote, die nach Möglichkeit von Gleichaltrigen gestaltet werden und den Eindruck von Belehrung und Beeinflussung durch Lehrpersonen vermeiden.

2. Demokratische Schulkultur. Können entsteht nicht allein durch Wissensvermittlung. Gefragt ist Erfahrungslernen. Erst wenn das Motto „Demokratie leben und lernen“ in der Schule ernst genommen wird, machen Schüler*innen die Erfahrung, etwas bewirken zu können; Selbstwirksamkeit ist entscheidend für die Bereitschaft zur Beteiligung. Schulen können dafür Gelegenheiten schaffen: etwa durch Klassenräte, Schüler*innenhaushalte oder die Möglichkeit zur Mitgestaltung von Schulgebäuden und Schulhöfen. Aber Vorsicht! Die klassischen Formen geregelter schulischer Mitbestimmung werden oft als bloße Symbolveranstaltung erfahren. In ihrer Folgenlosigkeit entmutigen sie Kinder und Jugendliche eher, was eine künftige Wahlbeteiligung angeht. Es braucht eine wirksame Beteiligung am schulischen „Kerngeschäft“: an Unterrichtsinhalten, Arbeitsformen und Benotungen.

Laut Studien nimmt bisher nur ein Zehntel der Schüler*innen die Schule als partizipativen Lernort wahr. „Kinderrechte-Schulen“, die sich systematisch der Ver-

wirklichung von Kinderrechten widmen, bleiben bisher auf Modellprojekte beschränkt. Immerhin kümmert sich die steigende Zahl von *Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage* um eine demokratische Schulkultur. Und es gibt auch Schulen, in denen die Schüler*innenschaft die überfällige Digitalisierung in die Hand genommen hat.

3. Öffnung der Schulen. Die Überwindung der Traditionsbestände einer geschlossenen Anstaltsschule gestaltet sich schwierig. Schulen, die sich als Akteure in einer kommunalen Bildungslandschaft verstehen, sind noch selten. Dies gilt umso mehr für eine lokale Beteiligungskultur, die sich dem Ziel verpflichtet, die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Beteiligungsrechte der unter 18-Jährigen an allen sie berührenden Angelegenheiten umzusetzen. Ohne die Mitwirkung von Schulen fällt es schwer, lokale Beteiligungsformate für junge Menschen zu realisieren. Dabei gibt es positive Beispiele: etwa „Achterräte“, das sind Achtklässler*innen, die sich an der Dorf- und Quartiersentwicklung beteiligen; oder Schüler*innen, die sich in die Ausgestaltung lokaler Pandemie- oder Klimaschutzpläne einbringen. Schulen sind auch gefragt, wenn es um möglichst repräsentative Wahlen für die etwa 700 kommunalen Kinder- und Jugendparlamente in Deutschland geht. Solche dauerhaften und repräsentativen Beteiligungsformate mit eigenem Budget machen fit für das Verständnis und die Herausforderungen repräsentativer Demokratie.

Eine Stimme an eine Partei oder Person im Vertrauen darauf abzugeben, dass die Interessen dort gut aufgehoben sind, setzt positive Erfahrungen und gute Lerngelegenheiten voraus. Insofern könnte eine Senkung des Wahlalters auch für Schulen ein Impuls sein, ihre Schulkultur demokratisch zu erneuern und sich in Richtung Gemeinwesen zu öffnen. Nicht ausgeschlossen ist, dass Schüler*innen das künftig verstärkt einfordern: Mit mehr politischen Bürgerrechten ausgestattet könnten sie innerhalb wie außerhalb der Schule den Katzentisch verlassen und mit Nachdruck Gestaltungsansprüche anmelden.

Roland Roth

Zum Weiterlesen: Roland Roth: „Wie Wählen ab 16 die Demokratie stärken kann. Strategien und Handlungsansätze“, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh 2023, 68 Seiten.

Download: bit.ly/4oAUqbr



Rechtsextremismus und Schulsozialarbeit:

Was ist leistbar?

Schulsozialarbeiter*innen können in der Prävention von Rechtsextremismus in mehrfacher Hinsicht aktiv werden. Im Vorfeld, weil sie soziale Kompetenzen und das Erleben von Gemeinschaft stärken. Doch auch wenn Jugendliche nach rechts abgeglitten sind, können sie unter Umständen noch etwas bewirken: indem sie eine klare Haltung zeigen und doch im Gespräch bleiben.

Die kommen her, halten die Hand auf und können sich nicht benehmen“, rechtfertigt Ben seinen Tritt und Schubser gegen seinen Mitschüler aus Syrien. „Der Einzige, der sich gerade nicht benimmt, bist du, Ben! Oder findest du es korrekt, andere zu treten und zu schlagen?“ Rechtsextremismus- und Rassismusprävention beginnt oft im Kleinen, im Dialog. Und immer wieder braucht es für die Auseinandersetzungen eine klare Haltung und den Mut zu Widerspruch.

Dem Lern- und Lebensort Schule kommt dabei eine besondere Rolle zu. Kinder und Jugendliche sind zu deren Besuch in Deutschland unabhängig von individuellen Interessen, Weltanschauungen, Herkunft, Religionszugehörigkeit und kulturellem Hintergrund verpflichtet. Auch die Schulen sind verpflichtet, sämtliche Kinder aufzunehmen, was in der Vergangenheit keineswegs in allen Bundesländern der Fall war.

Jedes Problem einer Gesellschaft findet somit auch in der Schule Widerhall. Doch nicht um alle kann und will sie sich kümmern. In Bezug auf rechtsextreme Einstellungen ist sie jedoch klar verpflichtet, ihren Anteil dazu zu leisten, junge Menschen auf ihrem Weg zu demokratischen Bürger*innen zu unterstützen. Ist eine Fachkraft für Schulsozialarbeit vor Ort – was nicht an allen Schulen so ist – kann diese in dreifacher

Hinsicht eine besondere Rolle spielen: in der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention.

Was bedeutet das?

Mit Primärprävention sind Maßnahmen gemeint, die vorbeugend ein Problem gar nicht erst entstehen lassen sollen. In Bezug auf das System Schule gibt es dazu zwei grobe Handlungsstrategien:

Die eine stellt vor allem auf Aufklärung und (historisch-)politische Bildung in den Mittelpunkt. Es wird Wissen vermittelt oder die Sensibilität geschärft, um beispielsweise menschenfeindliche Ideologien identifizieren und einordnen zu können. Auch in Schulen des Courage-Netzwerks sind es oft Schulsozialarbeiter*innen, die Referent*innen einladen, Workshops planen und Exkursionen – etwa zu NS-Gedenkstätten – organisieren und begleiten.

Die andere Strategie setzt auf das Ermöglichen eigener Erfahrungen. Statt auf das „Dagegen“ zielt sie auf ein „Dafür“ und versucht, ein hohes Maß an demokratischer Kultur und Struktur im hierarchischen System Schule zu verankern. Sie setzt auf demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen, zu denen Schulsozialarbeit einen großen Beitrag leisten kann.

Demokratische Strukturen können hergestellt werden, indem Kinder und Jugendliche sich einbringen und mitbestimmen dürfen; etwa durch Instrumente wie den Klassenrat und Schüler*innenvertretungen, wo sie ähnlich wie in einem Parlament mit dem Ziel der Lösungsfindung eigene Themen vorschlagen und diskutieren. Ein anderer Weg ist das soziale Lernen, das darauf zielt, Konfliktlösungskompetenzen oder Empathie zu entwickeln. Dazu gehört beispielsweise die Streitschlichtung, in der Konflikte thematisiert und ausgehandelt werden, indem die streitenden Parteien sich in die andere Position hineinzusetzen lernen.

Diese Angebote zielen darauf ab, Unmuts- und Ohnmachtserfahrungen zu verhindern und aufzufangen. Beide begünstigen eine Hinwendung zur rechtsextremen Szene. Weitere Risikofaktoren sind Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen. Auch an diesen kann Schulsozialarbeit ansetzen und etwa Möglichkeiten der Freizeitgestaltung in Jugendfreizeitstätten und Sportvereinen vermitteln – die dann nicht in rechts-

extremen Cliquen gesucht werden müssen. Im besten Fall wird so ein Gemeinschaftsgefühl erlebbar, welches durch Krisen und schwierige Lebensphasen trägt.

Zugleich hat Schulsozialarbeit im System Schule eine besondere Rolle mit eigenen Möglichkeiten und Grenzen. Anders als die Lehrkräfte bewerten Sozialarbeiter*innen die Schüler*innen nicht. Ihre Aufgabe ist nicht Leistungskontrolle, sondern die Stärkung junger Menschen in ihren Lebenswelten und -lagen, basierend auf einem humanistischen und an Kriterien der sozialen Gerechtigkeit orientierten Menschenbild. Das ermöglicht ihnen vertrauensvolle Zugänge. Schulsozialarbeiter*innen werden auch auf Themen im Leben der Kinder und Jugendlichen angesprochen, die mit Lehrkräften nicht zu verhandeln sind und/oder diese auch gar nichts angehen.

Durch den engen Kontakt zur Schüler*innenschaft wie zu Lehrkräften hat Schulsozialarbeit die Möglichkeit, Ausgrenzung, Diskriminierung und Mobbing bereits präventiv vor Ort zu begegnen. Lehrkräfte, die besorgniserregende Tendenzen bemerken, können auf partnerschaftlicher Ebene an Schulsozialarbeiter*innen herantreten und ihre Beobachtungen schildern. Gemeinsam kann ein weiteres Vorgehen und die nötigen sozialpädagogischen Angebote besprochen werden. Durch ihre Verankerung in der Jugendhilfe verfügen Fachkräfte für Schulsozialarbeit über ein Netzwerk an außerschulischen Kooperationspartner*innen. Bei innerfamiliären Konflikten oder Verdacht auf Gefährdung der*des Schutzbefohlenen kann zusätzlich der zum Jugendamt gehörende Jugendhilfedienst hinzugezogen werden.

Andererseits können Schulsozialarbeiter*innen gleichsam als Türöffner für Gespräche mit den Kindern und Jugendlichen niedrigschwellige Angebote realisieren. In Pausenspielen, AGs oder anderen außerunterrichtlichen Formaten ist ein informeller Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen möglich. Die dort entstehende wichtige und stetige Beziehungsarbeit legt die Basis für die weitere pädagogische Arbeit. So bekommt eine Fachkraft Stimmungen zwischen den Kindern und Jugendlichen mit, erfährt, welche Themen und Konflikte bestehen und kann soziale Dynamiken beobachten. Auch sprechen Kinder und Jugendliche im informellen Kontakt nicht nur eher über Sorgen und Probleme. Sie berichten auch von Mobbing in der Klasse,

wovon die an der Schule Beschäftigten oft sonst gar nichts mitbekommen.

Erfährt eine*e Schulsozialarbeiter*in von der Affinität zur rechtsextremen Szene, kommt die Sekundärprävention zum Tragen, die verschiedene Handlungsoptionen bietet. Es können Einzelgespräche angeboten werden, in denen erörtert wird, wie radikalisiert der*die jeweilige Jugendliche ist – und vor allem, was die Gründe dafür sind. Indem sie erst einmal zuhören, können Schulsozialarbeiter*innen schließlich die Personen sein, die immer wieder den Finger in die Wunde legen und Zweifel säen und schließlich Widersprüche aufdecken, die der*die Betroffene im besten Fall irgendwann nicht mehr ignorieren kann. Dass die Abwendung von der Szene und/oder Ideologie mit Zweifeln beginnt, belegen Gespräche mit Aussteiger*innen immer wieder.

Sollte der*die Jugendliche nicht gesprächsbereit sein, kann durch stete Präsenz dennoch immer wieder ein Kurzgespräch initiiert werden; etwa durch Ansprechen auf dem Flur, vor dem Unterrichtsraum oder in den Pausen. Dabei sollte dem jungen Menschen immer auf Augenhöhe begegnet werden, damit er*sie sich nicht gänzlich verschließt und dadurch erst recht der Szene

zuwendet. Es sollte signalisiert werden, dass es einen Weg „zurück“ gibt und er*sie nicht aufgegeben wird. Die Wertschätzung der Person und das Hervorheben anderer Kompetenzen – als im politischen Bereich – sind notwendig, damit diese nicht ausschließlich in der rechtsextremen Szene erlebt werden. Zugleich ist eine klare Haltung, die auf der Gleichwertigkeit allen Lebens beruht, unabdingbar – verbunden mit einer ausgestreckten Hand, die da ist, wenn die*der Jugendliche zurückkehren möchte. Sinnvoll ist, professionelle Fachberatungen hinzuzuziehen, die auf die Thematik spezialisiert sind.

Zur Tertiärprävention gehören Maßnahmen für Menschen, die bereits in der rechtsextremen Szene sind; etwa Reintegrationsmaßnahmen durch Ausstiegsprogramme. Dieser Bereich kann durch Schulsozialarbeiter*innen nicht eigenständig geleistet werden. Durch eine gelungene Netzwerkarbeit können solche Programme jedoch frühzeitig kontaktiert werden. Auch die über die Schulsozialarbeit verankerte Jugendhilfe ermöglicht einen guten Informationsfluss und die Vermittlung an andere Hilfestellen.

Dierk Borstel, Nina Lohmann



11 STOLPERSTEINE FÜR PÄDAGOG*INNEN

Hakenkreuze im Klassenzimmer, rechte Songs im Musikunterricht, Ausflüge zu AfD-Abgeordneten, rechtsextreme Eltern: Menschenfeindliche Herausforderungen erreichen Schulen von ganz verschiedenen Seiten. Das Buch „Politische Bildung in reaktionären Zeiten. Plädoyer für eine standhafte Schule“ stellt an 32 Fallbeispielen dar, was idealerweise wann zu tun ist. Wir dokumentieren das Kapitel „Stolpersteine – oder was Sie unbedingt vermeiden sollten“.

I. Indifferent bleiben, sich an Normalisierung beteiligen

Grundsätzlich ist das Ignorieren herausfordernder Situationen die schlechteste Möglichkeit, auf menschenverachtende Aussagen und Verhalten zu reagieren. Es symbolisiert den übrigen beteiligten Personen, dass man gewillt ist, antidemokratische Interventionen zu überhören oder sie zu bagatellisieren. In der politikdidaktischen Literatur wird diese Heraus-

forderung auch als „Indifferenzfalle“ beschrieben. Konkret heißt das: In jedem Situationskontext sollte die klare demokratisch-menschenrechtsorientierte Haltung von Lehrer:innen erkennbar sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn extrem rechte Akteure menschenverachtende oder geschichtsrevisionistische Äußerungen zu normalisieren versuchen, um damit „Grenzen des Sagbaren“ zu verschieben. Daran dürfen sich Lehrkräfte in Situationen politischer Bildung keinesfalls beteiligen.

2. Opfer/Betroffene übersehen

Die Konjunktur rechtspopulistischer Ideen hat die politische Bildung in den letzten Jahren vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Das Selbstbewusstsein und die emotionale Wucht, mit der breite Bevölkerungsgruppen quasi über Nacht ihre politische Frustration sichtbar gemacht haben, hat nicht nur in der Politik vielfältige neue Formate für Dialogveranstaltungen und Bürgergespräche entstehen lassen. Weniger in

den Blick geraten sind in diesem Zusammenhang die Opfer rassistischer, sexistischer, homophober oder menschenverachtender Anfeindungen. Ähnliches gilt für schulische Kontexte. Politische Bildung konzentriert sich stark auf Prävention oder Reaktion (bzgl. extremistischer Interventionen). Es ist deshalb unser dringender Rat, Betroffenenperspektiven bei der Reflexion pädagogischer Strategien immer mit in den Blick zu nehmen.

3. Vermeintliche Neutralität

In der politischen Bildung existiert mit dem Beutelsbacher Konsens eine gut verankerte und klar konturierte Vorstellung davon, wie politische Indoktrination zu vermeiden ist, Kontroversität gewährleistet werden kann und Schülerorientierung verfolgt wird. Leider ergeben sich in diesem Zusammenhang aber auch Missverständnisse. In diesem Sinne ist es wichtig, zu

betonen, dass der Beutelsbacher Konsens nicht mit politischer Neutralität gleichzusetzen ist. Vielmehr ist er im Sinne des Grundgesetzes wertgebunden. Er mahnt dazu, demokratische Werte wie Pluralismus und Menschenrechte in den Mittelpunkt von Bildungsprozessen zu stellen. Antipluralistische, menschenfeindliche (z. B. rassistische) Positionen müssen und dürfen deshalb nicht als gleichberechtigte Kontroversen behandelt werden.

4. Überreagieren

Handeln ist wichtig! Indifferenz muss vermieden werden! Das ist eine Message, die wir (...) immer wieder betonen. Gleichzeitig ist es allerdings auch wichtig, nicht überzureagieren und damit Provokationen nicht auf den Leim zu gehen. Das kann leicht passieren, wenn emotionale Herausforderungen auftauchen,

Äußerungen oder ein bestimmtes Verhalten vielleicht sogar geplant eingebracht werden. Wichtig bleibt es, Grenzen zu setzen und auf der anderen Seite eine gewisse professionelle „Coolness“ zu suchen. Auch ein Einordnen in „Freund-Feind“-Kategorien ist in diesem Zusammenhang wenig hilfreich. In pädagogischen Situationen bleibt es wichtig, wo möglich den Kontakt zu Menschen zu halten.

5. Sich an Othering beteiligen

Wir alle sind in Prozessen der Fremdmachung (Othering) involviert, darum gilt es, sich selbst stets kritisch zu reflektieren. Das Konzept „Othering“ entstand im Kontext der Postcolonial Studies. Der Begriff wird verwendet, um das Fortwirken kolonialer Verhältnisse in der heutigen Gesellschaft zu beschreiben. Im Deutschen wird der Begriff als „Different-Machung“ oder „Fremd-Machung“ übersetzt. Othering meint zunächst einmal die Konstruktion des bzw. der Anderen und geht einher mit einer asymmetrischen und hierarchischen Differenzierung, indem Menschen als „Andere“ markiert und von einem „Wir“ unterschieden

werden. Othering bezieht sich dabei auf bestimmte Merkmale wie race/Ethnizität/Nationalität, gender/Geschlecht/sexuelle Orientierung/geschlechtliches Empfinden, Klasse, Religionszugehörigkeit oder Behinderung. Prozesse des Othering zeigen sich offen oder verdeckt und haben sowohl individuelle als auch strukturelle Konsequenzen durch die Zuweisung von Minderwertigkeit und Überlegenheit. Othering wird auf unterschiedlichen Ebenen sichtbar: in struktureller Ausbeutung und Benachteiligung, in Zeichen oder Objekten, in Witzen oder bestimmten Begriffen, aber auch in Vorannahmen oder Vorurteilen gegenüber bestimmten Personen oder Personengruppen.

6. „Infektionsängste“

Eine immer wiederkehrende Frage in der Auseinandersetzung mit extremistischen Erscheinungen betrifft die Sorge um ein „Bekanntmachen“ der entsprechenden Positionen. So zweifeln Lehrkräfte, ob sie Beobachtungen überhaupt proaktiv ansprechen sollen, weil sie fürchten, Schüler:innen in unnötiger Weise erst auf die entsprechenden Inhalte aufmerksam zu machen. Zum anderen verbirgt sich hierin auch die Hoffnung, die Mehrzahl der Schüler:innen

hätten von dem als problematisch empfundenen Sachverhalt noch nichts mitbekommen. Erfahrungsgemäß sind sowohl diese Angst als auch die Hoffnungen der Lehrkräfte in diesem Zusammenhang übertrieben. Schüler:innen sind oft lange vor ihren Lehrkräften über die entsprechenden „Probleme“ oder Phänomene im Bilde und verfallen ihnen deshalb nicht umstandslos. Gerade die Entwicklungen im Web 2.0 und den digitalen Medien machen hier eher einen problemorientierten Umgang nötig.

7. Umfassende Verbote

Herausforderungen, schulische Leitbilder und ein institutionelles Selbst- bzw. Leitbildverständnis sind wichtig. Sie können in Konfliktfällen Orientierung bieten und helfen, zu abgestimmten Handlungsweisen zu kommen. Sie sollten aber nicht so eng formuliert werden, dass Einzelfallentscheidungen nicht mehr möglich sind. In diesem Sinne raten wir beispielsweise davon ab, die Kommunikation politischer Ziele oder

Slogans über Kleidungsstücke umfassend zu verbieten. Kleidung, Frisuren und Habitus drücken immer auch Haltungen aus. Sie können nicht aus Bildungsinstitutionen herausgehalten werden. Schule und andere Bildungseinrichtungen sollen keine unpolitischen Orte sein, ABER pauschalisierte Abwertungskonstruktionen und menschenfeindliche Aussagen – auch in symbolischen Formen – sind zu vermeiden. Ein Peace-Sticker ist in diesem Sinne eben etwas anderes als ein geschichtsrevisionsistischer Spruch auf einem T-Shirt.

8. Legitimationsfälle

Insbesondere in Zeiten, in denen die liberale Demokratie vor Herausforderungen steht, gerät die politische Bildung oft schnell in die Defensive und versteigt sich in der Legitimation bestehender Strukturen und Verfahren. Lehrkräfte könnten sich in diesem Sinne angesichts rechtspopulistischer Entwicklungen, einer umfassenden Medien- und Expert:innenkritik und einer nicht unerheblichen Europaskepsis (um nur einige wenige

Aspekte zu nennen) genötigt sehen, in ihrem Unterricht die Leistungsfähigkeit des politischen Systems zu betonen, öffentlich-rechtliche Medien zu preisen und ein Hohelied über Europa anzustimmen. Legitimation ist aber nicht die Aufgabe politischer Bildung in der Demokratie. Sie darf deshalb nie im Bestehenden verhaftet bleiben, sondern muss immer offen sein, sich neuen gesellschaftlichen Herausforderungen (wertgebunden) zu stellen und nach neuen Lösungen zu suchen.

9. Legalismus

Mit Legalismus beschreiben wir Argumentationsweisen, in denen Lehrkräfte oder pädagogisches Fachpersonal sich nur dann zum Handeln aufgefordert sieht, wenn im juristischen Sinne fassbare Rechtsverstöße sichtbar werden. In einer kollegialen Beratung in einem Fall (im Buch Nr. 22), in dem ein Schüler ein Bild des Rechtster-

roristen Uwe Mundlos als persönliches Profilbild seines Facebook-Profiles ausgewählt hat, sind wir wiederholt der Ansicht begegnet, dass man da nichts machen könne, schließlich sei das Bild von Mundlos nicht verboten. Wir halten diese Argumentationsweise für unangemessen. In Bildungsinstitutionen lassen sich Handlungsimpulse nicht erst durch Rechtsverstöße legitimieren. Legalistische Sichtweisen helfen in diesem Sinne nicht weiter.

10. Alles durch Unterricht lösen wollen

Für überaus verbreitet, gleichzeitig aber wenig hilfreich halten wir auch die Vorstellung, dass rassistische, sexistische oder o. ä. Äußerungen in pädagogischen Situationen grundsätzlich nur durch Unterricht zu bearbeiten sind. An solche Vorstellungen knüpfen dann häufig geäußerte Sachzwänge an, man könne nach einem bestimmten Zwischenfall im schulischen Kontext doch nicht regelmäßig den Stundenplan um-

werfen, man habe keine Zeit, all das zu thematisieren oder das betreffe schließlich nicht die ganze Klasse. Hier wird nicht nur der Ort „Unterricht“ überlastet. Er dient gleichzeitig manchmal auch als „Entlastungsstrategie“. Pädagogisches Handeln im schulischen Kontext muss demgegenüber breiter gefasst werden. In diesem Sinne sind Einzelgespräche mit Schüler:innen sowie weitergehende Bearbeitungssettings möglich und sinnvoll. Auch sie gehören in den Instrumentenkasten von Lehrkräften und sind nicht exklusiv an die Schulsozialarbeiter:innen zu delegieren.

11. Sich vereinzeln lassen / Selbstüberforderung

Lehrkräfte neigen nicht selten zu einer Kultur von Einzelkämpfer:innen und suchen in der Auseinandersetzung mit herausfordernden Fällen oft erst spät kollegialen Beistand. Dies ist aus zwei Perspektiven problematisch. Zum einen müssen Auseinandersetzungen mit diesen Herausforderungen oft systemisch bearbeitet werden. Immer dann, wenn sie nicht „nur“ von einzelnen Akteuren ausgehen, steigt die Komplexität erheblich. Einen Fall, in dem sich ein geschlossener

Klassenverband zu einem den Nationalsozialismus verharmlosenden Verhalten entschließt (in dem Buch: „Gedenkstättenbesuch – Kraniche für Grab Nr. 88“, Fall 6), wird eine einzelne Lehrkraft nicht allein lösen können. Zum anderen sind Netzwerke zwischen Kolleg:innen, aber auch zu Profis der außerschulischen Präventionsarbeit besonders in den Fällen wichtig, in denen pädagogisches Personal zum Objekt politischer Angriffe wird. In allen Bundesländern gibt es mobile schulische Beratung oder demokratiepädagogische Initiativen, die in diesem Zusammenhang unterstützen können.

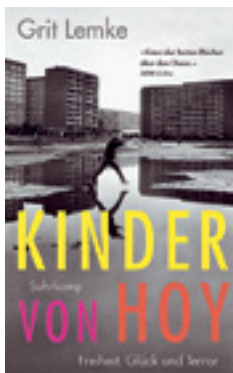
Aus: Rico Behrens, Anja Besand, Stefan Breuer: „Politische Bildung in reaktionären Zeiten. Plädoyer für eine standhafte Schule“, Wochenschau Verlag, Frankfurt a. M. 2021, 352 Seiten

**Jetzt können wir
herausfinden, was wir
anstelle unserer
Großeltern getan hätten !!**

Materialtipps

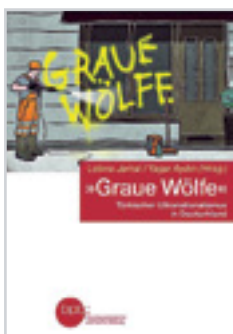


Es sind keine guten Zeiten für die demokratische Gesellschaft. Das bestätigte 2023 auch die alle zwei Jahre im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführte „Mitte-Studie“. Nur noch etwa 70 Prozent lehnen rechtsextreme Einstellungen klar ab. 8,3 Prozent der Befragten verfügen über ein manifestes rechtsextremes Weltbild, unter 18- bis 34-Jährigen sogar 12,3 Prozent. Außerdem glaubt mehr als ein Drittel, Politiker*innen seien „Marionetten“; 20 Prozent sagen, Deutschland gleiche „mehr einer Diktatur als einer Demokratie“. Wer die ganze Studie liest, erfährt viel Beunruhigendes – aber auch so manchen Zusammenhang, der oft unbetrachtet bleibt. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2023, 424 Seiten. [Download: bit.ly/482fLNE](https://bit.ly/482fLNE)



Als es 1991 in Hoyerswerda zu tagelangen Angriffen auf Wohnheime für Vertragsarbeiter*innen und die dort lebenden Menschen kommt, wurde vielen klar, wie tief der Rassismus bei so manchem in Ostdeutschland sitzt. Vor Ort kam nichts davon überraschend. „Dit wussten wir nun wirklich besser“, sagt einer der Protagonisten in dem Buch von Grit Lemke, die selbst in der einst boomenden Bergbauregion groß wurde. 30 Jahre nach den Übergriffen hat sie mit zahllosen O-Tönen von seinerzeit Jugendlichen in „Hoy“ ebenso wie von Mosambikanern, die zum Arbeiten in die DDR kamen, die damalige Zeit rekonstruiert.

Suhrkamp Verlag, Berlin 2021, 255 Seiten
Bei MDR Kultur ist das Buch als Gratis-Hörbuch verfügbar.



Die rechtsextreme Graue-Wölfe-Bewegung setzt sich für einen Zusammenschluss aller Turkvölker ein: in einem Reich, das sich vom Balkan bis nach Zentralasien erstreckt. Der Sammelband führt in Geschichte und Gegenwart des großtürkischen Nationalismus ebenso ein wie in seine Erscheinungsformen, Dachverbände und Vereine in Deutschland. Eigene Kapitel widmen sich der Rolle von Frauen in ultranationalistischen türkischen Szenen in Deutschland sowie der Bedeutung von Männlichkeitsvorstellungen. Auch der türkische Ultranationalismus als pädagogisches Arbeitsfeld wird thematisiert.

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2022, 236 Seiten



Um zu den Wurzeln des Rechtsextremismus zu gelangen, blickt der Extremismusforscher über Jahrhunderte auf die Vorurteile gegenüber Liberalen, Fremden, Jüdinnen und Juden zurück. Wer das Buch liest, erfährt, was die Identitären unter Identität verstehen, was biologische von ethnischen Rassist*innen und Assimilationist*innen unterscheidet, und was das Rechtsextreme an pauschaler Islamkritik ist. Bevor Peter R. Neumann ein führender Extremismusforscher – auch zu Islamismus – wurde, war er Journalist, insofern ist das Buch auch noch gut lesbar.

Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2023, 208 Seiten



Die Autorinnen kennen sich mit Verschwörungsmysen aus, und sie verfügen über ganz verschiedene Expertisen. Katharina Nocun ist Campaignerin, Pia Lamberty Psychologin. Zusammen widmen sie sich Fragen wie: Warum glauben wir an Verschwörungsmysen? Warum stehen so oft Jüdinnen und Juden und Israel im Zentrum? Unbequemes bleibt nicht außen vor: „Wir sind die Guten? Verschwörungsmysen in linken Kreisen“ heißt ein Kapitel. Auch Tipps und Strategien im Umgang mit Verschwörungsgläubigen stehen im Buch.

Quadrige Verlag, Köln 2020, 352 Seiten



Der Potsdamer Rechtsextremismus-Experte Christoph Schulze hält, was er verspricht: solides Wissen als Rüstzeug zu liefern, um den Gefahren des Rechtsextremismus begegnen zu können. Das ist naturgemäß oft theoretisch – dabei aber recht gut lesbar. Themen sind die Geschichte und Gestalt des Rechtsextremismus von der AfD bis zu Identitären und Terrorist*innen ebenso wie die Suche nach den Ursachen rechtsextremen Denkens. Christoph Schulzes Schlussfolgerung: „Wie stark sich Rechtsextreme entfalten können, hängt von den politischen Gegebenheiten ab, die sich ihnen bieten.“

marix Verlag, Wiesbaden 2021, 224 Seiten

Das Buch ist auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen und dort bestellbar.



Jakob Springfeld, geboren 1990, dachte, er wächst in einer ganz normalen Stadt auf: in Zwickau, in der DDR wie heute Zentrum der Auto-, früher auch der Steinkohleindustrie. Als er sich bei Fridays for Future und für das Gedenken an die Opfer des über Jahre von Zwickau aus agierenden „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) engagiert, gerät er ins Visier der gut vernetzten Neonazi-Szene der Stadt. Das Buch verknüpft eindringliche Einblicke in die Antifa mit analytischeren Teilen und einer eindrücklichen Nacherzählung der Taten des NSU.

Quadrige Verlag, Köln 2022, 192 Seiten



Was tun, wenn Neuntklässler*innen Nazi-Symbole via Whatsapp verschicken, im Klassenchat Verschwörungsmymen kursieren? Weil sich solche Anfragen häuften, haben die Mobilen Beratungsteams einen Leitfaden zum „Umgang mit rechten Inhalten in Klassenchats“ erstellt. Themen sind digitale Umgangsregeln und Factchecking; Strafbarkeit und Meldepflicht; Erinnerungskultur und Neutralitätsgebot. Viele Materialtipps sind via QR-Code abrufbar.

Bundesverband Mobile Beratung, Dresden 2022, 42 Seiten. Download: bit.ly/3tsakxS

Auf der Webseite bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen steht viel weiteres Material; aus 2023 etwa eine Handreichung für Bibliotheken zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts.



„Was ist Rechtsextremismus?“, „Wo begegne ich Rechtsextremismus?“, „Wie kann ich Rechtsextremismus begegnen? – mit Fragen wie diesen können sich Schüler*innen der Sekundarstufe I in diesem Heft auseinandersetzen. Auch auf grundlegende Elemente rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen wird eingegangen, Erlebniswelten in der Musik und auf Social Media besprochen. Und rechtsextreme Strukturen in Deutschland werden thematisiert.

Vertiefungsheft Sekundarstufe 1, Wochenschau Verlag, Frankfurt a. M. 2021, 32 Seiten



Die Schauspielerin und Regisseurin Mo Asumang wollte selbst herausfinden, was in den Köpfen Rechtsextremer vorgeht. Sie besuchte NPD-Veranstaltungen in Deutschland, Vertreter des Ku Klux Klan und der White Aryan Resistance in den USA, die Volksgruppe der Arier im Iran. Der Film begleitet ihre persönlichen Gespräche. Gern folgt Mo Asumang Einladungen von Courage-Schulen und bespricht ihre Eindrücke vor Ort.

Hanfzarn & Ufer Filmproduktion 2014, 92 Min. Abrufbar in der Mediathek der Bundeszentrale für politische Bildung (inkl. Unterrichtsmaterial): bit.ly/48zQ5Is

Autor*innen

Prof. Dr. Rico Behrens lehrt und forscht zu politischer Bildung und Didaktik der Sozialkunde an der Katholischen Universität Eichstätt. Zuvor leitete er das Modellprojekt Starke Lehrer – Starke Schüler, das bis 2018 auf Initiative der Robert Bosch Stiftung von der TU Dresden umgesetzt wurde.

Stefan Breuer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Bildung und Didaktik der Sozialkunde an der KU Eichstätt sowie an der TU Dresden. Er forscht und lehrt zu Rechtsextremismus und Schule, Engagement und Beteiligung von Jugendlichen sowie zu demokratischer Bildung in pädagogischen Kontexten.

Jeannette Goddar arbeitet seit den 1990er-Jahren als freie Journalistin in Berlin. Zu ihren Schwerpunkten gehören Bildung und Wissenschaft in einer diversen Welt. 2019 erschien „Pädagogik neu denken. Die Migrationsgesellschaft und ihre Lehrer_innen“ mit Y. Karakaşoğlu und P. Mecheril (Beltz Verlag).

Gareth Joswig arbeitet seit 2016 als Reporter und Redakteur bei der taz, zunächst in den Lokalredaktionen von Bremen und Berlin, schließlich in der Inlandsredaktion und im Parlamentsbüro. Dort ist er heute u. a. zuständig für die AfD.

Nina Lohmann promoviert an der FH Dortmund zu Empowerment in der Jugendarbeit. Außerdem ist sie Schulsozialarbeiterin an einer Hauptschule. Zuletzt erschien ein Beitrag von ihr in dem Buch „Besonderen Gruppen begegnen: Wie Zugänge in der Praxis Sozialer Arbeit gelingen können“ (Beltz Juventa 2023).

Simone Rafael arbeitete von 2002 bis 2023 für die Amadeu Antonio Stiftung. Sie war Chefredakteurin der journalistischen Plattform Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft. Außerdem leitete sie den Bereich Digitale Courage und entwickelt Ideen gegen Rechtsextremismus, Hate Speech und Desinformation im Internet.

Eberhard Seidel ist seit 2002 Geschäftsführer der Bundeskoordination *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*. Zuvor arbeitete er viele Jahre als freier Journalist sowie als Meinungsredakteur und Leiter des Inlandsressorts der taz. Er ist Autor von Büchern über Migration, Islamismus, Rechtsextremismus und jugendliche Subkulturen.

Prof. Dr. Anja Besand ist Professorin für Didaktik der politischen Bildung an der TU Dresden. Ihre Schwerpunkte liegen in Politikvermittlung, Lehr-/Lernforschung und der Bedeutung von Medien im Politikunterricht. Sie ist Gründungsdirektorin der John-Dewey-Forschungsstelle für Didaktik der Demokratie (JoDDiD) an der TU Dresden.

Dr. Mehmet Daimagüler ist seit 2022 der erste Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung. Im NSU-Prozess wirkte der Rechtsanwalt als Vertreter der Nebenklage mit. Er war im FDP-Bundesvorstand und Ehrenvorsitzender der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung.

Kathrin Hedtke arbeitet als freiberufliche Journalistin in Darmstadt. Zuvor war sie Redakteurin und Leiterin des Landesdienstes Hessen bei einer Nachrichtenagentur. Jetzt schreibt sie vor allem über Bildungs- und Sozialthemen, u. a. für Gewerkschaftszeitungen.

Prof. Dr. Michael Kiefer ist Islam- und Politikwissenschaftler am Institut für Islamische Theologie der Uni Osnabrück. Seine Schwerpunkte sind Islam und Migration, Radikalisierungsprävention, Antisemitismus und Nahostkonflikt. Er ist Mitglied des Vorstands von Aktion Courage e. V.

Alexander Moritz ist Landeskorrespondent in Sachsen für das Deutschlandradio. Für einen Bericht über eine illegale Abschiebung wurde er mit dem CIVIS Medienpreis für Integration ausgezeichnet. Für seine Beiträge „LEGIDA – Vom Untergang des Abendlandes“ und „100 Jahre Leuna-Werke“ erhielt er den Mitteldeutschen Bürgermedienpreis.

Andrea Röpke ist Journalistin und arbeitet seit den 1990er-Jahren zu Rechtsextremismus. Ihre mehrfach ausgezeichneten Beiträge werden in Fernsehmagazinen und überregionalen Zeitschriften und Magazinen veröffentlicht. Ihr jüngstes Buch (mit Andreas Speit) ist „Völkische Landnahme“ (Aufbau Verlag 2019).

Prof. Dr. Joachim Wieland lehrt und forscht zu Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Finanz- und Steuerrecht und öffentlichem Wirtschaftsrecht an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Er berät und vertritt Bund, Länder und Rundfunkanstalten in Verfassungsfragen.

Prof. Dr. Dierk Borstel lehrt und forscht an der FH Dortmund. Zuletzt erschien von ihm das Lehrbuch „Umgang mit Rechtsextremismus – Leitfaden für die Praxis der Sozialen Arbeit“ (Kohlhammer Verlag 2022). Er ist Autor verschiedener Gutachten im Auftrag der Bundeskoordination.

Maika Finnern ist seit 2021 Vorsitzende des GEW-Hauptvorstands. Zuvor war sie Zweite Konrektorin einer Realschule, Personalrätin im Bezirk Detmold sowie im Hauptpersonalrat beim Schulministerium in Nordrhein-Westfalen (NRW). Ab 2011 war sie zunächst Vize-, ab 2019 Landesvorsitzende der GEW NRW.

Christian Jakob arbeitet seit 2006 als Reporter und Redakteur für die Tageszeitung taz. Er ist Autor mehrerer Bücher, zuletzt erschien 2023 von ihm „Endzeit. Die neue Angst vor dem Weltuntergang und der Kampf um unsere Zukunft“ (Ch. Links Verlag).

Sanem Kleff ist seit dem Jahr 2000 Direktorin der Bundeskoordination *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*. Zuvor arbeitete sie als Lehrerin an Berliner Hauptschulen und als Dozentin in der Lehrer*innenfortbildung. Sie ist auch Vorsitzende des Trägervereins Aktion Courage e. V.

Sabine am Orde arbeitet seit 1998 bei der taz in Berlin. Nach Jahren in der Berlin- und Inlandsredaktion sowie als stellvertretende Chefredakteurin ist sie heute innenpolitische Korrespondentin. Ihre Schwerpunkte sind Union und Grüne, Demokratie und Innere Sicherheit, Migration und Flüchtlingspolitik.

Prof. Dr. Roland Roth ist Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Demokratie, soziale Bewegungen, Zivilgesellschaft und Menschenrechte. Er ist im Beirat von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*, Mitgründer des Komitees für Grundrechte und Demokratie und des ipb – Institut für Protest- und Bewegungsforschung.

„Bist du Teil des Problems oder Teil der Lösung, im Kleinen wie im Großen?“

Mehmet Daimagüler

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
ist Mitglied im



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**